

Berliner Archivrundschau



**Netzwerk und Fortbildung
Fachverbände in Berlin**

Fragen zur Wahl in Berlin

BStU ins Bundesarchiv

**Im Gespräch:
Gabriele Radecke
Florian Kiuntke**

Zur
BIBLIOTHEC



der Berlin: Gesellschaft
naturforschender Freunde

Exlibris der Gesellschaft Naturforschender Freunde (MfN, HBSB, GNF B IX 74)
Zum Beitrag auf Seite 68 in diesem Heft



Im Landesarchiv Berlin wurde, um die wegen der Pandemie notwendigen Abstandsregeln einhalten zu können, kurzerhand der Veranstaltungsraum zum Lesesaal umfunktioniert, Foto: Landesarchiv Berlin/Platow

Editorial

Fachverbände erfüllen wichtige Funktionen. Sie schaffen Netzwerke für den Erfahrungsaustausch und sorgen für Informations- und Weiterbildungsangebote. Ebenso wichtig sind die entsprechenden fachpolitischen Ziele und die dafür notwendige Zusammenarbeit mit Parteien und politischen Gremien. Oftmals überschneiden sich dabei die Themen in den Bereichen Archiv, Bibliothek, Dokumentation und Museum. Grund genug, einmal die jeweiligen Berliner Verbände vorzustellen.

Im September dieses Jahres finden wieder Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Interessant erscheint aus unserer Sicht, welchen Stellenwert der Erhalt des schriftlichen Kulturguts bei den bislang im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien einnimmt. Deren Antworten auf unsere Fragen finden Sie ab Seite 20.

Mit der Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs wird die bedeutendste Änderung im deutschen Archivwesen der letzten Jahrzehnte vollzogen. Eine Diskussion in der archivischen Community blieb bislang überraschenderweise aus. Anlass genug, um einen genaueren Blick auf dieses Ereignis zu werfen.

Seit über einem Jahr müssen sich auch die Archive den Herausforderungen der Pandemie stellen. Häufig waren die gewohnten Abläufe nicht mehr möglich und neue Wege mussten gefunden werden. Die Krise ist noch nicht vorbei, doch ein Ende der Einschränkungen in Sicht. Deshalb haben wir schon heute mehrere Berliner Archivleiterinnen bzw. Archivleiter um ein Resümee gebeten.

Torsten Musial



Inhalt



14 |



18 |



56 |

- 6 Weiterbildung und fachliches Netzwerk
Fachverbände in Berlin
- 6 Landesverband Berlin im VdA - Verband deutscher Archivarinnen
und Archivare e. V.
- 8 Der Berliner Arbeitskreis Information (bak) –
ein regionaler Verein mit großer Ausstrahlung
- 11 Die Fachgruppe Dokumentation im Deutschen Museumsbund e. V.
- 14 Die Berliner Landesgruppe im Berufsverband Information Bibliothek e. V.
- 16 Der Regionalverband Berlin-Brandenburg
im Verband Deutscher Bibliothekarinnen und Bibliothekare
- 18 Der Landesverband der Berliner Museen als Kommunikationsplattform
- 20 Fragen an die Parteien zur Wahl zum
Berliner Abgeordnetenhaus
- 28 Zur Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs
in das Bundesarchiv
- 38 Die aktuelle Umfrage:
Was lernen wir durch die Pandemie?
- 55 Aus dem Landesverband Berlin im VdA
5. Berliner Archivstammtisch
Berliner Archivtag 2021
Mitgliederversammlung
- 56 Aus den Archiven
Das Theater des Westens zwischen Zoo und Kurfürstendamm
Konsulatsmatrikel und Passregister –
eine zentrale Quelle, wenn man Deutsche oder Deutscher werden will
Eine „erhebende“ Bestandsaufnahme im Projekt zur Erarbeitung eines
Landeskonzeptes für den Originalerhalt des schriftlichen Kulturguts
in Berlin
Akten über Akten. Eine kleine Bestandsgeschichte der Historischen
Bild- und Schriftgutsammlungen des Museums für Naturkunde Berlin



76 |

76 Personen

Gabriele Radecke
Florian Kiuntke

83 Berichte und Nachrichten

Elektronisches Terminbuchungssystem für Lesesaalplätze
im Bundesarchiv eingeführt

10. Tag der Bestandserhaltung Berlin Brandenburg 2021 – ein Jubiläum

„Ik denke der Affe laust mir“ – Preußen nach der Reichsgründung 1871

Wie Berlins Nationaltheater zu einem Wallfahrtsort

der Schauspielkunst wurde

Das Tagebucharchiv Berlin richtet sich neu aus

Corona und was nun? Archivpädagogik in Pandemiezeiten



83 |

89 Ausstellungen

Robert Capa

„Ik denke der Affe laust mir“

90 Neuerscheinungen

Mutige Zeugen

Deutsche Sportgeschichte in 100 Objekten

91 Autorinnen und Autoren

91 Impressum

91 Vorschau

Weiterbildung und fachliches Netzwerk Fachverbände in Berlin

Fachverbände erfüllen eine wichtige Funktion in ihrer jeweiligen Community. Sie schaffen Netzwerke für den Erfahrungsaustausch und sorgen für Informations- und Weiterbildungsangebote.

Mindestens ebenso wichtig sind die entsprechenden fachpolitischen Ziele und die dafür notwendige Zusam-

menarbeit mit Parteien und politischen Gremien. Oftmals überschneiden sich dabei die Themen in den Bereichen Archiv, Bibliothek, Dokumentation und Museum. Wir haben daher einmal die jeweiligen Berliner Verbände um eine kurze Darstellung ihrer Tätigkeit gebeten.

Landesverband Berlin im VdA - Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.

Der VdA - Verein deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. nimmt als Fachverband die Interessen des deutschen Archivwesens wahr. Er gliedert sich nach den verschiedenen Archivsparten in acht Fachgruppen. Regional ist er in Landesverbänden organisiert.

Der Landesverband Berlin im VdA als dessen regionaler Gliederungsverband besteht seit 2016. Seine wichtigsten Ziele sind die Verbreitung von Informationen über das Archivwesen in Berlin, die Vertiefung des Verständnisses für die Bedeutung und die Erfordernisse des Archivwesens in der Öffentlichkeit, die Beratung von ehrenamtlich bzw. nicht fachlich geführten Archiven sowie die Vernetzung der Berliner Archivarinnen und Archivare, insbesondere durch Erfahrungsaustausch und fachliche Weiterbildung.

Der Landesverband ist mit mehreren Partnern im Gespräch, um Kooperationen zu verabreden, u. a. mit dem Landesverband Brandenburg im VdA und der Landesfachstelle für Archive und Öffentliche Bibliotheken Brandenburg. Ebenso hat eine gute Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Bestandserhaltung begonnen. Wechselseitig sind wir auf den jeweiligen Tagungen präsent.

Ein wichtiger Punkt ist die archivpolitische Arbeit, u. a. mit der Pflege von Kontakten zur Berliner Politik, um unsere Forderungen und Ziele zu erläutern und gemeinsam nach Lösungen für anstehende Probleme zu suchen. Dabei geht z. B. um die Einrichtung einer Archivberatungsstelle, die finanzielle Situation einzelner Archive oder auch Wahlprüfsteine (zu lesen in diesem Heft ab Seite 20). Im letzten Jahr konnten wir so erreichen, dass die Archive in den Pandemievereordnungen des Senats von Berlin berücksichtigt und die Archivlesesäle offen bleiben konnten.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht die Förderung der Kommunikation unter den Mitgliedern sowie die Information der interessierten Öffentlichkeit über das Berliner Archivwesen. Dafür haben wir inzwischen mehrere Formate geschaffen, die im Folgenden kurz vorgestellt werden.

■ Blog Berliner Archive

Seit dem ersten Post Ende 2015 erscheinen auf www.berlinerarchive.de in loser Folge Beiträge über

Neuigkeiten aus dem Berliner Archivwesen und verwandten Bereichen. Aktuelle Veranstaltungen und interessante Ausstellungen werden ebenso annonciert wie relevante Zeitschriftenbeiträge oder Internet-Seiten. Es werden neue Projekte oder Archivbestände vorgestellt und Fundstücke aus den Archiven präsentiert.

Das Blog ist vielleicht noch nicht bei allen Kolleginnen und Kollegen bekannt oder die Hemmschwelle, sich mit eigenen Beiträgen zu beteiligen, zu hoch. In jedem Fall wäre eine größere Beteiligung wünschenswert.

■ Berliner Archivrundschau

Das Magazin erscheint zweimal im Jahr und wird kostenlos abgegeben oder kann unter www.berlinerarchiv.de/berlinerarchivrundschau gelesen werden.

Inzwischen liegen acht Ausgaben der „Berliner Archivrundschau“ vor. Neben ein bis zwei Hauptthemen gibt es regelmäßig längere Beiträge aus den verschiedenen Archiven sowie Interviews mit Berliner Archivarinnen bzw. Archivaren. Weitere wiederkehrende Rubriken sind Ausstellungshinweise und Berichte über Neuerscheinungen.

Die Zeitschrift richtet sich aber nicht nur an Leserinnen und Leser in Archiven. Sie möchte ebenso der Öffentlichkeit einen Einblick in die Vielfalt der Berliner Archive bieten.

■ Landesarchivtag

Seit 2017 findet jährlich, in der Regel im November, der Berliner Landesarchivtag statt. Eine Ausnahme war pandemiebedingt das vergangene Jahr. Die eintägige Veranstaltung mit meist knapp 250 Besucherinnen und Besuchern bietet Vorträge, Fachdiskussionen, kollegiale Gespräche sowie eine kleine Fachmesse. Tagungsthemen der letzten Jahre waren u. a. Archivpädagogik, Umgang mit audiovisuellem Archivgut und die Überlieferung gesellschaftlicher Umbrüche.



Angeregter Erfahrungsaustausch während des 1. Landesarchivtags 2017, Foto: VdA

■ Berliner Archivstammtisch

Seit 2019 findet dieses Format statt, das fachliche Fortbildung und unmittelbare Kommunikation verbinden soll. Im Anschluss an eine Archivbesichtigung oder Projektvorstellung bietet der Besuch eines Restaurants Gelegenheit zu vertiefenden Gesprächen und dem Knüpfen neuer Kontakte. Stammtische fanden inzwischen u. a. im Zentralarchiv der Staatlichen Museen, dem Landesarchiv und dem Schwulen Museum statt.

■ Tag der Archive

Bei der alle zwei Jahre Anfang März vom VdA in ganz Deutschland organisierten Veranstaltung öffnen Archive ihre sonst der Öffentlichkeit verschlossenen Bereiche wie Magazine und Werkstätten. Dem Publikum werden Führungen, Diskussions- und Mitmachveranstaltungen geboten. Der Landesverband Berlin versucht, Archive für eine Beteiligung zu gewinnen und die Öffentlichkeit durch Werbematerialien und Pressearbeit für einen Besuch zu begeistern.

Torsten Musial

Der Berliner Arbeitskreis Information (bak) – ein regionaler Verein mit großer Ausstrahlung

■ Die Gründungsjahre

1962 beschloss der Berliner Senat den „Kulturplan West-Berlin“, der zu einem Ausbau von Bereichen der Industrie und Wirtschaft führen sollte, die nicht auf Anlieferung oder Versorgung von außen angewiesen waren. Diese historischen und politischen Gegebenheiten in den 1960er Jahren in Berlin bildeten 1964 den Rahmen zur Gründung des Berliner Arbeitskreis Information (bak) als erster Arbeitskreis der damaligen Deutschen Gesellschaft für Dokumentation e. V. (Vorgängerin der heutigen DGI e. V.) und damit auch zu einer Institutionalisierung der Informationsbranche.

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten das Bundesamt für Materialforschung (BAM), das Deutsche Institut für Normung (DIN), die Bibliotheken der Technischen Universität und der Freien Universität und das Patentamt. Der damalige Vorstand des bak unterhielt enge Kontakte zum Senat und insbesondere zur Wissenschafts- und Wirtschaftsverwaltung, die den bak nicht nur finanziell förderten, sondern auch seine Aktivitäten beeinflussten. Die vier wichtigsten Aufgaben waren die Beratung und Koordinierung der Tätigkeit Berliner Dokumentations- und Informationsstellen, die

Hilfeleistung beim Aufbau neuer Dokumentationsstellen, Gutachtertätigkeiten, vor allem für die Berliner Verwaltung sowie das Angebot von Weiterbildungen und die Mitwirkung bei der Ausbildung von Dokumentaren.

Es wurde eine ständige Geschäftsstelle eingerichtet, die sich seit 1970 in der Universitätsbibliothek der Technischen Universität Berlin befindet. Mitte der 1970er Jahre entschied der Vorstand, den bak für alle interessierten Personen und Institutionen zu öffnen und verabschiedete 1978 eine Satzung, die im Wesentlichen bis heute Gültigkeit hat. Die Wende, das Internet und die technische Entwicklung haben die Informationsbranche in Berlin stark verändert. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Finanzierung und die Aufgaben des bak.

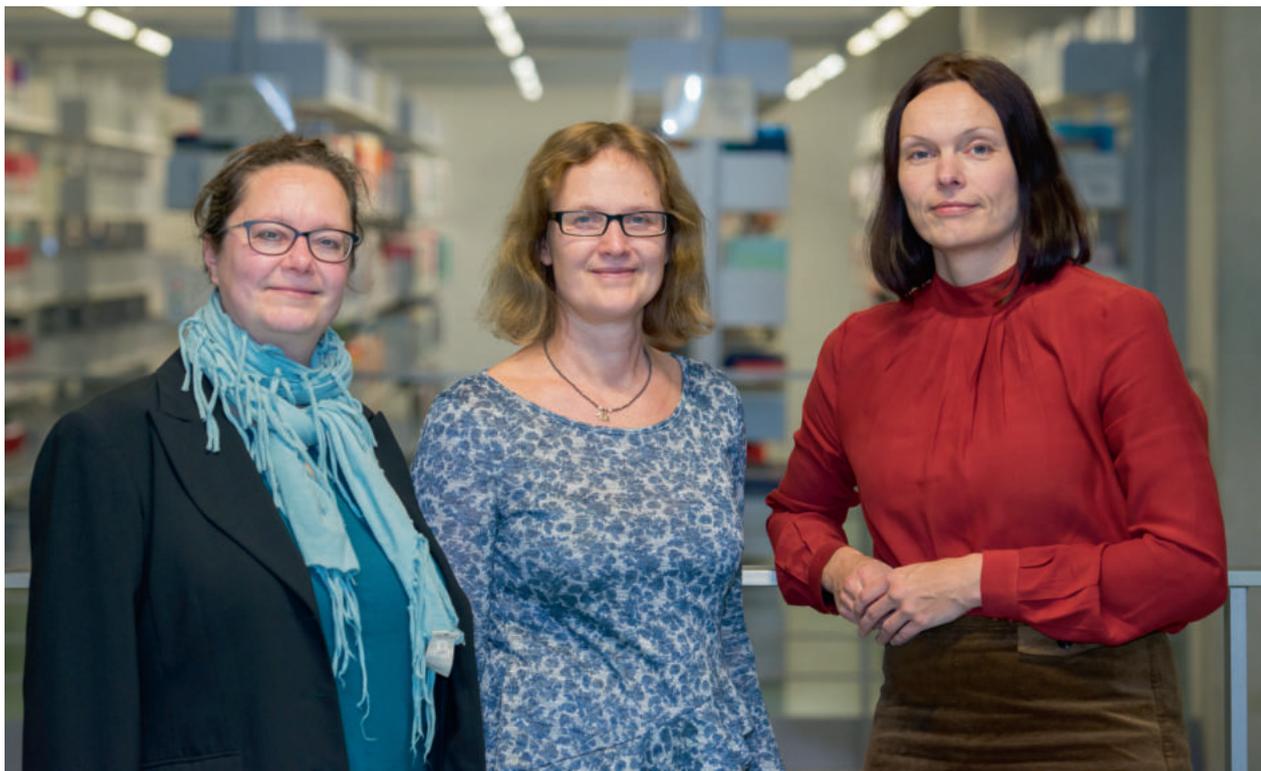
■ Die Gegenwart

Der bak ist gemeinnützig tätig und wird nicht mehr von der öffentlichen Hand gefördert. Finanziert wird er durch die Mitgliedsbeiträge und getragen von dem ehrenamtlichen Engagement des Vorstands und seiner Mitglieder.

Als kleinster und vor allem regionaler Verein der Informationsbranche in Berlin haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, Raum für fachlichen Austausch für alle informationsvermittelnden Einrichtungen und Information Professionals – von Bibliothekarinnen und Bibliothekaren, Archivarinnen und Archivaren, Dokumentarinnen und Dokumentaren bis zu Informationswissenschaftlerinnen bzw. -wissenschaftlern – zu geben. Dabei ist es unser Ziel, die Vernetzung und Fachkommunikation zu fördern und Interessierte durch Fachvorträge, Diskussionsrunden und Fachbesichtigungen fortzubilden. Der Fokus liegt dabei auf The-



Informationsmaterial des bak



Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands des bak: Pamela Schmidt, Tania Estler-Ziegler und Michaela Jobb
Foto: Vanessa Bohneberg

men, die mit den neuesten Entwicklungen der Informationsbranche und der heutigen Informations- und Wissensgesellschaft zu tun haben.

Wie sieht das praktisch aus? Der Vorstand des bak besteht zurzeit aus 10 Mitgliedern. Wir treffen uns regelmäßig, um uns über zukunftsweisende Themen auszutauschen, Veranstaltungen zu planen und die verschiedenen Aktivitäten zu koordinieren. Unsere Zielstellung gibt uns die Möglichkeit, unseren Mitgliedern und anderen Interessierten ein breites Spektrum an Themen über unser Veranstaltungsprogramm anzubieten. Dabei versuchen wir die unterschiedlichen Interessen unserer Mitglieder zu berücksichtigen.

Es werden jährlich ungefähr zehn Veranstaltungen durchgeführt, die sich in Fachexkursionen und in Vorträge aufteilen. Sie finden arbeitnehmerfreundlich am späten Nachmittag oder abends statt.

Unsere Fachexkursionen erfreuen sich großer Beliebtheit. Sie führen meistens zu Institutionen, die für die Öffentlichkeit nicht oder schwer zugänglich sind und dienen dazu, die spezifischen Arbeitsweisen und neue Thematiken der jeweiligen Institution kennenzulernen.

Auf interessante Themen für Vorträge stößt der bak-Vorstand durch Vernetzung im jeweils eigenen Berufsumfeld. Die Themenpalette ist breit: Von der Terminologie, über Gaming/Gamingfication, Datenbanken und Suchmaschinen, Rechtsfragen, der Zukunft der Informationswissenschaft, Fake News und Raubverlage, Open Access und Forschungsdatenmanagement bis zur Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz.

Neben den Veranstaltungen finden zusätzlich mindestens zwei „Stammtische“ im Jahr statt. Sie sind thematisch offen, dienen dem Networking und sind oft ein erster Einstieg für Neu-Berlinerinnen und Neu-Berliner in die Informationsbranche in der Hauptstadt.

Zu den weiteren Aktivitäten des Vorstands gehört die Pflege und Erweiterung des Verzeichnisses „Fachinformation in Berlin“, das seit 1980 herausgegeben wird und in dem sich rund 240 Einträge zu öffentlich-rechtlichen und privatwirtschaftlichen Informations-einrichtungen, Infrastrukturdienstleistern und Datenbank Anbietern in Berlin und Umland finden.

In der Branche besonders bekannt sind die Malinglisten „bak Jobbörse“ und „Mitteilungen des bak Information“. Allein 2020 haben wir 680 Stellenangebote

aus informationsvermittelnden Einrichtungen in Berlin und Brandenburg an ungefähr 2.000 Abonentinnen und Abonenten verteilt. Weitere knapp 1.000 erhalten unsere Veranstaltungshinweise und allgemeine Informationen aus unserer Branche.

Last but not least soll an dieser Stelle die Pflege unserer Website und hier insbesondere die Rubrik „Neuigkeiten aus Berlin und Brandenburg“ erwähnt sein. Hier informieren wir über aktuelle Projekte und Entwicklungen in der Berliner Informations- und Bibliothekslandschaft. Dazu werden eine Reihe von fachlichen Mailinglisten und Newslettern Berliner Einrichtungen regelmäßig beobachtet.

Die Veranstaltungen des bak werden von einer konsequenten Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Dazu haben wir zunächst 2018 mit einer neuen Website und einem neuen Logo das Gesicht des bak modernisiert. Ein großer Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit findet durch die Präsenz in den brancheneigenen Mailinglisten und Newslettern statt. Außerdem beteiligen wir uns in verschiedenen Gremien und an der Organisation von Großveranstaltungen, wie z. B. dem Tag der Bibliotheken Berlin-Brandenburg. In der Kommunikation legen wir viel Wert auf eine zeitnahe und persönliche Reaktion, insbesondere gegenüber unseren Mitgliedern.

Was bringt uns das? Viel! Der Traffic auf unserem Mail Account hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Aufgrund der hohen Reichweite unserer Mailinglisten schicken uns viele Institutionen ihre Stellenanzeigen zur Veröffentlichung. Inzwischen erhalten wir auch Anfragen von potenziellen Vortragenden für gemeinsame Veranstaltungen. Dass unsere Öffentlichkeitsarbeit erfolgreich ist, sehen wir auch daran, dass wir mit unseren Online-Veranstaltungen die höchsten Teilnehmerzahlen seit vielen Jahren erzielen.

■ Die Zukunft - ein Ausblick

Die Corona-Pandemie im März 2020 hat dem bak einen neuen digitalen Schub gegeben. Wir entwickelten Konzepte, um unsere Veranstaltungen ins Virtuelle zu übertragen. Im Vorfeld dazu gab es viele Fragen, die wir uns stellen mussten: Wie bleiben wir als Vorstand arbeitsfähig und sichtbar für unsere Mitglieder? Welche

Veranstaltungen eignen sich für das Online-Format? Sollen wir Online-Veranstaltungen mitschneiden und was machen wir mit den aufgezeichneten Videos?

Unsere erste Online-Veranstaltung „Wie werde ich eine Smart Library? – Konzepte und Strategien für die Bibliothek der Zukunft“ fand im August 2020 über ZOOM statt. Zu unserer großen Überraschung erhielten wir zu diesem Vortrag über 100 Anmeldungen aus ganz Deutschland, Österreich und der Schweiz und hatten damit eine völlig neue Reichweite. Diese haben wir dann noch durch unseren neu eröffneten YouTube-Kanal erweitert. Dort werden auch künftig die Mitschnitte von Veranstaltungen eingestellt.

■ Die Zukunft wird spannend werden! Warum?

Durch die ortsunabhängigen Online-Veranstaltungen konnten wir Vortragende gewinnen, die aufgrund der Entfernung vermutlich nicht nach Berlin gekommen wären. Gleiches gilt für die Veranstaltungsteilnehmenden aus den anderen Regionen, aus Österreich, der Schweiz, Italien und der Türkei.

Diese Erfahrung bestätigt auch einen Trend, den wir schon in den letzten zwei bis drei Jahren beobachten konnten und zwar gestiegene Anfragen von Interessierten außerhalb Berlins nach Veranstaltungsaufzeichnungen. Diese Entwicklung zeigt, dass der Berliner Arbeitskreis Information über Berlin hinaus sehr an Strahlkraft gewonnen hat.

Es ist also an der Zeit, darüber nachzudenken, wie der Verein sich nach der Pandemie weiterentwickeln soll. Wir werden uns in den nächsten Wochen und Monaten mit hybriden Veranstaltungsformaten beschäftigen, um auch weiterhin an unseren Vorträgen Interessierte aus anderen Regionen einbinden zu können.

Tania Estler-Ziegler

Berliner Arbeitskreis Information (bak)
c/o Universitätsbibliothek der TU Berlin
Fasanenstr. 88, 10623 Berlin
E-Mail: bak@ub.tu-berlin.de
Internet: www.bak-information.de

Die Fachgruppe Dokumentation im Deutschen Museumsbund e. V.

Mit wenigen Ausnahmen werden die meisten der rund 7.000 deutschen Museen von Kommunen, Bundesländern, Landkreisen und Privatpersonen betrieben. Von diesen verzeichnen mehr als 3.300 Museen weniger als 10.000 Besuche im Jahr. Diese Häuser sind oftmals mit wenig Personal ausgestattet oder werden ehrenamtlich geführt. Viele Museen profitieren daher von Beratung und Unterstützung durch die Museumsämter und -verbände der Bundesländer bzw. der Regionen oder beim Institut für Museumsforschung - SMB/PK (Berlin), oder sind sogar essentiell auf diese angewiesen. In Berlin sind für diese u. a. der Landesverband der Museen zu Berlin – LMB sowie das Forschungs- und Kompetenzzentrum Digitalisierung Berlin (digiS) wichtige Ansprechpartner.

Vor diesem Hintergrund erschließt sich ohne weiteres, wie sehr der fachlich-kollegiale Austausch und die Weiterbildung der im Museum Mitarbeitenden in einer berufsspezifischen Vereinigung (professionelle Fachvereinigung) von Bedeutung ist. Er wird nicht zuletzt von den Fachgruppen und Arbeitskreisen des Deutschen Museumsbundes e. V., gegründet 1917, und des International Council of Museums (ICOM), gegründet 1946, realisiert. Somit verfügen wir in Deutschland über zwei nationale Organisationen zur Vertretung der Museen. Sie teilen sogar dieselbe Adresse: In der Halde 1, 14195 in Berlin – dies ist auch die Adresse des Instituts für Museumsforschung (IfM), und nicht zuletzt damit wird deutlich, dass in unseren Vereinigungen des Museumswesens der Gedanke des Austausches und der Vernetzung auch ganz praktisch gelebt wird.

■ Aufgaben der Fachgruppe

Zum Deutschen Museumsbund (DMB) mit Sitz in Berlin gehört auch die 1994 gegründete Fachgruppe Dokumentation im Deutschen Museumsbund e. V. als eine von mittlerweile 15 Fachgruppen. Sie befasst sich mit

Fragen der Objektdokumentation und Inventarisierung in den Museen.

Nicht zuletzt aus der mittlerweile auch im Museumsbereich breit etablierten datenbankbasierten Objektdokumentation ergeben sich eine Vielzahl von Aufgaben, Diensten und Anwendungen, welche in allen Arbeitsbereichen der Museen von großer Bedeutung sind. Daraus erwachsen neue Anwendungsmöglichkeiten, aber auch Anforderungen an die Dokumentation der Museumsobjekte. Aus diesem breiten Spektrum von Anforderungen definieren sich die Interessengebiete der Fachgruppe Dokumentation und ihrer Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppen befassen sich mit Dokumentations-Regelwerken, Datenformaten (LIDO), Vokabularen (Übersetzung des zuerst anglo-amerikanisch basierten „Art and Architecture Thesaurus AAT“), Standards (deutsche Fassung des englischen Museumsdokumentationsstandards „Spectrum“), Multimedia-Anwendungen in Museen, Dokumentation von/für moderner und zeitgenössischer Kunst sowie der Langzeitbewahrung digitaler Daten.

Ziele der Fachgruppe sind:

- Die Aufwertung und Vertretung der Belange der Dokumentation und Inventarisierung in deutschen Museen
- Informationsangebote zur Lösung von organisatorischen und inhaltlichen Problemen bei der Objektdokumentation / Digitalisierung in den Museen
- Informationen zur EDV-gestützten Objektverwaltung
- Fragen der Auswertung, Visualisierung und Vermittlung von Dokumentationsdaten
- Aus- und Weiterbildung von in Museen Mitarbeitenden in den Bereichen Dokumentation und EDV in Zusammenarbeit mit entsprechenden Ausbildungseinrichtungen (z. B. HTW Berlin, Studiengang Museumskunde)
- Erarbeitung museumsrelevanter Normen und Dokumentationsstandards, sowie Entwicklung und Pflege von Thesauri und Systematiken.

Zu diesem Zweck veröffentlichen der Deutsche Museumsbund und die Fachgruppe Dokumentation praxis- und anwendungsorientierte Handreichungen,



Herbsttagung 2016 der Fachgruppe Dokumentation, Foto: FG Dokumentation

Best-Practice- und Arbeitsmaterialien. Zweimal im Jahr veranstaltet die Fachgruppe eine bisher kostenfreie Tagung, im Herbst, dreitägig und meist in Berlin. Mitglieder der Fachgruppe arbeiten darüber hinaus auch aktiv an der Entwicklung und der Verfügbarmachung internationaler Dokumentationsstandards im Museumsbereich mit. So wird ein kontinuierlicher Wissenstransfer und die Verfügbarmachung von Werkzeugen für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in den hauptamtlich und ehrenamtlich geführten Museen ermöglicht.

Ich möchte stichpunktartig einige wichtige Beiträge aus der Arbeit der Arbeitsgruppen der Fachgruppe Dokumentation der letzten Jahre nennen. Vertiefende Informationen sind über die Homepage der Fachgruppe beim Deutschen Museumsbund (www.museumsbund.de) zu finden:

- Die AG Sammlungsmanagement hat zusammen mit dem Institut für Museumsforschung den britischen „Spectrum“-Standard übersetzt, dabei auch auf die rechtlichen deutschen Verhältnisse hin orientiert und für jeden der 21 Arbeitsgänge sehr hilfreiche Workflow-Charts implementiert. Viele Museumsverbände und Museumsämter empfehlen seine Anwendung bei der Überarbeitung und Planung von Arbeitsprozessen in den Museen.
- In Zusammenarbeit mit der AG Regelwerke wird der „Art and Architecture Thesaurus“ des Getty Research Institutes (AAT) schrittweise in die deutsche Sprache übersetzt. Als Ergebnis der Übersetzungsarbeit ist dabei auch eine deutsche Plattform für den Zugriff auf den

AAT entstanden (www.aat-deutsch.de). Weitere Vokabulare wie die OBG (Objektbezeichnungsdatei, früher Oberbegriffsdatei, <http://obg.vocnet.org/>) werden von den Bearbeitenden online zugänglich gemacht.

- Die Fachgruppe hat eine Plattform für museumsrelevante Vokabulare (www.museumsvokabular.de) erstellt. Auf dieser Plattform finden sich viele der in deutschen Museen genutzten Vokabulare. Leider sind noch nicht alle mit Services für die webbasierte Nutzung ausgestattet, so dass sich auch „simple“ PDF-files darunter finden.
- Die Arbeitsgruppe rund um das Datenformat Lightweight Information Describing Objects (LIDO) arbeitet eng mit LIDO-WG, der entsprechenden internationalen CIDOC Arbeitsgruppe bei ICOM, zusammen – die ihrerseits wesentlich auf der Arbeit der CIDOC-CRM-SIG aufbaut, welche das im gesamten Kulturerbebereich angewendete Format CIDOC-Conceptual Reference Model (CRM) verantwortet – und entwickelt es maßgeblich weiter.

Ein Höhepunkt der Fachgruppenarbeit sind und waren immer die zweimal jährlich stattfindenden Fachtagungen zu wechselnden Themenschwerpunkten. In unserem digitalen Veranstaltungsarchiv sind retrospektiv bis in das Jahr 1999 ein Großteil der Vorträge erhalten geblieben und nach wie vor frei zugänglich.

Die sogenannte „Frühjahrstagung“ der Fachgruppe findet im Mai, stets im Rahmen der Jahrestagung des Deutschen Museumsbundes, statt. Dabei greift die Fachgruppe das Thema der jeweiligen Jahrestagung auf

und beleuchtet dieses auch unter dem besonderen Fokus des Bundeslandes, in dem die Tagung stattfindet.

■ Aktivitäten

Die dreitägige Herbsttagung der Fachgruppe Dokumentation fokussiert aktuelle Themen der Museumsdokumentation. Fast von Beginn an hatte die Fachgruppe dabei das Glück, im Hörsaal des Konrad-Zuse-Zentrum für Informationstechnik Berlin (ZIB) – von dem Mitarbeitende von Anfang an in der Fachgruppe Dokumentation mitwirkten – zu Gast sein zu dürfen und diesen mit seinen Gästen auch gut füllen zu können.

Neben dem ausführlichen Programm, mit Vorträgen und reichlich Raum für Diskussionen, finden an mindestens einem Nachmittag dieses dreitägigen Tagungs-Marathons auch Arbeitssitzungen der Arbeitsgruppen der Fachgruppe statt.

Seit Februar/März 2020 haben sich diese Aktivitäten notgedrungen ganz in den digitalen Raum verlagert. Nachdem im Mai 2020 die geplante Jahrestagung des DMB und damit auch die Frühjahrstagung der FG Dokumentation Corona-bedingt abgesagt werden musste, konnte die Fachgruppe im Herbst 2020 das erste Virtuelle Berliner Herbsttreffen zur Museumsdokumentation abhalten. An drei Tagen stand in zweistündigen Video-konferenzen das Thema „Lesson learned in Corona-Zeiten?“ auf der Tagesordnung. Kolleginnen und Kollegen berichteten über ihre Aktionen, Erfahrungen und Initiativen, um ihr Museum auf neuen Wegen sichtbar zu machen. Erfreulich war auch hier das hohe Interesse – über 200 Personen nahmen an diesem Virtuellen Berliner Herbsttreffen aktiv und durch rege Diskussion teil.

■ Perspektive

Am 5. Mai 2021 fand die erste Virtuelle Frühjahrstagung der Fachgruppe Dokumentation im Rahmen der Online-Jahrestagung des DMB statt. Wir richteten hier den Fokus auf die „Grenzen und Rahmenbedingungen bei der Publikation von Objektinformationen“. Gerade im letzten Jahr ist deutlich geworden, dass die Objekt-

daten aus der Museumsdokumentation bei den internen und externen Interessensgruppen auf großes Interesse gestoßen sind. Die Bedürfnisse sind für die wissenschaftliche Nutzung anders als für die Bildungs- oder Öffentlichkeitsabteilung. Dabei geht es neben inhaltlichen, qualitativen oder quantitativen Unterschieden auch um Bedenken hinsichtlich des juristisch und ethisch Erlaubten. Wie lässt sich all das unter einen Hut bringen?

Dass die Begegnung mit unseren Museumsbesucherinnen und -besucher in den letzten Monaten notgedrungen auf den virtuellen Raum beschränkt war, hat dazu geführt, dass viele Online-Angebote überarbeitet und neu, anders gedacht wurden. Nur so ließ sich der Kern dessen, was ein Museum ausmacht – die Objekte der Sammlungen und ihre Präsentation – weiterhin, unter Lockdown-Bedingungen, zugänglich machen.

Diese Entwicklung ist aber insofern nicht ganz neu, als es Online-Portale mit einer breiten Zielgruppe wie die Deutsche Digitale Bibliothek, europeana, google Arts&Culture sowie Fachportale wie das Graphikportal, Numid online und das Cranach Digital Archive schon seit einigen Jahren gibt.

Die aktuelle Situation hat jedoch dazu geführt, dass Museen neue Online-Zugänge (Virtuelle Rundgänge, Video-Tutorial, Digitale Kuratoren-Führungen etc.) geschaffen haben und zudem zunehmend (in größeren Museen) die für die wissenschaftliche Objektdokumentation notwendigen Standards, Vokabulare, Objektinformationen mit offenen, eindeutig referenzierbaren IDs und offenen Schnittstellen ergänzt werden. Durch diese Entwicklung wird die Vernetzbarkeit der Sammlungsobjekte, Personen und Kontexte mit anderen Kulturgütern, egal aus welcher Einrichtung, gesteigert werden können. Es besteht die Gelegenheit, neue Ansätze der objektbasierten Forschung, der Visualisierung von Kontexten zu erzeugen und unsere Dokumentationsdaten als eine Grundlage für neue Forschungsansätze zu nutzen.

Für die zukünftigen Aufgaben der Dokumentation und Inventarisierung bieten die Arbeitsergebnisse der letzten Jahre (an denen die Fachgruppe Dokumentation erheblich mitgewirkt hat) solide Grundlagen, auf denen weiter aufgebaut werden kann – hoffentlich bald auch wieder in persönlichen Treffen.

Frank von Hagel

Die Berliner Landesgruppe im Berufsverband Information Bibliothek e. V.

Der Berufsverband Information Bibliothek e. V. – BIB – ist ein bundesweiter Personalverband der Beschäftigten im Berufsfeld von Informationsvermittlung und Bibliotheken. Der Verband hat einen ehrenamtlichen Bundesvorstand und ehrenamtliche Landesgruppenvorstände, eine hauptamtliche Geschäftsstelle mit Geschäftsführerin sowie eine hauptamtliche Redaktion für die Verbandszeitschrift „BuB Forum Bibliothek und Information“. Er ist im Jahr 2000 aus der Fusion zweier früherer Verbände entstanden, in denen zum einen die Assistentinnen und Assistenten in Bibliotheken und zum anderen die Diplom-Bibliothekarinnen und -Bibliothekare vereint waren. Mitglied im BIB können Beschäftigte aller Bibliothekssparten, aller Berufsebenen und aller Berufe, die in oder für Bibliotheken tätig sind, werden. Der Verband bietet seinen Mitgliedern Fortbildung, Möglichkeiten zum fachlichen Austausch, bundesweite und regionale Tagungen und Zusammenkünfte. Mitglieder können in fachlichen und berufspolitischen Gremien mitarbeiten und sich in den Landesgruppen engagieren.

Die Landesgruppe Berlin hat 387 Mitglieder, davon 315 Frauen. Etwa ein Viertel der Mitglieder ist unter 40 Jahre alt, die Hälfte zwischen 40 und 60 und ein Viertel über 60. Die Zusammensetzung der Mitglieder spiegelt die Vielfalt der Berliner Bibliothekslandschaft wider. Ein beträchtlicher Teil arbeitet in den großen wissenschaftlichen Bibliotheken Berlins wie der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz und den Universitäts- und Hochschulbibliotheken. Ein weiterer Teil arbeitet in den Öffentlichen Bibliotheken. Das sind die Bibliotheken in Trägerschaft des Landes wie die Zentral- und Landesbibliothek und die Stadtbibliotheken in den Bezirken. Fast ebenso viele Mitglieder arbeiten in den vielen großen und kleinen Fachbibliotheken, die es in Berlin gibt. Das sind Bibliotheken von Forschungsinstituten der Leibniz-Gesellschaft, Max-Planck-Gesellschaft u. ä., Bibliotheken in Behörden des Landes und des Bundes vom Arbeitsgericht bis zum Bundeskanzleramt, in Firmen, Stiftungen, Museen und Vereinen. Die kleinsten Bibliotheken werden One-Person-Library

(OPL) genannt. Gerade der oft sehr interessante und fruchtbare spartenübergreifende Erfahrungsaustausch kann besonders gut vom BIB angeregt und initiiert werden.

■ Besichtigungen

So versucht die Berliner Landesgruppe regelmäßige Angebote zu machen, an denen Menschen aus unterschiedlichen Bereichen teilnehmen können. Sehr beliebt waren die Besichtigungsbesuche in Bibliotheken, Archiven, Museen oder Buchhandlungen. Hier bieten oft Mitglieder an, ihre Einrichtung zu zeigen oder Mitglieder wünschen sich, eine bestimmte Einrichtung zu besuchen. Nach einer solchen Besichtigung wird meistens noch in ein nahegelegenes Lokal eingekehrt, wo die Eindrücke ausgetauscht werden können.

Alle zwei Jahre gibt es einen Ausflug ins Nachbarland Brandenburg, natürlich mit Besichtigung einer interessanten Bibliothek. Und mit Unterstützung von Bibliothek & Information International (BI-International) sind auch Fachexkursionen ins Ausland möglich. So war die Berliner Landesgruppe schon in Wien, in Südtirol, in Prag, in Italien und in Luxemburg.

■ Online-Stammtisch

Durch die Corona-Pandemie sind seit März 2020 keine persönlichen Treffen mehr möglich. Um den Kontakt nicht abreißen zu lassen und dem großen Bedarf an Austausch über die aktuellen Lagen nachzukommen, gibt es seit einem Jahr den Online-Stammtisch. Hier treffen sich Mitglieder der Landesgruppe in einem virtuellen Raum der Plattform Big Blue Button. Manchmal sind es Treffen, bei denen nur über die Corona-Situation gesprochen wird. Es können aber auch Themen spontan eingebracht werden, wie Tarif-



Foto von einer Exkursion nach Bergamo: Zettelkatalog der Biblioteca Civica Angelo Mai e Archivi storici comunali
Foto: Marion Klaus

entwicklung und Arbeitsschutz, behindertengerechte Bibliotheksgestaltung oder Formen des virtuellen Arbeitens. Im März 2021 zeigte eine Kollegin ihre Bilder von einer Bibliotheksreise durch die Schweiz aus der Zeit, als Reisen noch möglich war.

■ Fortbildungen

Für Fortbildungen gibt es in Berlin das Weiterbildungszentrum der Freien Universität, das Berliner Bibliothekswissenschaftliche Kolloquium der Humboldt-Universität zu Berlin und viele Angebote zu allgemeinen Themen. Daher organisiert die BIB-Landesgruppe nicht vorrangig selbst Fortbildungsveranstaltungen. Es ist in Berlin vielmehr wichtig, die vielen Angebote zu vermitteln, Informationen darüber zu bündeln und an die Beschäftigten weiterzugeben.

Ebenso können über die Landesgruppe des Verbands Rückmeldungen über Wünsche und Bedarfe der

Mitglieder an die Fortbildungsträger übermittelt werden. Ebenso wichtig ist der Kontakt zu anderen beruflichen Vereinigungen. Gemeinsam mit den Berliner und Brandenburgischen Landesgruppen des Deutschen Bibliotheksverbands DBV, des Verbands deutscher Bibliothekarinnen und Bibliothekare VDB und dem Berliner Arbeitskreis für Information BAK organisieren Mitglieder des BIB regelmäßig den Tag der Bibliotheken in Berlin und Brandenburg als fachliches Branchentreffen auf regionaler Ebene. Der nächste Tag der Bibliotheken wird voraussichtlich im September 2022 in Neuruppin stattfinden.

Jana Haase

Der Regionalverband Berlin-Brandenburg im Verband Deutscher Bibliothekarinnen und Bibliothekare

Mit seiner über 120-jährigen Geschichte ist der Verband Deutscher Bibliothekarinnen und Bibliothekare (VDB) der älteste Zusammenschluss von Bibliothekarinnen und Bibliothekaren in Deutschland. Seine ca. 1.800 Mitglieder arbeiten in der überwiegenden Mehrzahl in wissenschaftlichen Bibliotheken bzw. wurden für eine Tätigkeit in einer solchen Bibliothek ausgebildet. Regional ist der Verband in acht Landes- bzw. Regionalverbände – einer davon für Berlin und Brandenburg – untergliedert, in denen die Ziele des Verbandes in Hinblick auf die jeweiligen lokalen und regionalen Bedarfe und Themen umgesetzt werden.



Im Zentrum der Arbeit des Verbandes steht der Austausch zwischen den Mitgliedern, die Stärkung ihrer Zusammenarbeit, die Wahrnehmung ihrer Berufsinteressen sowie die Förderung und der Ausbau ihrer Fachkenntnisse und Expertisen. So führt der VDB zu einer Fortbildungsveranstaltung und Tagungen durch und veröffentlicht für die Tätigkeiten im wissenschaftlichen Bibliothekswesen spezifische Publikationen und zum anderen behandelt er alle mit dem Beruf der wissenschaftlichen Bibliothekarin bzw. des wissenschaftlichen Bibliothekars zusammenhängenden Angelegenheiten und Themen und kooperiert mit anderen Organisationen des Bibliotheks- und Informationswesens. Dafür unterhält der VDB auf Bundesebene sieben spezifische Kommissionen, in denen Expertinnen und Experten die jeweiligen Themen diskutieren und Vorschläge für die Weiterentwicklung oder Handlungsempfehlungen erarbeiten. Diese zentralen sieben Themen sind Ausbildung und berufliche Qualifikation, forschungsnahe Dienste, Fachreferatsarbeit und Recht im Berufsalltag sowie – in Kooperation mit dem Deut-

schen Bibliotheksverband (DBV) – Management, Bibliotheksbau und Informationskompetenz.

■ Deutscher Bibliothekartag

Zu den wichtigsten bibliothekarischen Fortbildungsveranstaltungen und Tagungen in Deutschland, die unter Mitwirkung des VDB realisiert werden, zählt der Deutsche Bibliothekartag, den der VDB zusammen mit dem Berufsverband Information Bibliothek (BIB) jährlich organisiert. Es werden aber auch regionale und themenspezifische Fortbildungsveranstaltungen angeboten und Gremien des fachlichen Austauschs zwischen den Mitgliedern des VDB und zwischen dem VDB und anderen Berufsverbänden geschaffen. So werden bereits seit einigen Jahren die Möglichkeiten eines Zusammenschlusses zwischen VDB und BIB eruiert, um die schon bestehende enge Zusammenarbeit noch weiter zu vertiefen.

■ Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken

Im Bereich der Publikationen des VDB ist besonders das Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken zu nennen, in dem neben wichtigen Informationen zu den Bibliotheken auch alle VDB-Mitglieder und Angehörigen des wissenschaftlichen Bibliotheksdienstes mit Namen und persönlichen Angaben verzeichnet sind, was dieses Jahrbuch nicht nur zu einem der zentralen Nachschlagewerke zum deutschen Bibliothekswesen macht, sondern auch identitätsstiftend für den ganzen Verband ist. Das elektronische Open-Access-Journal o-bib ist die zweite wichtige Publikation des VDB, die von Mitgliedern des Verbandes für die Mitglieder produziert wird, um Informationen über die Tätigkeit des Verbandes



7. Tag der Bibliotheken in Berlin und Brandenburg am 14. September 2019 an der TU Berlin, Foto: Fabian Winkler

aber auch Ergebnisse der Gremientätigkeit und thematische Artikel zu publizieren.

Neben den bereits erwähnten Kooperationen mit dem DBV und dem BIB ist der VDB auf nationaler Ebene auch Mitglied des Dachverbandes aller bibliothekarischen Vereinigungen in Deutschland, Bibliothek Information Deutschland (BID) sowie der einrichtungübergreifenden Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst (AhD). Als Unterstützer des Aktionsbündnisses Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft setzt er sich darüber hinaus für ein wissenschaftsfreundliches Urheberrecht ein. Auf internationaler Ebene ist der VDB Mitglied der International Federation of Library Associations and Institutions (IFLA), der Ligue des Bibliothèques Européennes de Recherche (LIBER) sowie des European Bureau of Library, Information and Documentation Associations (EBLIDA), arbeitet aber auch mit anderen Verbänden und bibliothekarischen Vereinigungen im Ausland zusammen.

Der ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen finanzierte Verein wird auf Bundesebene vom durch die Mitgliederversammlung gewählten Vorstand geführt, der zusammen mit den Vorsitzenden der Landes- und Regionalverbände sowie der Kommissionen im Vereins-

ausschuss die strategische Ausrichtung und die Zusammenarbeit in den Gremien koordiniert.

■ Der Regionalverband

Die spezifischen Bedarfe und Themen der wissenschaftlichen Bibliothekarinnen und Bibliothekare in Berlin und Brandenburg prägen die Arbeit des Regionalverbandes für die beiden Bundesländer. Der im November 2020 neugewählte Vorstand des Regionalverbandes hat es sich dabei für seine aktuelle Amtszeit zum Ziel gesetzt, für seine knapp 300 Mitglieder besonders vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie Foren des Austauschs zu schaffen sowie in virtuellen Veranstaltungen bibliothekarisch relevante Themen wie Digitalisierung oder Logistik aus anderen, nicht bibliothekarischen Perspektiven zu betrachten und dadurch der Bibliotheksarbeit neue Impulse zu geben. Daneben richtet der Regionalverband seine Aktivitäten auch weiterhin auf die Förderung von Open Access und neuen agilen Arbeits- und Führungsmethoden aus. In den vergangenen Jahren stand auch immer die regionale Zusammenarbeit beispielsweise beim Tag der Bibliotheken in Berlin und Brandenburg sowie beim Innovationspreis für Bibliotheken der Länder Berlin und Brandenburg mit anderen Verbänden wie etwa dem BIB Berlin, BIB Brandenburg oder den Landesverbänden DBV Berlin und Brandenburg im Zentrum.

Christoph Müller

Der Landesverband der Berliner Museen als Kommunikationsplattform

Der Berliner Landesverband hat derzeit 120 Mitgliedsmuseen und besteht seit 1991. Seine Struktur war über lange Jahre hinweg von Improvisation geprägt. Seit Mai 2020 gibt es eine hauptamtliche Leiterin der Geschäftsstelle, und für die Zukunft sind weitere Maßnahmen der Professionalisierung geplant. Der Vorstand besteht derzeit aus 11 Mitgliedern, die sich ehrenamtlich für den Verband engagieren. Bei der Zusammensetzung wurde versucht, der Museumslandschaft Berlins gerecht zu werden. Neben Vertreterinnen und Vertretern der großen landesgeförderten Häuser sind auch Privat- und Bundesmuseen sowie Bezirks- und Regionalmuseen, Gedenkstätten und auch Ausstellungshäuser vertreten. Institutionen ohne eigene Sammlung in den Verband aufzunehmen, mag als inkonsequent erscheinen, aber es hat sich als wertvoll erwiesen, auch diese in die Arbeit des Verbands zu integrieren.

■ Ziele

Ziele des Landesverbandes der Museen zu Berlin (LMB) sind die gegenseitige Beratung, Förderung und die Kooperation der Museen in Berlin. Der LMB verfolgt dabei drei Arbeitsschwerpunkte: Zentral ist zum einen die Diskussion zur Weiterentwicklung der tradierten museologischen Aufgabenfelder Sammeln, Bewahren, Forschen, Bildung und Präsentation/Kommunikation. Viele Mitarbeitende der Berliner Museen haben sich zu gegenseitigem Austausch in Fachgruppen zusammengeschlossen, die sich mehr oder minder regelmäßig treffen: Es gibt Arbeitsgruppen der Direktorinnen und Direktoren der Berliner Landesmuseen, eine weitere Arbeitsgruppe zum Thema Museumssicherheit, die Volontärinnen und Volontäre haben sich zusammengeschlossen und darüber hinaus existieren die Fachgruppen Verwaltung, Fotografie, Inklusion, Bildung und Kommunikation sowie eine neu gegründete

Gruppe Digitale Transformation. Auch die Berliner Regionalmuseen haben sich zu einem Arbeitskreis zusammengesetzt.

■ Interessenvertretung

Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld des LMB ist die Vertretung der Interessen der Museen in Berlin in allen Bereichen der Kulturpolitik und Kulturverwaltung: Diese Aufgabe nehmen die elf gewählten Vorstandsmitglieder, der oder die Vorsitzende, der oder die stellvertretende Vorsitzende und der/die Geschäftsführer/in wahr. Der dritte Arbeitsschwerpunkt besteht in der Vernetzung der Museen und in der Unterstützung der fachinternen und besucherorientierten Kommunikation. Hierfür erarbeiten und begleiten die Kulturprojekte Berlin GmbH ein Internetportal, geben die Zeitschrift MuseumsJournal heraus, veröffentlichen die LMB-Jahresberichte und organisieren jährliche Fachtagungen der Museen in Berlin.

■ Jahrestagung

Zentrale Veranstaltung des LMB ist die Jahrestagung, die immer einen thematischen Schwerpunkt hat – 2021 lautet der Titel „Museen in Zeiten von Rechtspopulismus“. Dazu wird bei Bedarf auch fachliche Unterstützung eingeholt. Dieses Jahr erfolgt sie durch die Kulturpolitische Gesellschaft e. V. sowie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin.

Da die Corona-Pandemie auch die Berliner Museen stark betroffen hat, führte der LMB in Zusammenarbeit mit Kulturevaluation Wegner im Herbst 2020 unter den Mitgliedern eine Online-Befragung zu den Auswirkungen von COVID-19 durch. Dabei ging es darum, herauszufinden, wie sich die Pandemie konkret auf das



Thomas Köhler auf der Jahrestagung 2019
Foto: Oana Popa-Costea

Publikum, auf das Programm, das Personal, die Netzwerke und die wirtschaftliche Situation der Berliner Museen auswirkte. Die Ergebnisse wurden in einer Online-Publikation zusammengefasst und in einer digitalen Veranstaltung vorgestellt und diskutiert. Die Teilnehmenden der Veranstaltung arbeiteten anschließend in Arbeitsgruppen und formulierten Handlungsempfehlungen für Museen, Verbände und Kulturpolitik.

■ Neue Formate

Wichtig für den LMB ist eine große Offenheit bezüglich neuer Formate, speziell da in Zeiten der Pandemie viele Möglichkeiten des informellen Austauschs wegfallen. Ein Beispiel hierfür ist das „Speeddating für mehr Relevanz“, das im Februar 2021 gemeinsam mit dem Netzwerk Agile Kultur veranstaltet wurde. Rund 70 Mitarbeitende unserer Mitglieds Museen sowie Mitglieder des Netzwerks Agile Kultur vernetzten sich in schnellen 5-Minuten Dates. Dieser unkonventionelle Austausch führte zu zahlreichen inspirierenden virtuellen Begegnungen und soll in Zukunft fortgeführt werden.

Der Austausch untereinander ist das zentrale Element der Arbeit des LMB. Wir versuchen daher auch, uns regelmäßig zu besuchen. Über die Spartengrenzen hinaus fungiert ein Museum als Gastgeber, empfängt Kolleginnen und Kollegen zu einer Führung und einem Gespräch über die spezifische Institution, deren Aufga-

ben und Herausforderungen. Seit der pandemiebedingten Schließung im Frühjahr 2020 ist der Austausch der Kolleginnen und Kollegen untereinander umso wichtiger geworden. Wie an den einzelnen Häusern mit der Situation umgegangen wurde, konnte in den Belegschaften ebenso thematisiert werden, wie die mit der Wiedereröffnung verbundenen Maßnahmen. Dies geschieht unter anderem, indem sich Bildungskolleginnen und -kollegen verschiedener Häuser seit einem Jahr einmal monatlich Online treffen. Trotz der Pluralität der Institutionen gelingt es immer wieder, übergeordnete Themen zu behandeln und die Unterschiede zwischen den Häusern als Chance für Diskussionen zu nutzen.



Neues Format bei der Jahrestagung 2019
Foto: Oana Popa-Costea

Die Annäherung der Museen untereinander während der Pandemie wird hoffentlich auch in Zukunft weiter bestehen, wenn der reguläre Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Übergeordnete Themen wie Inklusion, der Digital Turn und das „Grüne Museum“ können nur im Verbund produktiv verhandelt und vertreten werden. Das Museum der Zukunft muss ein Dialogisches Museum sein.

Thomas Köhler

Fragen an die Parteien zur Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus

Im September dieses Jahres finden wieder Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Wir wollten von den bislang im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien wissen, welchen Stellenwert der Erhalt des schriftlichen Kulturguts in ihren politischen Vorstellungen einnimmt und welche konkreten Pläne sie auf diesem Gebiet haben.

■ Berliner Archivrundschau

Welchen Stellenwert nimmt die Bewahrung des schriftlichen Kulturerbes in Ihren politischen Zielsetzungen ein und wie wollen Sie sich für Archive einsetzen? Welche konkreten Ziele nennen Sie dazu in Ihrem Wahlprogramm?



Für Bündnis 90/Die Grünen Berlin ist die Bewahrung des schriftlichen Kulturerbes eine elementare Aufgabe öffentlicher Kultur- und Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Ersten Schritten in dieser Legislaturperiode – wie die Verstärkung des Kompetenzzentrums Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken in Berlin und Brandenburg (KBE) oder die erstmalige Kofinanzierung des Sonderprogramms des Bundes bzw. der Koordinierungsstelle für die Erhaltung schriftlichen Kulturguts (KEK) durch den Berliner Landeshaushalt – müssen weitere folgen. Dies kann nur durch eine Stärkung der entsprechenden Arbeit und Vernetzung der relevanten Institutionen, Akteurinnen und Akteure, einen Ausbau der vorhandenen Aktivitäten und deren bessere Koordination sowie die Sicherstellung der dafür notwendigen Finanzmittel gelingen. Als Grüne sprechen wir uns in unserem Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl deshalb auch explizit gegen Einsparungen im Berliner Kulturhaushalt infolge der Coronakrise aus; stattdessen braucht es neue Förderinstrumente und weitere Investi-

tionen in die kulturelle Grundversorgung. Die städtischen Archive, deren Arbeit und gezielte Förderung – etwa im Zusammenhang mit der Mammutaufgabe der Digitalisierung – gehören für uns ausdrücklich dazu.



Für uns gehört die Sicherung des schriftlichen Erbes ganz zentral zum Erhalt unseres vielfältigen kulturellen Erbes. Neben entsprechenden baulichen Ertüchtigungen für eine fachgerechte Aufbewahrung des schriftlichen Kulturguts in den Bibliotheken und Archiven gehören dazu vor allem die Entsäuerung und Schädlingsbekämpfung, Restaurierung und präventive Maßnahmen, um das Erbe möglichst im Original zu erhalten, sowie die Digitalisierung, Langzeitarchivierung und Zugänglichmachung. Für uns sind Originalerhalt und Digitalisierung nicht austauschbar, die dafür notwendigen Maßnahmen aber müssen angesichts der Größe der Aufgabe besser zwischen den einzelnen Einrichtungen und Ländern abgestimmt, koordiniert und fachlich begleitet werden.



1. Stellenwert der Bewahrung schriftlichen Kulturerbes
Der alltägliche Einsatz für das Kulturgut findet hinter den Kulissen statt. Diese wichtige Arbeit in den Museen, Archiven und Bibliotheken ist in der öffentlichen Wahrnehmung unterrepräsentiert. Die AfD misst der Bewahrung des schriftlichen Kulturerbes höchsten kulturpolitischen Wert bei. Das öffentliche Bewusstsein für den Wert von Originalen und die Bedeutung der konservatorischen Arbeit für Geschichte und Zukunft muss gestärkt werden.

2. Ziele der AfD

2.1 Gesetzliche Basis schaffen:

Ein Kulturgutschutzgesetz für Berlin

Die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat im Jahr 2020 den Entwurf für ein Kulturgutschutzgesetz ins Parlament eingebracht (Drs. 18/3187). Die Bewahrung schriftlichen, audiovisuellen und fotografischen Kulturguts (§ 9) und die Digitalisierung von Kulturgut (§ 11) spielen dabei eine wichtige Rolle. Mit dem Kulturgutschutzgesetz, das sich auch als Forderung im Wahlprogramm wiederfindet, will die AfD eine gesetzliche Basis für eine dauerhafte Finanzierung bezüglich der Bewahrung des schriftlichen Kulturerbes schaffen. Kontinuierliche Aufgaben, wie die Umsetzung der Bestandserhaltung, die Beseitigung von Schäden und die Bekämpfung von Schadensursachen, benötigen eine gesicherte Finanzierung auf gesetzlicher Basis.

2.2. Umsetzung des Landeskonzpts für den Originalerhalt des schriftlichen Kulturguts

Das Land Berlin muss die Umsetzung des Landeskonzpts für den Originalerhalt des schriftlichen Kulturguts dauerhaft finanziell absichern.

Die AfD unterstützt die Forderungen des Kompetenzzentrums Bestandserhaltung (KBE). Angesichts der großen Zahl an Gefährdungen sind viele Einrichtungen mit der Bewahrung ihrer Bestände personell und finanziell überfordert. Die AfD stimmt dem KBE zu, dass für die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes die Rahmenbedingungen bei den Gebäuden, dem Etat und Personal in den Bibliotheken und Archiven verbessert werden müssen. Voraussetzung dafür ist die Anerkennung des Themas „Bestandserhaltung“ als Daueraufgabe durch die Unterhaltsträger und die Öffentlichkeit.

2.3. Bestandserhaltung als finanziell abgesicherte Daueraufgabe

Bereits in der KBE-Befragung aus dem Jahr 2012 wurde dargelegt, dass sich die Einrichtungen bezüglich der Beantragung von Fördermitteln überfordert sehen. Hier besteht Handlungsbedarf. Sinnvoll wäre es, mittels einer erhöhten Regelfinanzierung die erforderlichen Projekte eigenverantwortlich tätigen zu können.

2.4. Kirchliche Archive

Auch kirchliche Archive hüten einen großen Schatz und bedürfen daher der Aufmerksamkeit. Der Erhalt kirchlichen Archivguts liegt im öffentlichen Interesse und sollte öffentlich gefördert werden.



Das Regierungsprogramm der FDP zur Abgeordnetenhauswahl bezieht im Kapitel Kultur Stellung zum schriftlichen Kulturerbe. Bibliotheken sind wichtige Orte der Bildung und Wissenschaft. Die Bestände sind allen ohne Hindernisse auch digital zugänglich zu machen. Das gilt auch für die Archive, deren spezifische Herausforderungen mit der Formulierung unserer Vorstellung einer Zukunft des Geheimen Staatsarchivs Berlin im Zusammenhang mit der Reform der Stiftung Preußischer Kulturbesitz nur exemplarisch angesprochen wird. Wir wollen das Geheime Staatsarchiv als unabhängiges Institut beim Bundesarchiv ansiedeln.

Ein Wahlprogramm kann nicht alle Themen abdecken. Für Diskussionen über konkrete Anliegen ist die FDP offen. Wir wissen um die wertvolle Arbeit und Dienstleistungsfunktion der Archive als historisches Gedächtnis sehr zu schätzen und nutzen die Bestände des Archivs des Liberalismus in Gummersbach immer mit großem Gewinn für unsere politische Arbeit.

Das Regierungsprogramm zur Abgeordnetenhauswahl gibt es unter: <https://www.fdp-berlin.de/wahlen/>.



Schriftliches Kulturgut zu bewahren, ist ein Teil eines größeren Auftrags, der zentrale Bedeutung hat für Bildung und Pflege des kulturellen Gedächtnisses. Es handelt sich um eine Querschnittsangelegenheit, die nicht nur kulturgutbewahrende Einrichtungen betrifft, allen voran Bibliotheken, Gedenkstätten/Erinnerungsorten, sondern auch sämtliche Kultureinrichtungen und andere öffentliche Einrichtungen, die kulturvermittelnd arbeiten. Die Bewahrung des schriftlichen Kulturguts ist eingeschlossen in die vielfältigen kultur- und bildungspolitischen Maßnahmen der Teilhabepolitik, die den kulturpolitischen Schwerpunkt der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus in dieser Legislaturperiode bildet und auch künftig bilden wird.

Archivpolitisch relevant ist die Arbeit des Kompetenzzentrums zur Bestandserhaltung Berlin-Branden-

burg, das in der Berliner Zentral- und Landesbibliothek angesiedelt ist. Allein für die Bestandserhaltung des schriftlichen Kulturguts stehen dem Landesarchiv und der Zentral- und Landesbibliothek seit 2019 Mittel in Höhe von 300.000 Euro zur Verfügung. In der ZLB wurde die Arbeit am Landeskonzept für den Originalerhalt des schriftlichen Kulturguts 2020 aufgenommen, die zunächst Bestände schriftlichen Kulturguts in kulturgutbewahrenden Einrichtungen ermittelt. Die Unterstützung der Berliner Bibliotheken als Wissensspeicher und Ort der Begegnung beinhaltet die Stärkung der Archive durch Bestandspflege und -entwicklung und die Entwicklung sozialer Räume der Begegnung. Daher haben wir die Arbeit am Rahmenkonzept für die Bibliotheksentwicklungsplanung beständig, auch parlamentarisch begleitet und gefördert. Im Umzug der Zentral- und Landesbibliothek und dem Neubau eines neuen Bibliotheksstandorts am Standort der Amerika-Gedenkpolitik, für den finanzielle Mittel von ca. 350 Millionen Euro vorgesehen sind, realisiert sich dieses Interesse auch baulich.



Die Unterstützung der Arbeit der Archive, aber insbesondere auch die Bewahrung von schriftlichem Kulturgut, ist uns als CDU ein großes Anliegen. Aus diesem Grund hat sich die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus bereits während der letzten Haushaltsberatungen dafür eingesetzt, die Digitalisierung und damit auch die dauerhafte Sicherung von Kulturgütern mit zusätzlich 5 Millionen Euro zu fördern. Ebenso bildet die Digitalisierung von Kulturgütern ein wichtiges Element eines Berliner Kultugesetzbuches, dessen Einführung die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus jüngst gefordert hat und für das wir uns auch in Zukunft einsetzen werden.

■ Berliner Archivrundschau

Bislang bieten noch nicht alle Berliner Archive die Möglichkeit an, online in ihren Beständen zu recherchieren, oder stellen ausreichend digitalisiertes Archivgut im Internet bereit, worauf die Forschung

gerade in Zeiten eines Lockdowns dringend angewiesen ist. Auch sind die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen einer gemeinsamen Präsentation des Berliner Kulturerbes nicht gegeben. Wie wollen Sie die Digitalisierung von Berliner Archivgut einschließlich der Nutzbarkeit im Internet voranbringen und wie wollen Sie die dafür notwendige Finanzierung sicherstellen?



Die Digitalisierung von Archivgut ist bekanntlich eine große Chance und Herausforderung zugleich. Bereits in der laufenden Legislatur sind einige Anstrengungen in diesem Bereich, aber auch für die Digitalisierung der Berliner Kulturarbeit insgesamt, unternommen worden. Zu nennen wäre der Beitritt des Landes Berlins zum länderübergreifenden Kooperationsverbund Digitale Archivierung Nord (DAN) oder die Aktivitäten des Forschungs- und Kompetenzzentrums Digitalisierung Berlin (digiS), auch wenn dessen Fokus bislang weniger auf der Archivarbeit liegt. Mit der Debatte über das museale Sammlungserbe aus kolonialen Unrechtskontexten (und dem Erfordernis einer Digitalisierung von Objekten und Bestandskatalogen) oder kulturelle Streaming-Angebote und die Bedeutung des audiovisuellen Theatererbes im Zeichen des Lockdowns ist einmal mehr deutlich geworden: Digitalisierung muss integraler Bestandteil jeder Kulturarbeit und -politik werden und in allen Kultur-, Bildungs- und Erinnerungsinstitutionen auch strukturell verankert werden. Das bedeutet konkret zusätzliche Stellen bzw. mehr qualifiziertes Personal und ausreichend Sachmittel für technische Anschaffungen und die digitale Infrastruktur vor Ort. Neben einer Kofinanzierung der verfügbaren Bundesmittel und -programme müssen das Land Berlin und seine Bezirke dafür auch eigenständig weitere Haushaltsmittel zur Verfügung stellen.



Wir sehen im Erhalt und der Digitalisierung unseres Kulturerbes eine Aufgabe von gesamtstaatlicher Bedeutung. Der Aufbau von digitalen Informationsinfrastrukturen zieht jedoch ebenso Kosten für deren Instandhaltung, Betrieb sowie Weiterentwicklung nach sich. Dabei spielen weniger Investitionen, als Personal- und Materialkosten eine bedeutende Rolle.

Das Land Berlin, die Senatsverwaltung für Kultur und Europa, unterhält seit 2012 das „Förderprogramm zur Digitalisierung des kulturellen Erbes“. Ziel des Förderprogramms ist es, einen dauerhaften Zugang zum digitalisierten kulturellen Gedächtnis Berlins zu schaffen, über dessen Verfügbarkeit im Netz sowie für die langfristige Nachnutzbarkeit der Digitalisate und Daten zu sorgen. Das Förderprogramm gewährt eine finanzielle Unterstützung, für die sich Berliner Kultureinrichtungen jährlich im Rahmen einer Ausschreibung bewerben können.

Berlin fördert spartenübergreifend die Digitalisierung von Objekten aus Kulturerbe-Einrichtungen – Archive, Bibliotheken, Museen, Gedenkstätten etc. – mit Sitz im Land Berlin. Gegenstand der Förderung ist die Digitalisierung von herausragenden oder stark nachgefragten Kulturgütern, die repräsentativ für Berlin bzw. die jeweilige Kultureinrichtung sind.

Im Auftrag der Kulturverwaltung hat das Zuse-Institut Berlin eine spartenübergreifende Servicestelle Digitalisierung eingerichtet. Diese zeichnet sich aus durch eine enge Verflechtung von Beratung und Vermittlung von Digitalisierungsdienstleistungen für Kulturinstitutionen im Land Berlin in Verbindung mit eigenen IT-Services, vor allem im Bereich der Langzeitarchivierung.



1. Digitalisierung

Im Jahr 2020 hat die AfD den Entwurf für ein Kulturgutschutz ins Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht (Drs. 18/3187). Die Digitalisierung von Kulturgut

(§ 11) wird darin als Pflichtaufgabe festgesetzt. Die Berliner Archive und Sammlungen müssen organisatorisch und finanziell in die Lage versetzt werden, die Digitalisierung voranzutreiben.

Die digitale Zugangsform eröffnet der wissenschaftlichen Erforschung neue Möglichkeiten. Kulturgut wird auf schonende Weise einsehbar. Eignet sich ein Totalverlust, gibt es zumindest noch eine digitale Sicherung, die eine wissenschaftliche Auseinandersetzung oder Wiederherstellung ermöglicht.

2. Finanzierung

Der Entwurf für ein Kulturgutschutzgesetz der AfD sieht vor, dass das Land Berlin den Kulturgut bewahrenden Einrichtungen eine dauerhaft gesicherte Basis für die Digitalisierung bieten muss.

3. Synergieeffekte und Kooperation

Da die Archive vor denselben Herausforderungen stehen, sind Synergieeffekte zu suchen. Eine gemeinsame digitale Präsentation des Berliner Kulturerbes ist wünschenswert. Kooperationen können die Bereitstellung sowie auch die Nutzung digitaler Angebote vereinfachen. Die AfD setzt sich dafür ein, finanzielle und organisatorische Voraussetzungen für eine gemeinsame digitale Präsentation zu schaffen. Die Expertise der Privatwirtschaft zu nutzen, führt dabei schneller zum Ziel, als neue Strukturen aufzubauen. Als zentrale Instanzen zur Koordination könnten das KBE und das Landesarchiv fungieren. Auch mit den Hochschulen sind Kooperationen anzustreben.

Archive und Kulturgut bewahrende Einrichtungen müssen durch ausreichende Finanzierung personell in der Lage sein, ein Expertennetzwerk zu unterhalten, um die eigene Expertise und konservatorische Techniken durch Wissens- und Erfahrungsaustausch weiterzuentwickeln.

4. Zugänglichkeit – Open Access

Zur Digitalisierung gehört auch, digitalisiertes Archivgut unter Beachtung von Urheberrecht und Datenschutz über das Internet bereitzustellen. Die Möglichkeit, Bilder von Archivgut publizieren zu können, ist essenziell für die Forschung.

Die AfD hat sich im Berliner Abgeordnetenhaus mit einem Plenar Antrag für die Stärkung von Open Science und Open Access eingesetzt (Drs. 18/2512) und übernimmt diese Forderung auch für das Wahlprogramm.



In der Digitalisierung liegt die Chance, Archivgut auch einem breiteren Publikum substanzschonend zugänglich zu machen. Mittelfristig hat sie das Potenzial, archiwürdige Dokumente der Gegenwart originalersetzend zu erfassen, so dass räumliche Kapazitäten perspektivisch eingespart werden, wenn Digitalisate nur noch vereinzelt, etwa bei besonderer Bedeutung, tatsächlich auch haptisch greifbar vorliegen müssen. Dies lässt Investitionen in Technik und Infrastruktur in diesem Bereich wissenschaftlich und wirtschaftlich interessant erscheinen. Die Freien Demokraten würden konkrete Projekte zur Verbesserung des elektronischen Zugriffs auf die Bestände möglichst aller Berliner Archive mit Interesse und Sympathie prüfen.



Die Pandemie hat ein Schlaglicht auf die Bedeutung digitaler Infrastrukturen geworfen und neue Wege der Kulturvermittlung aufgezeigt. Digitale Angebote bieten der Berliner Kultur einen weiteren Raum für Produktion, Präsentation, Dokumentation und Recherche, was sich auch daran zeigt, dass Archive mit größerem Anteil an Digitalisaten erweiterte Nutzungsoptionen bieten. Moderne und digitale Lösungen sollen in allen Bereichen der Daseinsfürsorge, auch in der kulturellen Daseinsfürsorge verstärkt eine Rolle spielen. Die Weiterentwicklung des Breitband-Infrastrukturausbaus wie den Zugang zur 5G-Infrastruktur und die Gründung eines Berliner Infrastrukturbetriebs können Voraussetzungen dafür sein, dass sich die Kulturlandschaft einer modernen digitalen Infrastruktur bedient. Kooperationen des Landesarchivs zur digitalen Archivierung und andere öffentlich geförderte Projekten sollen voneinander profitieren. Berliner Archive sollen weiter mit der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK) zusammenarbeiten und auch die länderübergreifende Arbeit an einer europäischen Medienplattform bereichern, sodass mehr digitale Inhalte für alle Europäer und Europäerinnen zugänglich werden.



Exponate, Filme, Bücher, Literatur etc. können durch die Digitalisierung als kulturelles Erbe gesichert und zugänglich gemacht werden. Zum Erhalt von Kulturgut für die Zukunft, aber auch um Einrichtungen den barrierefreien Zugang zu ihren Werken zu ermöglichen, ist eine personelle und technische Aufrüstung der Einrichtungen notwendig. Unser Antrag in den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2020/21 von 5 Millionen Euro für diese Zwecke war im Gesamthaushalt gegenfinanziert, wurde aber von der Regierungskoalition abgelehnt.

■ Berliner Archivrundschau

In Berlin existieren weit über 150 Archive, darunter eine Vielfalt von Archiven von Vereinen, Stiftungen, Initiativen oder Privatpersonen. Diese Archive stellen unverzichtbare Informationsquellen für die Erforschung historischer Prozesse und individueller Schicksale dar und bieten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, auf der Grundlage verlässlicher Fakten an der demokratischen Meinungsbildung teilzunehmen. Um ihre Bestände professionell bewahren, erschließen und zugänglich machen zu können und ihre Arbeit nachhaltig zu gestalten, benötigen diese Archive aber dringend Beratung durch eine Archivberatungsstelle. Wie stehen Sie zur Einrichtung einer solchen Archivberatungsstelle?



Mit den bereits genannten Programmen von KBE und DAN gibt es bereits Ansätze einer besseren Vernetzung und Beratung in der praktischen Archivarbeit. Diese reichen aber bei weitem nicht aus, so dass die Idee einer institutionalisierten Archivberatungsstelle in der Tat naheliegt. Dies gilt umso mehr, als dass etwa mit der seit 2019 geltenden EU-Urheberrechts-Richtlinie neue, praktische Herausforderungen für die Arbeit von Archiven hinzugekommen sind und stetig hinzu-

kommen. Ein möglicher Schwerpunkt der Arbeit einer solchen Stelle könnte aus Grüner Sicht die Begleitung und Beratung nicht-staatlicher Akteurinnen und Akteure bzw. Aktivitäten im Archivbereich sein.



Eine Archivberatungsstelle stellt sicherlich eine sinnvolle Unterstützung für die vielen, gerade kleineren Archive unterschiedlicher Organisationsform dar. Ein entsprechendes Angebot, seine Umsetzungs- wie auch Finanzierungsmöglichkeiten sollten aus unserer Sicht im gemeinsamen Gespräch geprüft werden.



Eine Archivberatung für nichtstaatliche Archive sieht die AfD als berechtigtes Interesse, insofern es sich um Archivbestände von öffentlichem Interesse handelt. Die AfD befürwortet es, die Einrichtung einer Archivberatung prüfen zu lassen. Dazu müssen der konkrete Bedarf, die notwendigen Ressourcen und Strukturen sowie die damit verbundenen Kosten ermittelt werden. Das Angebot müsste mit dem Landesverband Berlin im VdA abgestimmt werden. Die Einrichtung einer eigenständigen Archivberatungsstelle lehnt die AfD als Schaffung von Doppelstrukturen ab.



Archivberatungsstellen leisten dort, wo es sie wie etwa in Nordrhein-Westfalen gibt, wertvolle Beiträge zur Qualitätssicherung der Archive als kulturelle Dienstleister, etwa im Bereich der Fortbildung von Fachkräften, zum Schutz von Kulturgut (z. B. Umgang mit Schädlingsbefall, Soforthilfe mit Notfallboxen bei Havarien), der Begleitung und Entwicklung von Kooperationen zwischen Einrichtungen des Archivwesens, bis hin zur Entwicklung von Synergien zur weiteren Pro-

fessionalisierung, aber auch Dämpfung der Kostenentwicklung. Vor diesem Hintergrund haben wir viel Verständnis für die Forderung einer Archivberatungsstelle für Berlin. Ihrer Realisierung müsste die Erörterung des konkret erforderlichen materiellen und auch personellen Bedarfs vorangehen. Diese Diskussion würden wir unterstützen. Die Senatsverwaltung könnte dabei sicher von der vorhandenen Expertise Ihres Landesverbandes profitieren und sollte sich ihr nicht verschließen.



Die gemeinsame Arbeit von Zentraler Landesbibliothek, Landesarchiv und Kompetenzzentrum zur Bestandhaltung Berlin-Brandenburg zeigt beispielhaft, dass zentrale Stellen zur Bündelung gemeinsamer Aufgaben in der Berliner Kulturlandschaft essenziell sind. Gerade Berlin als größte deutsche Metropole und Hauptstadt nutzt die unmittelbare Nähe von Bundes-, Landes- und Bezirkseinrichtungen für Kooperation und Repräsentation. Zentrale Beratungsstellen können dazu beitragen, dass flächendeckende Probleme identifiziert und gemeinsame Bedarfe ermittelt werden, solange sie über einen hohen Organisationsgrad verfügen. In Hinblick auf die Gesamtperspektive zur Verbesserung der kulturellen Teilhabe ist u. a. die Servicestelle für Musikschulen ein Beispiel zur Einordnung einzelner Bedarfe in eine gemeinsame Zielstellung, die finanziell auskömmlich ausgestattet wurde und Wege auch für Kultureinrichtungen in anderen Bereichen zeigt.



Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement ist für die CDU ein wichtiges Anliegen - natürlich auch im Bereich der Kultur. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, die wertvolle Arbeit der ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger durch hauptamtliche Kräfte zu unterstützen und somit auch die Professionalisierung zu befördern. Eine Archivberatungsstelle kann hierbei eine wichtige Katalysatorfunktion übernehmen.

■ Berliner Archivrundschau

Wichtige gesellschaftliche Prozesse können von staatlichen Archiven nicht ausreichend dokumentiert werden. Diese Aufgabe übernehmen daher, beispielsweise bei Jugend- oder Frauenbewegungen, freie Träger. Andere Berlin prägende Entwicklungen wie die Migration werden sogar so gut wie gar nicht dokumentiert.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Arbeit der freien Träger so zu unterstützen, dass diese nachhaltig und auf hohem Niveau fortgeführt werden kann?

Welchen Weg sehen Sie für die Sicherung der Quellen der Migration?



Das Engagement von zivilgesellschaftlichen Projekten, Freien Trägern und Fach-Verbänden ist aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen auch im Bereich der Archivarbeit von unschätzbarem Wert. Das zeigen Beispiele wie etwa die Arbeit vom Archiv der Jugendkulturen e. V. auf eindrucksvolle Weise. Als Grüne sind wir uns mit den meisten Betroffenen und Expert*innen darüber einig, dass eine nachhaltige Sicherung der fragilen archivalischen Bestände, ihre Pflege und öffentliche Zugänglichkeit einer kontinuierlichen Unterstützung seitens der öffentlichen Hand bedarf. Eine Unterstützung durch vereinzelte Projekt- und Drittmittel oder zweckgebundene Investitionszuschüsse ist sinnvoll, bleibt aber mittel- und langfristig hinter dem zurück, was für den dauerhaften Erhalt des jeweiligen kulturellen Erbes notwendig ist. Stattdessen braucht es Förderstrukturen, die eine institutionelle Bezuschussung möglich machen, wobei die Priorität auf den Archiven liegen muss, bei denen der Handlungsbedarf besonders groß ist. Alternativ oder ergänzend kommt aus Grüner Sicht auch eine Förderung durch vergünstigte Mieten in landeseigenen Liegenschaften oder die kostenfreie Inanspruchnahme von Services im Verbund in Frage.

Ziel muss es sein, staatliche wie Freie Archive als Teil einer gemeinsamen städtischen Infrastruktur zu Bewahrung des gemeinsamen Kulturerbes zu verstehen und politisch entsprechend zu handeln.



Aus unserer Sicht ist es in der aktuellen Haushaltslage kaum möglich, alle freien Träger finanziell so zu fördern, dass ein eigenes Archiv geführt werden kann. Ein Archiv sollte nach den entsprechenden Archivstandards und entsprechenden räumlichen Voraussetzungen geführt werden. Ob dies tatsächlich durch die freien Träger in ihrer Vielfalt adäquat geleistet werden kann oder auch sollte, wäre zu prüfen.

Wir sind der Meinung, dass diese Aufgabe – Archive zu den Bereichen Frauenbewegungen, Jugendbewegungen oder Migration – sehr viel stärker ins Zentrum der Arbeit der Bezirksmuseen zu rücken ist.

Dafür gibt es, gerade was Migration betrifft, bereits gute Erfahrungen, was die Arbeit des Bezirksmuseums Friedrichshain-Kreuzberg zeigt.



In einer Demokratie gehört es zum freien Prozess des sich weiterentwickelnden kollektiven Gedächtnisses, dass sich freie Träger und Vereine einbringen und sammeln können, was ihnen wichtig erscheint. Archive in freier Trägerschaft und auch Privatleute leisten eine wertvolle Arbeit für die Bewahrung kulturellen Erbes. Bei bedeutenden etablierten Sammlungen von öffentlichem Interesse ist eine öffentlich-private Partnerschaft begrüßenswert.

Staatliche Archive, Museen und Sammlungen arbeiten nach Sammlungskonzepten, die die Sammlungswürdigkeit abwägen. Es muss abgewogen und begründet werden, was gesammelt wird und warum. Die AfD will Archiven und Sammlungen nicht diktieren, wie ihre Sammlungskonzepte und Sammlungsstrategien auszusehen haben.

Die stetig weiter entwickelte Sammlung Alltagskultur der Stiftung Stadtmuseum umfasst kultur- und stadtgeschichtliche Zeugnisse in Berlin. Integrations- und Migrationsprozesse in Deutschland & Europa werden vom Institut für empirische Integrations- und Mi-

grationsforschung der HU Berlin erforscht. Auch die zeitgeschichtliche Forschung ist an den Hochschulen angesiedelt, wofür jeweils eine Globalsumme zur Verfügung steht. Die AfD respektiert die Hochschulautonomie. Es liegt in der Entscheidung der Hochschulen, ihre Schwerpunkte selbst zu setzen.



Wir teilen Ihre Einschätzung: Die Dokumentation des Zeitgeschehens kann von staatlichen Stellen allein nicht geleistet werden. Private Initiativen und freie Träger sind hier unerlässlich. Sie erschließen ein breiteres Spektrum der Wahrnehmung in der pluralistischen Gesellschaft. Nicht alles lässt sich aus dem Landeshaushalt finanzieren, zumal unter dem Eindruck einer Pandemie. Trotzdem ist die Finanzierung einzelner Projekte etwa im Bereich der Migration, die unsere Stadt als Metropole mitprägt, vorstellbar. Dazu wären konkrete Vorschläge zu entwickeln, die auch die bestehenden Trägerstrukturen weiterentwickeln und stärken.



Wichtige gesellschaftliche Prozesse werden publizistisch aufgegriffen und gemäß den Prinzipien von Staatsferne und Programmhoheit journalistisch begleitet, kommentiert und dokumentiert. Die SPD vertraut den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bei der Erfüllung ihres Auftrags. Freie Träger haben die Möglichkeit, Förderung für Dokumentation wie auch für Informationen, Broschüren oder Merkblätter, teilweise als graue Literatur bezeichnet, meistens im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit in allen Ressorts des Berliner Senats einzuwerben. Auch das Ehrenamt leistet einen wichtigen Beitrag, weshalb die Förderung des Ehrenamts und die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur auch im Kulturbereich einen hohen Stellenwert für uns haben. Ehrenamtliche Initiativen wie die Friedensbibliothek/Antikriegsmuseum sind auf unsere Initiative in die Landesförderung aufgenommen worden. In Aner-

kennung der Einwanderungsgeschichten in Berlin und der sogenannten „Gastarbeitergeneration“ wollen wir uns darüber hinaus für den Aufbau eines Migrationsmuseum einsetzen, das Quellen der Migration nicht nur sichert, sondern auch die jüngere Einwanderungsgeschichte Berlins für die Stadtgesellschaft präsentiert.



Neben den Defiziten etwa in der technischen Ausstattung zahlreicher Institutionen hat die Corona-Krise uns aber auch gezeigt, wie elementar Kultur für unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben ist. Aus diesem Grund werden wir uns, auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden Mindereinnahmen und den daraus resultierenden engeren Spielräumen, für eine auskömmliche Finanzierung von Kunst und Kultur und den Erhalt bestehender Strukturen einsetzen. Dieses Ziel verfolgt primär auch unser Vorschlag der gesetzlich geregelten Kulturförderung im Rahmen eines Kulturgesetzes. Hier sollen auch Zielsetzungen der Kulturpolitik strategisch vorgenommen und evaluiert werden.

In diesem Zusammenhang kann auch die Förderung weiterer Träger nach Prüfung des Einzelfalles in Betracht kommen. Aktuell kann jedoch noch keine seriöse Aussage über die zur Verfügung stehenden Spielräume in der Zeit nach der Pandemie getroffen werden.

Zur Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv

Vor fast drei Jahrzehnten, am 29. Dezember 1991, trat das Stasi-Unterlagen-Gesetz in Kraft, womit die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) dauerhaft gesichert und der Zugang zu ihnen gewährleistet wurde. Für die Wahrnehmung dieser Aufgaben wurde die Stasi-Unterlagen-Behörde mit über 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschaffen. In den dreißig Jahren ihres Bestehens bearbeitete sie 3,5 Millionen Anträge auf persönliche Akteneinsicht, stellte Dokumente für mehr als 500.000 Rehabilitierungsverfahren sowie 2,3 Millionen Überprüfungen auf Stasi-Mitarbeit zur Verfügung und betrieb eine umfangreiche Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Im November 2020 hat der Deutsche Bundestag nun ein umfangreiches Gesetzespaket zur Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv verabschiedet. Dort entsteht ein eigener Bereich unter der Leitung einer Vizepräsidentin bzw. eines Vizepräsidenten. Zu den derzeit rund 930 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesarchivs kommen mehr als 1.350 Kolleginnen und Kollegen der Stasi-Unterlagen-Behörde in Berlin und den Außenstellen. Die Menge des im Bundesarchiv bewahrten Schriftguts wächst um rund 110 km auf über 540 km an. Die Akten des MfS und der Stasi-Bezirksverwaltungen Berlin und Potsdam verbleiben jedoch an ihrem derzeitigen Aufbewahrungsort in Berlin-Lichtenberg.

Mit der Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs, die am 17. Juni 2021 beginnt, wird die bedeutendste Änderung im deutschen Archivwesen der letzten Jahrzehnte vollzogen. Eine Diskussion in der archivischen Community blieb bislang überraschenderweise aus. Anlass genug, um einen genaueren Blick auf dieses Ereignis zu werfen. Wir haben uns daher an die Leiterinnen bzw. Leiter der beiden Einrichtungen, von Archivalschulen, Politiker und Historiker gewandt und ihnen einige Leitfragen zur Orientierung an die Hand gegeben, um zu erfahren, ob der Vorgang tatsächlich unumstritten ist.

■ Dr. Irmgard Christa Becker

Leiterin der Archivalschule Marburg



Dr. Irmgard Christa Becker

1. Wie beurteilen Sie die Entscheidung, die Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv zu überführen?

Die Eingliederung der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv ist 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ein notwendiger Schritt der Historisierung der DDR. Die Übernahme ins Bundesarchiv schafft die Möglichkeit, die Stasi-Unterlagen mit dem im Bundesarchiv bereits verwahrten Archivgut der DDR sinnvoll in Beziehung zu setzen und in höherem Maß als bisher gemeinsame Recherche- und Forschungsmöglichkeiten zu schaffen.

2. Der Personaleinsatz bei den Stasi-Unterlagen ist im Vergleich zu dem bei den anderen Überlieferungen im Bundesarchiv überproportional groß. Führt das zu einer Verschiebung der Wahrnehmung? Geraten dadurch andere Aspekte der deutschen Geschichte ins Hintertreffen?

Die unterschiedliche Personalausstattung kann sicherlich Unwuchten schaffen, die vom Gesetzgeber auszugleichen sind. Insofern ist es notwendig, im Bundestag und bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die personelle und sächliche Ausstattung des Bundesarchivs so angepasst wird, dass das Archivgut, das im Bundesarchiv zu anderen Epochen der deutschen Geschichte bewahrt wird wie z. B. der Weimarer Republik, des Dritten Reichs und der Bundesrepublik Deutschland in der Forschung und der öffentlichen Wahrnehmung angemessen positioniert werden kann.

3. Welche Erwartungen verbinden Sie mit der Zusammenführung der beiden Institutionen?

Ich sehe vor allem eine große Herausforderung für das Bundesarchiv darin. Es hat in den letzten 30 Jahren unter anderem die zentralen Archive der DDR und die Wehrmachtauskunftsstelle integriert. Das ist eine enorme Leistung. Jetzt steht die nächste große Integrationsleistung an. Ich erwarte vor allem von der Bundesregierung und dem Bundestag, dass sie diese Leistungen anerkennen und durch eine angemessene personelle und sächliche Ausstattung honorieren und unterstützen.

4. Kollidiert der neue Bildungsauftrag für das Bundesarchiv in Bezug auf die Stasi-Unterlagen mit dem Berufsethos der Archivarinnen und Archivare, das Archivpädagogik zwar als begrüßenswert ansieht, sich dies aber grundsätzlich auf alle Bestände bzw. Epochen gleichermaßen bezieht?

Das Problem besteht vor allem darin, dass der Bildungsauftrag für die Stasi-Unterlagen im neuen Stasi-Unterlagengesetz § 2 Abs. 2 explizit und detailliert formuliert ist, während im Bundesarchivgesetz in § 3 Abs. 1 lediglich die wissenschaftliche Verwertung des Bundesarchivguts geregelt ist. Dadurch entsteht ein sehr großes Ungleichgewicht für die historische Bildungsarbeit im Bundesarchiv. Der Gesetzgeber ist hier aufgefordert, dieses archivfachlich und geschichtswissenschaftlich nicht begründbare Ungleichgewicht zu beseitigen.

■ Ralf Jacob

Vorsitzender des VdA - Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.



Ralf Jacob, Foto: VdA

1. Wie beurteilen Sie die Entscheidung, die Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv zu überführen?

Für eine Beurteilung ist es sicherlich zu früh, aber ich empfinde es als eine konsequente Entscheidung zur dauerhaften Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes zur deutschen Zeitgeschichte. Die durch die Unterlagen dokumentierten Ereignisse und Entwicklungen haben mittel- und unmittelbar das Leben mehrerer Generationen in unserem Land beeinflusst. Als Bürger der ehemaligen DDR kann ich das auch ganz konkret auf mich selbst beziehen. Es betrifft aber bei weitem nicht nur die Geschichte der DDR und ihrer Bevölkerung. Insofern ist für mich die garantierte Zugänglichkeit für diese Unterlagen ein sehr wichtiges Anliegen.

2. Der Personaleinsatz bei den Stasi-Unterlagen ist im Vergleich zu dem bei den anderen Überlieferungen im Bundesarchiv überproportional groß. Führt das zu einer Verschiebung der Wahrnehmung? Geraten dadurch andere Aspekte der deutschen Geschichte ins Hintertreffen?

Natürlich ist der Personaleinsatz bei den Stasi-Unterlagen groß, aber ich würde das eher als Chance für die anderen Aufgabenfelder des Bundesarchivs sehen. Vielleicht werden hier weitere Ressourcen benötigt, um diese Bereiche noch umfassender der interessierten Öffentlichkeit und Fachwissenschaft vermitteln zu können? Die Aufgabe, die Unterlagen „wissenschaftlich zu verwerten“, wie es im Bundesarchivgesetz heißt, steht ja nicht nur den Archivbeschäftigten zu, sondern kann von einer breiten Wissenschaftslandschaft wahrgenommen werden. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stasi-Unterlagen-Behörde hier ihre Erfahrungen einbringen können, um das Potenzial der anderen Bestände für die Wissenschaft noch besser aufzuschließen.

3. Welche Erwartungen verbinden Sie mit der Zusammenführung der beiden Institutionen?

Zunächst möchte ich noch einmal betonen, dass es meiner Meinung nach mit den getroffenen Entscheidungen augenscheinlich eine gute Grundlage und Perspektive für die weitere Arbeit mit den Unterlagen des ehemaligen DDR-Staatssicherheitsdienstes gibt. Im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare sind Mitarbeitende beider Behörden Mitglieder. Viele von ihnen habe ich als aktive und vielseitig interessierte Berufskolleginnen und -kollegen auch persönlich kennenlernen dürfen. Ich bin überzeugt davon, dass sie sich in den Prozess der Zusammenführung mit ihren jeweiligen Fähigkeiten und Stärken aktiv einbringen werden.

4. Kollidiert der neue Bildungsauftrag für das Bundesarchiv in Bezug auf die Stasi-Unterlagen mit dem Berufsethos der Archivarinnen und Archivare, das Archivpädagogik zwar als begrüßenswert ansieht, sich dies aber grundsätzlich auf alle Bestände bzw. Epochen gleichermaßen bezieht?

Dies kann man vordergründig als Kollision interpretieren. Man kann es aber auch unter Anrechnung der Lebensschicksale von Millionen ehemaliger DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger als notwendige Entscheidung begrüßen, hier einen besonderen Schwerpunkt in der Aufarbeitung und Vermittlung zu ermöglichen. Wichtig erscheint mir, dass damit die Archivpädagogik als eines der Mittel der historischen Bildungsarbeit für das Bun-

desarchiv in der Konsequenz noch stärker festgeschrieben wird. Und meine Hoffnung geht dahin, dass sich an dieser Frage keine erneute Diskussion um die Kernaufgaben der Archive entfachen möge. Archivpädagogik sollte unumstritten als Aufgabe der Archive verstanden werden.

■ Prof. Dr. Martin Sabrow

Direktor des Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam



Prof. Dr. Martin Sabrow, Foto: Andy Küchenmeister

Ich begrüße den Beschluss des Bundestags sehr nachdrücklich. Er entspricht dem Votum der 2014 von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission zur Zukunft der BStU, dessen Kernfeststellung lautete: Die Stasi-Akten sollen bis 2021 in das Bundesarchiv überführt werden, aber weiter für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben. Bei Übergabe des Berichts an den Bundestagspräsidenten hatte der Kommissionsvorsitzende Wolfgang Böhmer 2016 betont, was sich nunmehr erfüllt: „Die Stasiunterlagen-Behörde habe ihre Aufgabe als bisherige Sonderbehörde erfüllt. Deshalb soll der bisherige Bundesbeauftragte nicht mehr zu-

gleich Herr der Akten und der Verwaltung sein, sondern würde als Beauftragter für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und ihren Folgen unter anderem als Ombudsmann für Stasi-Opfer fungieren.“

Es erfüllt mich mit Befriedigung, dass die Legislative mit ihrer politischen Entscheidung einer fachlichen Expertensicht gefolgt ist, die den Interessen der Geschichtswissenschaft und des Archivwesens ebenso entspricht wie denen der Öffentlichkeit. Eine Generation nach dem Zusammenbruch einer Diktatur, die ihre Macht maßgeblich auf ihr gespeichertes geheimpolizeiliches Wissen stützte, ist in den Augen von Fachwelt und Öffentlichkeit der Zeitpunkt gekommen, die bislang nach Stasi-Unterlagengesetz und Bundesarchivgesetz getrennt verwalteten und genutzten Aktenbestände der staatlichen Geschichte Deutschlands zusammenzuführen. Damit wird ein energischer Professionalisierungsschritt gegangen, der die Funktionen von Gedenken und Erschließen klarer als bisher voneinander trennt, ohne das Zeichen der Befreiung und der gesellschaftlichen Selbstermächtigung zu schleifen, das dauerhaft mit dem „Sturm auf die Normannenstraße“ am 15. Januar 1990 verbunden bleibt. Die MfS-Überlieferung verbleibt in situ an dem Standort, an dem sie jahrzehntlang dem SED-Staat zu Diensten war; und sie wird zugleich in eine bundesstaatliche Archivverwaltung integriert, die in Zukunft besser als zuvor den fachlichen und öffentlichen Ansprüchen auf bestmögliche Zugänglichkeit zu Diensten sein kann.

Vor diesem großen Gewinn verblassen die Kosten, die die Aufgabe der archivalischen und archivarischen Zusammenführung nach sich zieht. Dass diese Kosten allerdings nicht unerheblich sind, hat auch die oben genannte Kommission in ihren sich über zwei Jahre erstreckenden Beratungen deutlich erkannt. Ob die gesetzliche Fixierung aller zwölf bestehenden Außenstellen (plus einer neu zu errichtenden in Cottbus) auf Dauer aus archivalischen wie geschichtspolitischen Gründen zu rechtfertigen ist, muss die Zukunft zeigen. Aber dass die Stasi-Unterlagen-Behörde bei kleinerem Aktenbestand mit immer noch über 1.300 Beschäftigten personell deutlich stärker ausgestattet ist als das Bundesarchiv, wird in der Zusammenführung zu einer personellen Unwucht führen, die sich nur langsam abbauen lässt. Damit verbindet sich die Sorge, dass wie in den ersten beiden Jahrzehnten der DDR-Aufarbeitung

nach 1990 der griffige Stasi-Komplex auch weiterhin eine überstarke Aufmerksamkeit erfährt, während die für die Herrschaftssicherung zentrale Rolle der SED, aber auch der gesellschaftlichen Partizipation in den Hintergrund gedrängt werden könnte.

Gravierender erscheint mir noch die dauerhafte Verankerung zweier unterschiedlicher Archivlogiken im künftigen Bundesarchiv. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz bleibt auch mit dem Wechsel der Zuständigkeit vom Bundesbeauftragten auf das Bundesarchiv für die Stasi-Unterlagen im Wesentlichen erhalten, wie schon der Entwurf des am 19.11.2020 verabschiedeten Änderungsgesetzes in seiner Begründung ausführte. Deren lapidare Feststellung einer spezialgesetzlichen Regelung, die von den Zugangsregelungen zu den sonstigen DDR-bezogenen Archivbeständen des Bundesarchivs abweiche, vertuscht aber das gravierende Problem, dass das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Wesen eine von gewichtigen Ausnahmen begleitete Aktenabschließung bedeutet und das Bundesarchivgesetz eine von gewichtigen Ausnahmen begleitete Aktenöffnung.

Damit dringt eine neue Rechtsnorm in das Bundesarchiv ein, die dem seit Jahrzehnten immer stärker eingeklagten und verankerten Recht auf Informationsfreiheit zuwiderläuft und eine durch die friedliche Revolution in der DDR begründete Ausnahmefestlegung zur Regel macht. Sie stellt mit der beibehaltenen Unterscheidung von Betroffenen, Begünstigten und Dritten unterschiedliche Zugangsrechte auf Dauer, die dem Verfassungsgrundsatz der Gleichheit nicht entsprechen, und lässt befürchten, dass die Zusammenführung der beiden Archive auf ganz unterschiedliche Wohnrechte in einem Doppelhaus mit gemeinsamem Dach hinausläuft.

Und dennoch gibt es gute Gründe für die Hoffnung, dass der dauerhafte Gewinn die vorläufigen Kosten übersteigen und auf längere Sicht aus dem Nebeneinander allein durch die normative Kraft des Faktischen ein Miteinander werden wird; die ab Juni geltende Neuregelung hat dazu einen ersten großen Schritt getan.

■ Prof. Dr. Michael Scholz

Leiter des Studiengangs Archiv an der
Fachhochschule Potsdam



Prof. Dr. Michael Scholz

1. Wie beurteilen Sie die Entscheidung, die Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv zu überführen?

Die Entscheidung, die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in das Bundesarchiv zu überführen, wo sich auch die Unterlagen der anderen zentralen Organe der DDR seit langem befinden, ist zu begrüßen. Mehr als 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung ist die Grundlage für eine Sonderbehandlung der Stasi-Unterlagen weitgehend entfallen. Entgegen mancher Äußerung in der Öffentlichkeit bietet gerade die Verwahrung in einem öffentlichen Archiv die Garantie dafür, dass die Unterlagen auch weiterhin für die Forschung und zur Wahrung berechtigter Belange betroffener Personen zur Verfügung stehen.

Bedauerlich ist allerdings, dass sich der Gesetzgeber nicht dazu entschließen konnte, eine einheitliche rechtliche Grundlage für die Benutzung von Stasi-Unterlagen und anderen DDR-Unterlagen zu schaffen. Das Bundesarchivgesetz mit seinen bewährten Regelungen hätte dazu eine geeignete Grundlage abgegeben.

2. Der Personaleinsatz bei den Stasi-Unterlagen ist im Vergleich zu dem bei den anderen Überlieferungen im Bundesarchiv überproportional groß. Führt

das zu einer Verschiebung der Wahrnehmung? Geraten dadurch andere Aspekte der deutschen Geschichte ins Hintertreffen?

Mit der Übernahme weiter Teile der Stasi-Unterlagen-Behörde werden tatsächlich die Gewichte innerhalb des Bundesarchivs verschoben. Dieses Ungleichgewicht wird weniger durch die Übernahme der Beschäftigten der Abteilung Archivbestände als vielmehr durch die bisherigen Abteilungen „Verwendung von Unterlagen“ und „Kommunikation und Wissen“ hervorgerufen. Auch wenn das Forschungsprofil der bisherigen Stasi-Unterlagen-Behörde archivnäher in Richtung quellenkundliche Forschung profiliert werden soll, übernimmt das Bundesarchiv damit Aufgaben, wie sie für die sonstigen Bestände nicht bestehen. Ob dies zu einer Verschiebung der Wahrnehmung führt, ist noch nicht abzusehen. Langfristig wird zu fragen sein, ob das Archiv diese Aufgaben dauerhaft wahrnehmen und, wenn ja, ob die Forschungstätigkeit ausschließlich an die Stasi-Unterlagen gekoppelt bleiben soll.

3. Welche Erwartungen verbinden Sie mit der Zusammenführung der beiden Institutionen?

Durch die Übernahme „im Block“ bei Wahrung der bisherigen Standorte und Arbeitsweisen werden sich die kurzfristigen Auswirkungen, die nach außen sichtbar sind, in Grenzen halten. Dennoch bietet die Vereinigung die Chance, dass archivische Belange in der Arbeit mit den Stasi-Unterlagen mehr in den Fokus rücken. Mittelfristig wird dies zu einer Angleichung des Umgangs mit den übrigen Unterlagen aus der DDR-Zeit führen. So ist auch zu erwarten, dass die Sonderregelungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes in absehbarer Zeit in Frage gestellt werden.

Durch vermehrte öffentliche Aufmerksamkeit ist eine Stärkung der Stellung des Bundesarchivs zu erwarten. Eine Herausforderung ist es, das Zusammenwachsen der heterogenen Teile des künftigen Archivs so zu gestalten, dass es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit kommt. Hinsichtlich der Außenstellen bleibt zu fragen, ob sich diese regionale Struktur als „historische Archive“ allein für Stasi-Unterlagen langfristig wirklich trägt oder ob nicht die Kooperation mit den Landesarchiven zu suchen wäre, die die übrigen DDR-Unterlagen auf regionaler Ebene verwahren.

■ Markus Meckel

**Vorsitzender des Stiftungsrates der
Bundesstiftung Aufarbeitung**



Markus Meckel, Foto: Emanuela Danielewicz

1990 entschied die frei gewählte Volkskammer der DDR, dass die Akten der Staatssicherheit geöffnet werden sollen – zum einen für die Opfer und zum anderen unter bestimmten Kriterien auch für die Öffentlichkeit, um den Herrschafts- und Repressionscharakter des kommunistischen Systems offenzulegen. Die damalige Bundesregierung, Kanzler Kohl und ihr Bundesinnenminister Schäuble, lehnten das anfangs ab. Nach heftigen Auseinandersetzungen gelang es sicherzustellen, dass eine Sonderbehörde für diese Unterlagen geschaffen und von der Volkskammer ein Beauftragter benannt wird. Joachim Gauck wurde in diese Funktion gewählt.

Gleichzeitig sollte nach der Vereinigung vom Deutschen Bundestag für den Zugang und die Arbeit dieser Behörde ein eigenes Gesetz ausgehandelt werden. Hier galt es, den besonderen Charakter dieser Akten zu berücksichtigen, die unter nicht-rechtsstaatlichen Bedingungen entstanden waren. So spielten datenschutzrechtliche Kriterien eine wesentliche Rolle.

Auf der Grundlage des StUG begann schließlich am 1.1.1992 der BStU seine Arbeit. Die Öffnung dieses

Aktenbestandes war eine große historische Leistung, die international große Anerkennung gefunden hat. Viele ehemals kommunistische Länder sind mit erheblicher Verzögerung diesem Beispiel gefolgt und haben vergleichbare Behörden geschaffen. Der BStU in Deutschland war von Beginn an vor allem als Archiv angelegt, dessen Zugänglichkeit besonderen Regelungen unterworfen war. Darüber hinaus wurden diesem jedoch auch weiter reichende Aufgaben übertragen: die Forschung und ein Bildungsauftrag über den Sicherheits- und Repressionsapparat, da in Ost und West über diese überwundene Diktatur aufgeklärt werden sollte. In anderen Ländern wurden den vergleichbaren Behörden sogar noch justizielle Aufgaben übertragen.

Die Öffnung der Akten der Staatssicherheit war politisch und gesellschaftlich ein großer Erfolg, der breite Zustimmung erfahren hat. Sie galt und gilt es dauerhaft zu sichern. Gleichzeitig gibt es seit etwa 15 Jahren eine intensive Debatte darüber, diesen Aktenbestand und die anderen Aufgaben in die rechtsstaatlichen Strukturen in Deutschland zu überführen und damit langfristig zukunftsfähig zu machen. Dazu gehört die klare institutionelle Unterscheidung von Archiv, unabhängiger Forschung und politischer Bildung: Die Akten ins Bundesarchiv zu geben, die Behördenforschung zu beenden und in eine unabhängige Institution zu überführen und auch den Bildungsauftrag an dafür vorgesehene, vorhandene Strukturen zu übertragen.

Zwei Kommissionen beschäftigten sich im Auftrag der Bundesregierung bzw. des Deutschen Bundestages mit diesen Fragen, 2006 legte die sogenannte Sabrow-Kommission ihre Ergebnisse vor, 2016 dann eine weitere. Die Konzeptionsbildung erwies sich als so schwierig, weil die verschiedenen Dimensionen und Aufgaben nicht klar genug unterschieden wurden – die Zuständigkeit für die Akten, die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit, die Forschung zu DDR und Kommunismus, das Gedenken an diese Geschichte an authentischen Orten und die politische Bildung.

Viele Opfer der Diktatur und ehemalige Bürgerrechtler sahen die BStU als ein Symbol an, das schlicht erhalten werden sollte – und leisteten nachhaltigen Widerstand gegen jede Reform. Die Bundeskulturbeauftragte verfolgte keine eigene Konzeption, sondern überließ es dem letzten Beauftragten, Roland Jahn, mit allen und in allem irgendwie einen Kompromiss zu

finden – und nur jeden öffentlichen Ärger zu vermeiden. Herausgekommen ist ein Ergebnis, das wenig befriedigen kann – und nach einiger Zeit gewiss einer Neuordnung bedarf!

1. Das StUG wurde ohne Änderung in das Bundesarchivgesetz übernommen und nur redaktionell angepasst. Dabei wäre es angebracht gewesen, 30 Jahre nach der Vereinigung zu fragen, welche weiteren Öffnungen der Akten möglich sind. Die Praxis der gegenwärtigen Schwärzungen der Akten für die Forschung etwa hätte dringend auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Die 30-Jahres-Frist wurde 1990/91 immer als zentral benannt – nun hätte es einen deutlichen Schritt erweiterter Zugänglichkeit geben müssen. Diese Frage ist in diesem Prozess nicht einmal aufgeworfen worden.

2. Seit Beginn verfügte der BStU über eine Abteilung Bildung und Forschung mit erheblichen Personalstellen. Diese Behördenforschung konnte anfangs verständlich sein, war aber immer ein Problem. Es ist die Chance verpasst worden, diesen ganzen Arbeitsbereich aus dem BStU herauszulösen und – unter Mitnahme der Haushaltsmittel – eine unabhängige Forschungsstätte zu schaffen. Die Gründung eines „Europäischen Instituts für Zeitgeschichte“ mit dem Schwerpunkt der Kommunismusforschung hätte, ergänzt durch europäische Mittel und im Verbund mit Institutionen in anderen Ländern, ein dringend benötigter Ort des historischen grenzüberschreitenden Diskurses der Aufarbeitung der „noch rauchenden“ Geschichte des 20. Jahrhunderts werden können.

3. Ein besonderes Problem der gegenwärtigen Gesetzgebung ist die Überführung der Außenstellen des BStU in seiner nach wie vor gemischten Aufgabenstellung in das Bundesarchiv. Die dort angesiedelte Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sowie der Betrieb von Dokumentationszentren sind nun einmal keine Archivaufgabe, diese gehören in Zukunft herausgelöst! Auch die Diskussion und Entscheidung zu Standorten, die man nun im Gesetz festgeschrieben hat, folgte einer unangemessenen Logik und Verwirrung der Geister. Archivstandorte müssen praktisch sein und möglichst nah bei anderen Archivbeständen liegen. Die Bestandszusammenführung aller DDR-Akten wäre das Gebot der Stunde gewesen! Archivdepotorte haben keine Symbolwirkung! Authentische Orte der Diktatur dagegen gehören ins Gedenkstättenkonzept. Sie werden als

solche Orte politischer Bildung sein – gehören aber nicht in die Verantwortung des Bundesarchivs!

4. Schon früher ist die Chance verpasst worden, die beiden zentralen Standorte der Staatssicherheit in Berlin – die Normannenstraße als Ort der Täter und Hohenschönhausen als Ort der Opfer – in eine gemeinsame öffentliche Stiftung zusammenzuführen. Der Gemischtwarenladen in der Normannenstraße wird in keiner Weise seiner Aufgabe als professionell und modern gestalteter, authentischer Lernort zum wichtigsten Repressionsapparat in der Diktatur gerecht. Der öffentlich genutzte Name „Campus für Demokratie“ suggeriert, als wäre gerade die Zentrale der Stasi ein besonderer Ort der Demokratiebildung, dabei gilt diese Zielstellung für jede Gedenkstätte an die Diktaturen in Deutschland.

5. Gut ausgestattete Archive, die ihre geordneten Bestände professionell (und möglichst weitgehend auch digital) zugänglich machen, sind für die Aufarbeitung von Geschichte von außerordentlicher Bedeutung – aber sie sollen nicht selbst Akteure der Aufarbeitung werden. Das 2008 gegründete „European Network of Official Authorities in Charge of the Secret-Police Files“ vereint die Behörden und Institutionen verschiedener Länder, welche zum einen die Aktenbestände der kommunistischen Sicherheitsdienste verwalten, aber eben auch deren Erforschung, die Aufarbeitung und zum Teil auch die juristische Verfolgung der ehemaligen Akteure. Das Bundesarchiv – als hoffentlich bald wieder ausschließlich Archiv – wird gut beraten sein, in der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Feld andere hinzuzuziehen, z. B. die Bundesstiftung Aufarbeitung.

6. Im Zusammenhang der Auflösung des BStU und der Überführung der Stasiakten in das Bundesarchiv wurde auch die Einrichtung eines Beauftragten für die Opfer der kommunistischen Diktatur beim Bundestag beschlossen. Hier muss bedauert werden, dass dieser nicht auch für die Opfer der NS-Diktatur zuständig ist. Die Fragestellungen sind für die Opfer – bei aller Verschiedenheit der Systeme – oft sehr ähnlich, und man fragt sich, warum es eine solche Stelle für die NS-Opfer nie gegeben hat. Wichtig wird sein, dass diese neue Behörde sich wirklich darauf beschränkt, für die Opfer zu wirken und ihre Rechtsstellung und öffentliche Anerkennung zu verbessern. DANN kann sich diese zu

einer hilfreichen, die Aufarbeitungsbeauftragten in den Ländern unterstützenden und nicht behindernden Institution entwickeln, die Anwalt dieser Menschen vor den Behörden, der Politik und für die Öffentlichkeit ist.

7. Die zu begrüßende Überführung der Stasiakten ins Bundesarchiv stellt dieses vor immense Aufgaben, allein schon vom Umfang des Aktenbestandes und der Anzahl der zu übernehmenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter her. Das Bundesarchiv, das gerade erst den Archivbestand der „Deutschen Dienststelle“ mit zusätzlichen Aufgaben übernommen hat, erhält Akten, die in hohem Maße in ihrem physischen Zustand gefährdet sind. Allein ihre Sicherung und Digitalisierung wird eine enorme Herausforderung sein, für die das Bundesarchiv auch professionell und personell angemessen ausgestattet werden muss. Ob die Regelungen im Personalbereich hierfür zukunftsweisend sind, wird sich herausstellen müssen. Dabei muss sichergestellt werden, dass auch die anderen wichtigen Bestände und ihre Bearbeitung (Editionen etc.) nicht vernachlässigt werden – denn das Bundesarchiv ist „das Archiv der Nation im Ganzen“!

■ Hans Altendorf

Von 2001 bis zu seiner Pensionierung 2014
Direktor der Stasi-Unterlagen-Behörde



Hans Altendorf

1. Vorangestellt sei das Positive

Die Entscheidung des Bundestages ist grundsätzlich richtig. Nach 30 Jahren sind die spezifischen Gründe, die zur vorbildhaften Etablierung einer – von Beginn an auf Zeit projektierten – Aufarbeitungs- und Archivbehörde unmittelbar nach dem Ende der DDR-Diktatur führten, nicht mehr gegeben; die Zeit für die Zusammenführung der DDR-Überlieferung unter dem Dach des dafür berufenen Bundesarchivs ist da. Und damit auch die Chance, dies in jeder Hinsicht archivisch-fachlich wie Nutzer-orientiert zu gestalten.

Gleichfalls richtig, wenn auch für Archivare und Historiker nicht immer nachvollziehbar, ist die unveränderte Beibehaltung der Zugangsregeln nach dem StUG. So wird die wahrlich nicht triviale Aufgabe der Integration in das Bundesarchiv nicht belastet mit rechtlichen Risiken (siehe die Kohl-Urteile des Bundesverwaltungsgerichts) und politischen Irritationen, die immer wieder entstanden sind, wenn die bewährte Rechtsgrundlage des StUG in Frage stand. Eine perspektivisch sinnvolle Harmonisierung der Zugangsregeln für den Gesamtbestand des Bundesarchivs dürfte in den nächsten Jahren nicht auf der Tagesordnung stehen.

2. Kritisches

Das Gesetz konterkariert die wesentlichen politischen und fachlichen Intentionen, die den Vorschlägen zur Überführung der Stasiunterlagen in das Bundesarchiv bisher zugrunde gelegen haben (Herstellung möglichst weitgehender „archivischer Normalität“ für die Stasiunterlagen, fachliche und organisatorische Inkorporation ins Bundesarchiv, Neuorganisation der archivfremden Sonderaufgaben der Aufarbeitungsbehörde BStU). Es konserviert im Wesentlichen die gegenwärtige BStU-Behörde – nur ohne den „Kopf“ eines Bundesbeauftragten und mit dem neuen Türschild „Bundesarchiv“. Es ist strukturell kein Integrationsvorhaben, sondern droht, eine Scheinlösung zu werden: Alles bleibt beim alten, wird auf Dauer gestellt inklusive der Aufgaben der Politischen Bildung, des Ausstellungswesens, der Forschung und der Außenstellenstruktur. Hier wird kein zukunftsfähiges Konzept für die DDR-Gesamtüberlieferung im Bundesarchiv, sondern ein Stasi-Unterlagen-Biotop geschaffen – jenseits vernünftiger Behördenstrukturen, ohne Kostenbewusstsein, ohne Reflexion der grundsätzlich guten und bewährten

Trennung von Archiv einerseits und zeitgeschichtlicher Forschung, politischer Bildung, Ausstellungen, Gedenkstättenarbeit andererseits. Mit der großvolumigen Abteilung „Kommunikation und Wissen“ des BStU, die gesetzlich auf das Stasi-Thema konzentriert ist (personeell in der Größenordnung des Gesamtbestandes der Stiftungen Aufarbeitung, Mauer und Hohenschönhausen), soll das Bundesarchiv künftig die bisherige Schieflage in der Aufarbeitung der DDR-Diktatur perpetuieren – die Stasi-Zentriertheit wird weiter strukturell begünstigt, obwohl seit langem gesichertes Erkenntnis ist, dass in den Machtstrukturen der DDR die SED Auftraggeber und bestimmende Kraft gewesen ist. Auf das Missverhältnis zur NS-Überlieferung sei noch verwiesen: Selbstverständlich sind dort die Zeitgeschichtlichen Institute, Universitäten, Gedenkstätten etc. für Forschung, Politische Bildung, Medien- und Ausstellungsarbeit zuständig, nicht das Bundesarchiv selbst.

Politische Zaghaftigkeit, Opportunismus gegenüber einer auf Besitzstandswahrung orientierten Klientel und mangelnde Gestaltungskraft kennzeichnen damit wesentliche Teile des Gesetzes. Illustrieren kann dies noch die gesetzliche Fixierung aller 12 bestehenden Außenstellen plus einer neu zu errichtenden Außenstelle in Cottbus mit (neu) explizitem Auftrag der „Unterrichtung der Öffentlichkeit“. Diese kleinteilige organisatorische gesetzliche Regelung der Verwaltungsstruktur einer oberen Bundesbehörde dürfte ohne Vorbild sein; unabhängig von Grundsätzen der Effizienz und Effektivität der Verwaltung, auf die das Bundesarchiv verpflichtet ist, stellt dies eine Konservierung und sogar Erweiterung der gegenwärtigen Standortstruktur dar, die den Bundesrechnungshof bereits 2006 (!) wegen der rückläufigen Personalzahlen zu einer Initiierung der Novellierung des StUG veranlasste: Aus obligatorischen Außenstellen in jedem neuen Bundesland wurde eine Kann-Regelung (§ 35 Abs.1). Solch eine strukturelle Fehlentwicklung hätte die Bundesregierung bzw. die BKM mit Formulierungshilfen nicht begünstigen dürfen.

3. Perspektiven

Der hohe Personalaufwand beim BStU ist im Wesentlichen der Überlieferungslage, dem hohen Antragsaufkommen, der rechtlich gebotenen aufwändigen Prüfung jeder Herausgabe und der Behördenstruktur mit ihren

Außenstellen geschuldet. Das soll nach dem Willen des Gesetzgebers ebenso Bestand haben wie die Aufgaben der medialen Vermittlung des Stasi-Themas. Aus alledem ergibt sich eine Unwucht, die eigentlich nur durch eine kluge Führung und – hoffentlich – das Bewusstsein der bisherigen BStU-Beschäftigten ausgeglichen werden kann, dass der „Stasi-Schwanz“ nicht mit dem „Bundesarchiv-Hund“ wedeln sollte.

Auf mittlere Sicht muss ja nicht ausgeschlossen sein, dass z. B. – wie seinerzeit von der Expertenkommission des Bundestages vorgeschlagen – der historische Ort in der Normannenstraße mit Ausstellungen und Angeboten der historisch-politischen Bildung in die Stiftung Hohenschönhausen überführt wird. Dort gehört er hin, nicht in ein Archiv.

■ Roland Jahn

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR



Roland Jahn, Foto: BStU / Mulders

1. Wie beurteilen Sie die Entscheidung, die Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv zu überführen?

Es ist ein wichtiges Signal für die Bedeutung von Archiven, dass der Gesamtbestand des Stasi-Unterlagen-Archivs als Teil des „Gedächtnisses der Nation“ im

Bundesarchiv dauerhaft gesichert ist. Die Sicherung und Nutzung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit ist eine Errungenschaft der Friedlichen Revolution. Die Öffnung der Akten der Geheimpolizei einer Diktatur war ein weltweit erstmaliger Akt. Die Verwendung dieser Unterlagen zur Aufklärung über die Mechanismen der SED-Diktatur und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit fand und findet zudem eine hohe internationale Beachtung. Die Integration ins Bundesarchiv garantiert die Nutzung der Stasi-Unterlagen für die Zukunft und betont den besonderen Charakter und Symbolwert des Stasi-Unterlagen-Archivs mit internationaler Vorbildwirkung. Die gesetzliche Basis dafür, das Stasi-Unterlagen-Gesetz, gilt weiter und sichert dies ab.

2. Der Personaleinsatz bei den Stasi-Unterlagen ist im Vergleich zu dem bei den anderen Überlieferungen im Bundesarchiv überproportional groß. Führt das zu einer Verschiebung der Wahrnehmung? Geraten dadurch andere Aspekte der deutschen Geschichte ins Hintertreffen?

Das Personal wird entsprechend der Aufgaben, die im Stasi-Unterlagen-Gesetz festgelegt sind, eingesetzt. Dazu gehören Erschließung, Bereitstellung der Unterlagen, quellenkundliche Forschung und Vermittlung des besonderen Charakters des Stasi-Unterlagen-Archivs und Unterrichtung der Öffentlichkeit über Strukturen, Methoden und Wirkungsweise des MfS. Zudem hat der Gesetzgeber festgelegt, dass das Stasi-Unterlagen-Archiv in allen ostdeutschen Ländern Archivstandorte und Außenstellen betreibt.

Der Personaleinsatz ist also mit der gesetzlichen Aufgabenstellung verknüpft und ist keine Aussage über die Wichtigkeit historischer Epochen. Die Wahrnehmung ist ja insbesondere geprägt durch diese Aufgabenstellung, dass das Archiv nämlich die Aufarbeitung der SED-Diktatur durch den Aktenzugang zu gewährleisten hat. Das ist ein historisch andersartiger Entstehungszusammenhang als die Gründung des Bundesarchivs 1952. Deutschland hat mit der Öffnung der Stasi-Akten 1990 tatsächlich ein Zeichen gesetzt, dass man nämlich ein Archiv spezifisch zur Aufarbeitung von systematischem, staatlichen Unrecht nutzen kann.

Die langjährige Wahrnehmung des Stasi-Unterlagen-Archivs mit seiner besonderen Aufgabenstellung

bedeutet aus meiner Sicht für die Zukunft, dass mit der Integration ins Bundesarchiv auch mehr Wahrnehmung für das Bundesarchiv insgesamt entstehen wird. Das heißt, dass alle Aspekte der deutschen Geschichte von den Menschen mehr wahrgenommen werden können. Denn darum geht es ja vor allem, dass Archive genutzt werden.

3. Welche Erwartungen verbinden Sie mit der Zusammenführung der beiden Institutionen?

Jenseits der langfristigen Sicherung der Unterlagen sehe ich durch die Bündelung von Kompetenz und Ressourcen im Zusammengehen mit dem Bundesarchiv auch eine Chance, sowohl die Betrachtung der DDR-Geschichte insgesamt zu erweitern, als auch diese Epoche als Teil der gesamtdeutschen Geschichte zu betrachten. Und die Unterlagen dazu lagern in den DDR-Beständen des heutigen Bundesarchivs und in der SAPMO sowie im Stasi-Unterlagen-Archiv.

Der Berliner Standort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ wird als Ort deutscher Diktatur- und Demokratiegeschichte weiterentwickelt und erhält ein Archiv-Zentrum. Dorthin werden DDR-Bestände des Bundesarchiv verlagert, sodass für Forschende und Interessierte an diesem historischen Ort alle Unterlagen zur DDR im Bundesbesitz verknüpft eingesehen werden können. Das sollten herausragende Bedingungen für eine Gesamtbetrachtung sein.

4. Kollidiert der neue Bildungsauftrag für das Bundesarchiv in Bezug auf die Stasi-Unterlagen mit dem Berufsethos der Archivarinnen und Archivare, das Archivpädagogik zwar als begrüßenswert ansieht, sich dies aber grundsätzlich auf alle Bestände bzw. Epochen gleichermaßen bezieht?

Ich sehe keinen Gegensatz zum Berufsethos der Archivarinnen und Archivare und der damit verbundenen Archivpädagogik. Vielmehr geht es darum, Unterlagen von Archiven durch Archivpädagogik insgesamt nutzbar zu machen. Und dafür ist es auch hilfreich, den besonderen Charakter des jeweiligen Archivs zu vermitteln. Auch hier sehe ich eher einen positiven Effekt, dass somit Interesse auch an anderen staatlichen, regionalen und kommunalen Überlieferungen geweckt wird.

Die aktuelle Umfrage: Was lernen wir durch die Pandemie?

Seit über einem Jahr müssen sich auch die Archive den Herausforderungen der Pandemie stellen und mit den dadurch notwendigen Einschränkungen leben. Häufig waren die gewohnten Abläufe nicht mehr möglich und neue Wege mussten gefunden werden. Das galt insbesondere für die Nutzung und die Kommunikation. Erfolgte beides bislang noch überwiegend analog, wurden nun, teilweise in geradezu ungewohnt rasantem Tempo, digitale Wege eingeschlagen. Die Krise ist noch nicht vorbei, doch ein Ende der Einschränkungen in Sicht. Deshalb möchten wir schon heute ein Resümee aus der Sicht einzelner Archive wagen. Wir haben dafür mehrere Berliner Archivleiterinnen bzw. Archivleiter um ihre Meinung gebeten.

■ **Dr. Michael Hollmann**
Bundesarchiv



Foto: Jürgen Nobel

Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Besonders schmerzlich war der Zwang, die Lesesäle wiederholt für einen langen Zeitraum schließen zu müssen. Die persönliche Einsichtnahme in Archivgut ist für sehr viele Benutzerinnen und Benutzer von höchster Relevanz, mitunter auch insofern existenziell, als der Fortgang ihrer Projekte den weiteren Werdegang mitbestimmt bzw. Einnahmen aus der Tätigkeit als Recherchedienst zum Lebensunterhalt beitragen. Die wesentlichen Adressaten unserer Tätigkeit nicht in der erforderlichen Form unterstützen zu können und der nachvollziehbaren Enttäuschung ausgesetzt zu sein, führt auch bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Frustration.

Begegnet sind wir dieser Herausforderung mit dem beschleunigten Aufbau eines Digitalisierung-on-demand-Workflows, mit dem zumindest ein Teil der Vor-Ort-Besuche kompensiert werden kann. Auch dank zusätzlicher Mittel der Bundesregierung sind wir außerdem in der Lage, das planmäßige Digitalisierungsprogramm erheblich auszuweiten.

Innerhalb der Dienststellen war im Bundesarchiv wie überall auf eine personelle Distanzierung zu achten: u. a. durch verstärkte Heimarbeit, Verzicht auf Doppelbüro-Belegungen, Wahrnehmung von Meetings über Videokonferenzen. Hier waren in kurzer Zeit erhebliche Investitionen in die IT-Infrastruktur (Dienst-Laptops, Bootsticks, Serverleistungen, Aufbau eines Videokonferenzsystems) notwendig, die zu insgesamt deutlich verbesserten Arbeitsbedingungen auch aus der Distanz führten. Mit Ausnahme der qua Verordnungen verbotenen persönlichen Benutzungen und öffentlichen Veranstaltungen konnten auf diese Weise alle anderen Arbeitsbereiche aufrechterhalten werden. Der Anteil der im Büro Anwesenden war nicht zuletzt von der aktuellen Verordnungslage abhängig und ging in Zeiten der strengsten Lockdowns auf rund 25 Prozent hinunter.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Wir haben es zum Beispiel sehr bedauert, das geplante größere Gastspiel der Theatergruppe „Axensprung“ mehrfach verschieben zu müssen. Während die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst auch in der Pandemie über sehr gute Arbeitsmöglichkeiten und ein regelmäßiges Einkommen verfügen, ist diese Berufsgruppe ungleich schwerer getroffen; hier – zum gegenseitigen Gewinn – nicht unterstützen zu können, war ebenfalls schmerzlich.

Schade ist es natürlich auch, wenn interne Ereignisse wie Beförderungen, Neueinstellungen, Sommer- und Weihnachtsfeste oder die Inbetriebnahme neuer Gebäude nur in einem sehr geringen Kreis und auf Abstand gewürdigt werden können. Die Betriebskultur

leidet eindeutig unter den mangelnden Gelegenheiten zur persönlichen Zusammenkunft.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Es ist offensichtlich, dass eine adäquate IT-Infrastruktur eine entscheidende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit in der Pandemie darstellt. Auch haben unterschiedliche Arbeitsbereiche unterschiedlich gute Möglichkeiten zu einer effizienten Heimarbeit – dies war bekannt, erfordert in der Krise aber besondere Kreativität. Der Einsatz der E-Akte ist bei stabilen Verbindungen eine wertvolle Stütze für die Erledigung schriftlicher Benutzungen.

Mit Sicherheit wird die Anzahl der Dienstreisen und der persönlichen Meetings nach der Pandemie nicht wieder das vorherige Niveau erreichen. Videokonferenzen haben sich in vielen Fällen als sehr zweckmäßiges und ausreichendes Format bewährt. Etwa im Bereich der internationalen Zusammenarbeit kam es sogar zu einer erhöhten Intensität des Austauschs innerhalb von Arbeitsgruppen, die sich sonst nur in größeren Abständen bei persönlichen Meetings getroffen haben.

■ Dr. Vera Enke

Archiv der Berlin-
Brandenburgischen Akademie
der
Wissenschaften



Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Für das Akademiearchiv fiel der Beginn des Lockdowns am 23. März 2020 mit dem Beginn der Korrekturphase der Webseiten des Archivs im Zuge des Relaunchs des Internetauftritts der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) zusammen. Im Nachhinein kann konstatiert werden, dass diese Aufgabe bei laufendem Nutzerbetrieb kaum bis zur Live-Schaltung der neuen BBAW-Webseiten am 1. Mai 2020 zu bewältigen gewesen wäre. Nur durch die pandemiebedingte Schließung des Archivs war es

möglich, dass sich sechs der acht Beschäftigten im Homeoffice fast ausschließlich den Webseiten des Archivs – sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache – widmen konnten. Nach der technischen Migration waren ca. 80 Prozent der Inhalte nicht mehr vorhanden bzw. sichtbar und nur 5 Prozent der geschätzt 1.500 Links funktionierten noch. Die strukturellen Probleme, insbesondere HTML-Altlasten im CMS, die erst jetzt in vollem Umfang zutage traten, mussten von IT-Experten gelöst werden. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs bedeutete dies konkret, immer wieder alle Inhalte auf Vollständigkeit, inhaltliche Fehler und Fehler in der Darstellung (Desktop, Tablet, Smartphone) sowie die Funktionalitäten zu prüfen. Dabei konnten auch Unzulänglichkeiten und Verbesserungspotentiale identifiziert werden. Sie erhielten zudem durch einen IT-Experten der BBAW, der maßgeblich an der Lösung der strukturellen Probleme beteiligt war, in der Folgezeit CMS-Schulungen per Video, so dass jetzt eine eigenständige Pflege der Webseiten des Archivs möglich ist.

Ab Ende Mai 2020 waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs in der Regel täglich vor Ort. Zu dieser Zeit wurde auch der Nutzerbetrieb wieder aufgenommen. Der Lesesaal stand jetzt – mit kurzen Unterbrechungen – bis Anfang Dezember 2020 jeweils nur drei Nutzern für eine Einsichtnahme in die Bestände des Archivs zur Verfügung. Ein weiterer Platz wurde für Beschäftigte der BBAW freigehalten und – wie erwartet – häufig genutzt. Da ca. 50 Prozent unserer Nutzer nicht in Berlin oder Brandenburg ansässig sind und die Nutzung des Archivs pandemiebedingt ab Ende Mai 2020 nur eingeschränkt und ab Anfang Dezember 2020 gar nicht mehr möglich war, müssen nunmehr seit fast einem Jahr viele Recherceanfragen umfassender, als dies in der Vergangenheit der Fall war, beantwortet werden. Auch die Nachfrage nach Reproduktionen ist sprunghaft gestiegen und hat einen erhöhten Arbeitsaufwand zur Folge. Die Übernahme von dienstlichem Schriftgut der BBAW sowie von Vor- und Nachlässen erfolgt in gewohntem Umfang. Im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit wird das Archiv – aufgrund der pandemiebedingten verstärkten Online-Präsenz der BBAW in diesem Bereich – anders in Anspruch genommen. Es stehen keine Archivführungen auf der Tagesordnung, sondern verstärkt Anfragen zu Personen und Sachverhalten.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Die Frage, was wir am meisten vermissen, lässt sich leicht beantworten. In der Vergangenheit haben stets zwei Archivarinnen oder Archivare des Akademiearchivs in wechselnder Folge an den Archivtagen, Fachgruppen- und sonstigen Tagungen des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare teilgenommen, so dass alle Fachkräfte diese Foren zur Weiterbildung und zum Austausch nutzen konnten. Den unmittelbaren persönlichen Gedankenaustausch mit Fachkolleginnen und -kollegen vermissen wir – ebenso wie den direkten Kontakt zu unseren Nutzern – sehr.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Die besondere Situation, in der sich die Archive durch die Schließungen befinden, zeigt, dass es dringend geboten ist, das Angebot an Online-Findbüchern und Online-Präsentationen von Dokumentenkomplexen auszubauen. Diese Aufgabe steht im Akademiearchiv derzeit im Vordergrund. Geplant ist, die Online-Findbücher des Archivs künftig im Archivportal D zu präsentieren. Momentan sind 51 Findbücher online über findbuch.net verfügbar, im Archivportal D werden es dann zunächst 79 sein. Bei einer Vielzahl anderer Findbücher steht noch eine abschließende Bearbeitung aus, die forciert werden soll.

■ Dr. Wolfgang Krogel

Evangelisches
Landeskirchliches
Archiv in Berlin



Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Zu Beginn der Pandemie ging es um die schnelle Umorganisation der Arbeit, also den Ausbau mobilen Arbeitens, Zugriff auf die abgelegten Arbeitsdaten, Verzeichnisse und die Erschließungsdatenbank durch die Zusammenarbeit mit den IT-Dienstleistern.

Zweite Herausforderung war die Identifizierung und

Priorisierung von Projekten, die mobil bearbeitet werden können.

Dritte Herausforderung war die Online-Zusammenarbeit durch tägliche Videoschaltungen. Die eigentliche Erschließungsarbeit musste umlaufend auf wenige Präsenztage reduziert werden. Einen Schwerpunkt bildete hingegen die Fehlerbereinigung der Verzeichnungsdaten und die Implementierung älterer Erschließungsdaten in das System.

Die Öffentlichkeit wurde für zwei Monate komplett von der Nutzung des Lesesaals ausgeschlossen und danach in geringerer Zahl und unter Beachtung der Hygieneregeln wieder zugelassen. Auf die zweite Welle waren die Mitarbeitenden gut vorbereitet. Die Präsenzzeiten wurden pro Person auf zwei Tage in der Woche reduziert und die Frequenz der Videoschaltungen auf dreimal wöchentlich festgelegt. Die Nutzungsmöglichkeiten nicht digitaler Unterlagen musste auf Einzeltermine beschränkt werden. Teilweise stellt das Archiv Arbeitsdigitalisate zur Verfügung.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Der kollegiale Austausch, spontaner Einfall und produktiver Zufall waren zu stark reduziert, das gemeinsame Arbeiten und Lernen ist nur medial vermittelt dauerhaft nicht genug. Die materielle Seite des Archivadaseins, der Umgang mit dem Material der Erschließungstätigkeit ist nur vor Ort möglich und fehlt natürlich. Hinzu kommt durch Heim- und Büroarbeit die fehlende Trennung zwischen privat und beruflich. Für Alleinerziehende, aber auch für Familien entsteht durch die Arbeit mit den Kleinen ein zusätzliches Konfliktfeld.

Nicht vermisst haben viele den Weg zur Arbeit durch das Gedränge des ÖPNV oder im Straßenverkehr, eine deutlich reduzierte tägliche Belastung. Gemeinsam geplante Ausflüge mussten gestrichen werden mit negativen Auswirkungen auf das informelle Betriebsklima.

Der Einsatz von Instrumenten wie Coaching oder Gruppen-Supervision funktioniert nur im persönlichen Kontakt und fehlte da, wo diese nötig gewesen wären.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Die Krise hat in allen Bereichen einen Digitalisierungsschub ausgelöst. Das betrifft die interne Zusam-

menarbeit, den Zugang zu den Arbeitsmitteln, aber auch die Umstellung der Arbeitsweise in den abliefernden Stellen. Wir müssen also beschleunigt die digitale Archivierung vorplanen und vorbereiten. Als positiv für die interne Kommunikation wurde die hohe Frequenz der Treffen per Video und die verbesserte Vorbereitung und effizientere Durchführung gesehen. Der verhältnismäßig geringere Aufwand, sich zusammenzuschalten, erleichtert nachhaltig die Zusammenarbeit. Wir gehen davon aus, dass dieser Bereich weiter ausgebaut wird. Videokonferenzen sind ja nur ein Teil der Möglichkeiten. Verstärkt werden Online-Fortbildungen, Workshops zu bestimmten Vertiefungsgebieten wie die Handhabung elektronischer Werkzeuge und interaktive, offene Gesprächsformate in Gruppen als Einsatzmöglichkeiten digitaler Kommunikation genutzt.

■ Gabriele Rohmann, Daniel Schneider

Archiv der Jugendkulturen



Foto: Florian Schwarz

Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Eine Herausforderung ist die Arbeit mit dem Bestand: Da insbesondere während der Lockdowns die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur eingeschränkt über einen genau getakteten Belegungsplan vor Ort arbeiten können, schaffen wir es nicht, in dem Maße Material zu erschließen, wie es im Rahmen unseres aktuellen Archiv- und Bibliotheksprojektes eigentlich geplant war. Die tiefer gehende Erschließung von bestimmten Beständen hat unter diesen Einschränkungen teilweise gelitten. An anderer Stelle kam uns das entgegen, da wir auch deutlich weniger Nutzende hatten und uns deshalb mehr auf

die grobe Aufarbeitung von bisher vollständig unerschlossenen Beständen fokussieren konnten. Dies geschah auch in Hinblick auf unseren Umzug in neue Räumlichkeiten. Dieser konnte im Sommer 2020 mitten in der Pandemie, zum Glück unter etwas günstigeren Voraussetzungen wegen niedrigerer Inzidenzzahlen, stattfinden. Da wir in den neuen Räumlichkeiten ein deutlich größeres Magazin haben als zuvor, konnten wir eine Vielzahl an Beständen zugänglich machen, die bisher in Umzugskartons lagerten.

Zwischen den Lockdowns konnten Nutzende Zeitfenster ähnlich wie in Schwimmbädern buchen, ansonsten hatten und haben wir vollständig geschlossen. Nicht nur die Nutzenden leiden unter den Einschränkungen, sondern auch für uns hat dies negative Auswirkungen. Nutzendebetreuung ist für uns ein Stück weit Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit, weshalb die Einschränkungen unsere Spielräume auch in dieser Hinsicht verringert haben. Gruppenbesuche (z. B. von Studierendengruppen) konnten ebenfalls nicht stattfinden, immerhin haben wir hier aber digitale Angebote schaffen können, die dies ein wenig kompensieren.

Eine unserer größten Herausforderungen ist und bleibt die akute und dringend notwendige finanzielle Absicherung des Archivs, die wegen der Pandemie nicht kleiner geworden ist. So sind Kontaktaufbau und Kontaktpflege zu politischen Entscheiderinnen oder Entscheidern für eine stabile Absicherung des Archivs seit letztem Jahr deutlich schwieriger geworden. Auch unsere Spendenkampagne, die wir im Herbst 2019 gestartet hatten, konnten wir nicht wie geplant fortsetzen.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Den direkten Austausch mit Nutzerinnen oder Nutzern, Szeneakteuren und Kolleginnen bzw. Kollegen. Kontakte lassen sich zwar auch digital aufbauen und pflegen, es hat aber eine andere Qualität. Sehr vermissen wir z. B. den jährlichen Workshop der Archive von unten, der 2020 leider ausfallen musste und dieses Jahr ebenfalls nicht stattfindet. Auch fehlen uns die vielen anderen Gelegenheiten zum spontanen Austausch und zur Vernetzung – seien es Konferenzen oder Fachtage oder Veranstaltungen wie unser „Zineklatsch“ (ein Treffen von Zinemacherinnen und -machern), der Berliner Archivstammtisch und alle möglichen anderen Events. Das Archiv der Jugendkulturen war von Anbe-

ginn ein Ort der direkten Begegnung und Vernetzung. Der Ausfall unserer eigenen Veranstaltungen, die fehlenden Besuchsgruppen und Recherchierenden haben unser Archiv zu einem stilleren Ort gemacht.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Die Krise lehrt uns, dass sich alltägliche Abläufe schnell ändern können und dies eine hohe Flexibilitätsanforderung für alle bedeutet. Bleiben wird der beschleunigte Digitalisierungsschub hinsichtlich der Nutzung von neuen digitalen Tools zur Organisation der Arbeitsabläufe und des Austauschs. Vieles lässt sich so auch gut und oft schneller und günstiger regeln. Digitalisierung kann aber nicht alles ersetzen. Zu tun bleibt vieles: Natürlich die weitere Aufarbeitung unserer Bestände, die Annahme neuer Materialien und Artefakte. Auch müssen wir uns in Zukunft verstärkt auf die Digitalisierung unserer Bestände fokussieren, um diese ortsunabhängig nutzbar zu machen. Vor allem werden wir uns weiter darum bemühen, Behörden, Institutionen, Sponsoren, Mäzene oder andere Geldgeber für die dringend notwendige Finanzierung bzw. den weiteren Erhalt des Archivs zu finden.

■ Dr. Birgit Rehse

Universitätsarchiv
der Freien
Universität Berlin



Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Unsere größte Herausforderung in der Pandemie stellte die Arbeitsorganisation bei schmaler Personaldecke dar: Wie bearbeitet man Anfragen, erschließt Bestände und betreut ein Praktikum, wenn man größtenteils im Homeoffice arbeitet? Dank IT-Technik wie Videokonferenz, Chats und Wiki konnten wir nach kurzer Einarbeitung von zu Hause recht gut miteinander kommunizieren, auch Seminare zur Archiveinführung für Studierende geben. Der Zugriff auf das Archivinfor-

mationssystem war dank der Zentralen Datenverarbeitung der Universität rasch hergestellt. So gab es grünes Licht, bestimmte Archivalien nach Hause mitnehmen zu dürfen, um sie dort zu erschließen – dies wäre zuvor undenkbar gewesen!

Allerdings war es nicht einfach, für alle Kolleginnen und Kollegen mit unterschiedlichem IT-Knowhow eine geeignete Aufgabe zu finden und sie an digitalen Kommunikationswegen teilhaben zu lassen. Auf diese Weise genügt es, wenn sich vor Ort im Archiv nur wenige Mitarbeitende den Anfragen widmen und den Lesesaal – bei stark reduzierten Öffnungszeiten – betreuen.

Dies geht auf Kosten von anderen Aufgaben: Projekte, die „am Regal“ stattfinden müssen oder die Bearbeitung von Übernahmen mussten in der Priorisierung nach hinten rücken. Doch Fakt ist auch, dass die Last, das Archiv am Laufen zu halten, auf einigen wenigen Schultern liegen blieb. Wir mussten lernen, dass es in einer Pandemie nahezu unmöglich ist, Gerechtigkeit und Gleichheit in der Arbeitsorganisation walten zu lassen und gleichzeitig den Bedürfnissen unserer Nutzerinnen und Nutzer gerecht zu werden.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Vermisst haben wir schlicht die Normalität – im dienstlichen wie im privaten Bereich. Im Archiv fehlte es uns vor allem am direkten und spontanen fachlichen, aber auch persönlichen Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen. Auch wenn wir dieses Bedürfnis mithilfe von häufigeren Teamsitzungen und zusätzlichen fünfzehnminütigen Archivplauderrunden per Video aufzufangen versucht haben, so ersetzt dies die Kommunikation „live“ nicht. Der digitalen Kommunikation fehlt es an Spontaneität und Multisensualität angesichts der unbeweglichen Statuen oder grauen Kacheln in den Videokonferenzen.

Neben den Kolleginnen und Kollegen haben wir unsere Nutzenden schmerzlich vermisst. Ein Archiv ohne seine Besucherinnen und Besucher – traurig! Auch wenn wir uns durch besondere Serviceleistungen (z. B. gratis Digitalisate) einige Fans gemacht haben. Die Liste derer, die in den Startlöchern sitzen, um unseren Lesesaal wieder zu bevölkern, ist unfassbar lang.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Gelernt haben wir, wie wichtig eine gute Kommunikation im Team ist! Auch Flexibilität ist in der Pandemie ein hoch geschätztes Gut: Ständig mussten und müssen Prioritäten den äußeren und personellen Umständen entsprechend neu gesetzt werden. Hier waren und sind Ideenreichtum, Spontaneität, Kollegialität und nicht zuletzt Lernbereitschaft bei der Nutzung von digitalen Tools bei recht kurzfristiger Planung angesagt. Für einige von uns kam neben dem Beruflichen noch die Herausforderung der Betreuung von Kita- und Schulkindern hinzu – Multitasking als tägliche Herausforderung.

Blieben wird die Möglichkeit, bei Bedarf auch mal von zu Hause zu arbeiten sowie (Gremien-)Treffen auch virtuell zu veranstalten, um Fahrtwege und Zeit zu sparen. Von Dauer soll auch die veränderte Kommunikationsstruktur im Team mit flachen Hierarchien sein.

Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, was noch zu tun bleibt: Die OpenAccess-Politik muss weiter vorangetrieben werden, sei es in Form der Digitalisierung von analogem Archivgut oder sei es die Langzeitarchivierung von Digital Born Data. Dabei müssen Archive in Zukunft deutlich mehr Unterstützung erhalten – die Erfahrung aus der Pandemie lässt hoffen, dass Archivträger künftig mehr Einsicht zeigen.

■ Roland Jahn

Bundesbeauftragter
für die
Stasi-Unterlagen



Foto: BStU / Ronny Rozum

Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Die erste Herausforderung war es tatsächlich, die Gesundheit der Mitarbeitenden zu schützen und gleichzeitig die Arbeit zu organisieren. In diese Selbstorganisation ist in den ersten Wochen und Monaten durchaus ein größerer Anteil an Arbeitszeit geflossen wie in die Beschaffung und Verteilung von Masken und Flächen-

desinfektionsmitteln oder die Umsetzung von Hygienekonzepten für Mitarbeitende und später auch Besuchende des Hauses. Da gleichzeitig im Corona-Jahr die Antragszahlen merklich zurückgegangen sind, hat sich diese innere Organisation für die Bearbeitungszeiten nicht so stark ausgewirkt. Aber die fehlende Infrastruktur – angefangen von WiFi in den Gebäuden über videokonferenzfähige Arbeitsrechner hin zu mobilem Zugang von Home Office zu Arbeitsprogrammen – hat die Arbeitsorganisation deutlich erschwert. Fehlende Technik war also eine der größten Herausforderungen.

Erschließung, aber auch Aushebung, Recherche in unseren Karteien und der Lesesaal-Service, also Arbeitsaufgaben, die nicht von zu Hause erledigt werden können, waren die nächste Herausforderung. Durch die Abstands- und Hygieneregeln konnten keine vollen Besetzungen arbeiten, sondern nur alternierende Teams. Es ist uns gelungen, 50 Prozent Home Office für die gesamte Belegschaft zu ermöglichen. Unsere Verwaltung, aber auch die Archiv- und Auskunftsbereiche haben hier eine steile Lernkurve durchlaufen, aber auch mit vielen anderen Verwaltungen um mobile Technik und Corona-Hygiene-Mittel gerungen.

Die Öffentlichkeitsarbeit konnte noch am flexibelsten mit dieser Krise umgehen. Unsere beiden umfangreichen Online-Präsenzen, die Homepage und die Stasi-Mediathek, sowie die Online-Edition „DDR im Blick“ ermöglichen jederzeit die direkte Beschäftigung mit Archivgut. Auch die jahrelange Arbeit der Onlinestellung von Findmitteln über ARGUS/Bundesarchiv hat Recherche-Möglichkeiten im Shutdown neue Bedeutung gegeben.

Mit dem Beginn der Pandemie haben wir einen Podcast gestartet, der die Themen, Antragsteller und Mitarbeitende vorstellt und somit unsere Arbeit auch in dieser Zeit transparent macht. Unsere Veranstaltungen hatten wir zunächst ins Netz verlegt und dann ein Projekt umgesetzt, das zum Highlight des Jahres wurde: Das „Campus-Kino“ im Innenhof der Stasi-Zentrale, mit Talks zum Archiv und über die Nutzung der Akten in den dort präsentierten Dokumentar- und Spielfilmen. Das zu stemmen und darauf zu achten, dass alles nach den Corona-Regeln gut abläuft, war auch eine große Herausforderung.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Vor allem die vielen unterschiedlichen Besucher aus aller Welt, die zu uns an den Archivstandort nach Lichtenberg kommen und die ehemalige Stasi-Zentrale, den „Campus für Demokratie“ besuchen. Es ist jedes Mal eine große Bereicherung für uns, Fragen und Feedback zu erhalten und sich auszutauschen. Zoom-„Besuche“ sind einfach kein Ersatz. Und natürlich ist es traurig, wenn der Lesesaal leer ist, auch wenn die Akten verstärkt digital genutzt werden können.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Es hat mich absolut begeistert, wie flexibel viele der Mitarbeitenden waren und was alles machbar ist, wenn die Umstände es verlangen. Ich weiß, es gab auch viel Kritik an den Verwaltungen, Dinge brauchen einfach oft zu lange. Aber ich habe das Gefühl, dass wir im positiven Sinne gezwungen waren, unsere Prozesse zu erneuern, neu zu denken und Dinge, die jahrelang nicht möglich waren, einfach zu tun. Ich hoffe sehr, dass diese Lernerfahrung bleibt und sie im Alltag eines wieder „normaleren“ Betriebes für alle eine Motivation ist.

Die bereits vor einiger Zeit begonnene Digitalisierung zur Nutzung unserer Akten hat uns sehr geholfen, den Aktenzugang auch in der Pandemie zu ermöglichen. Parallel haben sich auch die noch vor der Pandemie umgesetzten Optionen der Online-Antragstellung und Herausgabe über einen digitalen Download sehr bewährt. Dadurch ist allerdings der Druck auf den digitalen Aktenzugang insgesamt gewachsen. Das also bleibt und da ist auch noch viel zu tun, in der Digitalisierung der Akten, unserer Arbeit und der Workflows. Ich freue mich aber schon jetzt auf unser Campus-Kino im August, das ich dann allerdings privat besuchen werde.

■ Prof. Dr. Uwe Schaper Dr. Heike Schroll

Landesarchiv Berlin

Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Zu den Herausforderungen zählten die Schließung des Archivs für die Öffentlichkeit und die Kommunikation

der eingeschränkten archivischen Angebote, die Verlagerung der Direktbenutzung in die Ebene schriftlicher Anfragen (nahezu Verdoppelung der schriftlichen Anfragen und enorm gewachsener Bedarf an Digitalkopien von Archivgut), die Organisation des Homeoffice, zum Teil für die gesamte Belegschaft, die Gewährleistung eines einheitlichen und aktuellen Informationsstandes für alle Beschäftigten sowohl zu den direkten Pandemie-Maßnahmen als auch zu generellen archivischen Angelegenheiten und die Gewährleistung laufender Kooperationsvereinbarungen und Projekte. Die Lösungen nach innen waren: intensive Arbeit eines Kernteams zur kontinuierlichen Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes, regelmäßige „Corona-Updates“ der Dienststellenleitung per E-Mail an alle Beschäftigten, enge Zusammenarbeit der Vorgesetzten mit den Mitarbeitenden per E-Mail oder Telefon, Zurverfügungstellung von Dienst-Laptops für alle (zum großen Teil mit VPN-Zugängen), Evaluierung und Umbau interner Geschäftsprozesse (digitale Dienste; Geschäftsgang; Benutzerbetreuung) sowie der Aus- und Umbau der IT-Infrastruktur. Nach außen waren dies: der Ausbau des Angebotes an Online-Rechercheöglichkeiten (Einsatz von Findbuch.Net, erste Online-Fotoausstellung des Landesarchivs, Veröffentlichung digitaler Sammlungen auf der Homepage wie Goldene Bücher, Gästebücher oder das Korrespondenzarchiv Iffland), Qualifizierung der Archivdatenbank AugiasArchiv und eine Priorisierung bei der Anfragenbearbeitung.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Die direkte und enge Kommunikation mit Kolleginnen und Kollegen des Hauses durch themenbezogene Arbeitsgruppen, Fachinformation und Personalversammlungen zur Bilanzierung und Planung von Archivleistungen.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Die deutlich gewordenen Defizite bei Videokommunikation, VPN-Zugängen und Digitalisierungskapazitäten müssen zeitnah beseitigt werden. Ein zeitgemäßes AFIS und ein virtueller Lesesaal sind keine fernen Zukunftskonzepte, sondern müssen zügig Teil des Archivalltags werden. Bauliche Gegebenheiten (Wegeleitsystem, Lüftungen, Klimatisierungen), die möglichen Raumnutzungskonzepten unter Pandemie-

Bedingungen entgegenstanden, müssen entweder nachgerüstet oder spätestens bei Umbau- oder Neubauplanungen angepasst werden.

■ Wiebke Winkler

Archiv Grünes
Gedächtnis



Foto: Stephan Röhl

Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Für uns als kleines Archivteam von acht Leuten war das Wichtigste im ersten Lockdown, auch digital in Kontakt zu bleiben. Eine Routine aus täglichen kurzen Video-Check-ins, regelmäßigen E-Mails und Chat-Nachrichten hat sich schnell etabliert. Ein großer Vorteil war auch, dass unsere Archivdatenbank bereits vor der Pandemie aus technischen Gründen ausschließlich in einer Telearbeitsplatzumgebung funktionierte. Die Arbeit mit der Datenbank und damit vor allem die Beantwortung von Anfragen lief daher weiter wie bisher.

Komplett umstrukturieren mussten wir unsere Jahresplanung für 2020. Statt eines großen, auf das gesamte Team verteilten Erschließungsprojekts, haben wir uns z. B. eine seit langem anstehende Umstrukturierung und Datenbereinigung unserer Archivdatenbank vorgenommen.

Ein großes Problem stellten für uns auch die Übernahmen von Archivbeständen dar. Da viele Menschen den Lockdown nutzten, um ihre Wohnungen aufzuräumen, wuchs die Menge der angebotenen Bestände spürbar an. Dadurch wurden nicht nur unsere räumlichen Kapazitäten, sondern auch unsere als Präventionsmaßnahme vor Ort beschränkten personellen Ressourcen stark auf die Probe gestellt.

Die größte Herausforderung war aber sicherlich, eine Lesesaalnutzung mit umfassendem Hygienekonzept aufzubauen. Die Workflows wurden komplett neu strukturiert, um das Risiko für Archivteam und Nutzende möglichst gering zu halten. Für die Betreuung des

Lesesaals stand jedoch aufgrund der spezifischen Pandemie-Bedingungen wie z. B. Kinderbetreuung nur die Hälfte unseres Teams zur Verfügung. Daher konnten wir den Lesesaal nur an zwei statt wie bisher vier Tagen öffnen. Dieses Angebot konnten wir aber bis zum Ende des Jahres aufrechterhalten.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Schnell ins Magazin zu gehen oder auf die Bibliothek zuzugreifen ist etwas, was im Homeoffice definitiv fehlt. Unsere Präsenzarbeitstage im Archiv sind nun seit einem Jahr stark reglementiert. Das heißt, wir sammeln unsere Aufgaben bis zum nächsten Präsenzarbeitstag und arbeiten diese dann am Stück ab. Dadurch verzögern sich natürlich viele Prozesse sehr stark.

Neben den arbeitsorganisatorischen Aspekten gibt es aber auch immer wieder fast surreal erscheinende Erinnerungen an die Zeit vor der Pandemie. In unserem Team wurden z. B. die Mittagspausen sehr häufig gemeinsam verbracht.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Arbeitsorganisatorisch hat sich gezeigt, dass wir auch als Archivarinnen und Archivare durchaus im Homeoffice arbeiten können. Sogar ein Praktikum mit großem Homeoffice-Anteil konnten wir erfolgreich betreuen. Und durch den Wegfall von Dienstwegen und -reisen für die Teilnahme an Besprechungen und Tagungen wird sogar Zeit eingespart. Auf die Dauer ist die reine Arbeit im Homeoffice natürlich mit dem regulären Betrieb eines Archivs mit überwiegend physischen Beständen nicht vereinbar. Daher wird es nach der Pandemie die nächste Aufgabe sein, hybride Arbeitsformen in unsere Workflows zu integrieren und Lösungen für die damit verbundenen Herausforderungen zu finden.

Neu entdeckt haben wir die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Videokonferenztools. Im vergangenen Jahr haben wir sowohl digitale Archivführungen und Workshops als auch Beratungsgespräche mit Live-View der Archivdatenbank durchgeführt. Durch diese digitalen Formate können wir unser Veranstaltungs- und Beratungsangebot barriereärmer gestalten. Denn Reisezeit und -kosten entfallen, wodurch wir neue Zielgruppen erreichen können. Auch Nutzerinnen oder Nutzer mit weiten Anreisen können ihre Zeit in Berlin

effektiver nutzen, wenn sie sich bereits vorweg mit unserer Datenbank beschäftigen können. All diese Angebote möchten wir in Zukunft ausbauen und verstetigen.

Dabei dürfen wir allerdings nicht aus den Augen verlieren, dass durch digitale Veranstaltungen auch wieder Barrieren (z. B. hinsichtlich digitaler Infrastruktur und Befähigung) aufgebaut werden. Das Ziel ist also eine ausgewogene Mischung aus digitalen Formaten und Präsenzangeboten.

■ Rebecca Hernandez-Garcia

Archiv der
DDR-Opposition



Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Ein großer Teil unserer Arbeit ist die Bestandsakquise. Wir erhalten unsere Archivmaterialien nicht von einer festen abgebenden Stelle, wie zum Beispiel ein Kommunal- oder Staatsarchiv. Wir müssen aktiv Menschen ansprechen. Dies war und ist zu Corona-Zeiten sehr schwierig. Ein persönliches Kennenlernen der Materialgeberinnen und Materialgeber war nicht möglich.

Bezüglich der Nutzungsmöglichkeiten haben wir uns dazu entschlossen, das Archiv nicht zu schließen, jedoch den Nutzerbetrieb vor Ort einzustellen. Da ca. 30 Prozent unserer Bestände digital vorliegen, können wir Nutzeranfragen eingeschränkt auch während der Pandemie bedienen. Auf eine Rechnungsstellung z. B. für die Bereitstellung von Digitalisaten verzichten wir im Moment ganz. Bei größeren Rechercheanfragen, vor allem bei der Erstbenutzung unseres Archives, stoßen wir allerdings an unsere Grenzen. Hierfür haben wir eine Warteliste für unsere Nutzerinnen und Nutzer angelegt. Diese wächst stetig an.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Am meisten fehlt meines Erachtens der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen. Sicherlich gibt es ver-

schiedene digitale Plattformen, die auch von uns genutzt werden. Diese können aber auf Dauer die „Flurgespräche“ und die „Kaffeepausen“ im normalen Arbeitsalltag nicht ersetzen. Dieser wichtige Austausch fehlt.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Die Krise zeigt deutliche Defizite, aber auch Möglichkeiten auf. Sie offeriert gerade im Veranstaltungsbe- reich neue Möglichkeiten. Gerade mit Kindern ist das Besuchen von Abendveranstaltungen oft schwierig. Durch digitale Veranstaltungen kann man sicher mehr und vor allem andere Besuchergruppen erreichen.

Was den Nutzerbetrieb im Archiv betrifft, ist deutlich zu erkennen, dass wir bezüglich der Digitalisierung von Archivgut erhebliche Defizite aufzuweisen haben. Wären mehr Archivalien digital, könnte man als Archiv die Nutzerinnen und Nutzer während der Pandemie wesentlich besser unterstützen. Jedoch sollte man hier nicht die „Schuld“ bei den Archiven suchen. Jeder der für sein Archiv bereits einmal einen Projektantrag zur Digitalisierung von Archivgut geschrieben hat, wird das Problem kennen. Für die Digitalisierung von Archivalien, die dann ohne Probleme rechtfrei ins Internet gestellt werden können, wird gern Geld bereitgestellt. Aber geht es einfach um die Sicherung von Archivgut, stellt sich der Sachverhalt meist anders dar. Hier sollte generell ein Umdenken in der Finanzierungspolitik stattfinden.

■ Dr. Irina Schwab

Universitätsarchiv
der
Technischen
Universität Berlin



Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Die größten Herausforderungen während der Covid-Pandemie lagen für uns als Universitätsarchiv der Technischen Universität Berlin nicht nur in der Auf-

rechterhaltung der Erschließungstätigkeit und der archivischen Vorfelddarbeit sowie in der Betreuung unserer Benutzerinnen und Benutzer. Nicht zuletzt lagen sie auch darin, als Team weiterhin zusammenzuarbeiten und den Informationsfluss für alle Teammitglieder aufrecht zu erhalten. Verstärkte Kommunikation war und bleibt das Wichtigste für uns, denn niemand sollte das Gefühl haben, ganz allein für sich zu arbeiten ohne Rücksprache und Absprachen mit den Kolleginnen und Kollegen – v. a. während des ersten Lockdowns ab März 2020. Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen aus den einzelnen Bereichen der TU Berlin in Bezug auf Erfassung, Bewertung und Übernahme von Unterlagen sowie gegenüber den Benutzerinnen und Benutzern. Durch die Schließung der Gebäude der TU Berlin mussten wir unsere Arbeitsplätze für mehr als acht Wochen komplett nach Hause verlegen, weshalb dazu noch die Angst kam, mögliche Havarien und Schäden vor Ort nicht zu bemerken bzw. hier erst (zu) spät eingreifen zu können.

Nach und nach haben wir die Situation gemeistert, v. a. nachdem wir zumindest tageweise aus dem Homeoffice zurück an den Arbeitsplatz kommen konnten.

Für unsere Benutzerinnen und Benutzer haben wir zuerst nur schriftlich bzw. mündlich und dann über den Sommer – nach den zwischenzeitlichen Lockerungen – auch durch Besuche vor Ort den Zugang zum Archivgut ermöglicht oder sie im Rahmen des Möglichen mit Reproduktionen versorgt.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Am schmerzlichsten haben wir wohl alle den direkten, unkomplizierten Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort vermisst, die Gespräche beim Kaffee oder bei einem kurzen Abstecher ins Büro nebenan. Schnell hatte man kurzfristig eine Lösung gefunden oder sich terminlich abgestimmt, denn auch, wenn es Chats, Outlook-Kalender oder Videokonferenzen gibt, ist das für den direkten Kontakt kein adäquater Ersatz.

Besonders schwierig war es, dass gleich zu Beginn des Lockdowns im März 2020, als wir alle strikt ins Homeoffice geschickt wurden, zwei neue Kollegen bei uns ihren Dienst aufnahmen, die erst in die Abläufe eingebunden und eingearbeitet werden mussten.

Alle im Team waren froh, als es Ende Mai 2020 wieder möglich war, zumindest tageweise im Universi-

tätsarchiv zu arbeiten und sich in kleinen Teams wiederzusehen. Über den Sommer haben wir dann fast alle halb und halb im Homeoffice bzw. in Präsenz gearbeitet, was seit November 2020 durch die TU Berlin auf Grund der Vorgaben wieder eingeschränkt wurde. Da nur unbedingt notwendige Arbeiten vor Ort erledigt werden dürfen, sind wir die überwiegende Zeit von zu Hause aus tätig.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Dass man auch unter widrigen Umständen arbeiten und wichtige Ziele erreichen kann. Dass bestimmte Abläufe, die wir als fest und gesetzt nahmen, vereinfacht werden können, ohne dass die Qualität vielleicht leiden muss. Dass mehr Digitalisierung wichtig ist, um die Erwartungshaltung der Benutzerinnen und Benutzer zu erfüllen – was auch unsere Arbeit durchaus erleichtert hätte. Trotz aller Anstrengungen wird man in diesem Bereich ohne eine grundlegende Verbesserung der vorhandenen Ressourcen im Archivwesen sowie der rechtlichen Rahmenbedingungen zwar insgesamt aufholen können, den kontinuierlich steigenden Ansprüchen wird man aber vermutlich letztendlich nie gerecht werden. Das ist aber noch lange kein Grund aufzugeben. Es bleibt der Wunsch vieler Kolleginnen und Kollegen, dass auch nach Corona eine Möglichkeit bleibt, zumindest einen Teil der Arbeit von zu Hause aus erledigen zu können. Diese Möglichkeit wird es sehr wahrscheinlich auch geben.

■ Dr. Petra Winter

Zentralarchiv der
Staatlichen
Museen zu Berlin



Foto: David von Becker

Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Wir mussten zwei große Herausforderungen bewältigen: Durch die Schließung des Lesesaals erreichten uns geradezu verzweifelte Bitten um Übersendung von Scans aus Archivmaterial. Wir haben also viel mehr

und viel intensiver für die Nutzerinnen und Nutzer recherchiert und dann Dokumente digitalisiert und verschickt. Gleichzeitig sollten aber möglichst viele Kolleginnen und Kollegen nicht vor Ort im Archiv arbeiten. Wir haben uns deshalb abgewechselt und versucht, den Überblick über die Anfragen nicht zu verlieren. Denn für die Arbeit zu Hause stand gar keine Technik zur Verfügung, anfangs hatten wir nur über einen Telearbeitsplatz Zugriff auf Dateien und E-Mails.

Bei zeitweiliger Öffnung des Lesesaals haben wir versucht, die Betreuung der Archivnutzung weitestgehend kontaktlos zu gestalten. Dies bedeutete auch hier teilweise eine intensivere schriftliche Vor- und Nachbereitung von Archivbesuchen. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die direkte Beratung vor Ort und an den Dokumenten nicht in jedem Falle zu ersetzen ist.

Die Archivarinnen und Archivare haben sich Akten mit nach Hause genommen und so kam die Erschließung von bestimmten Beständen sehr gut voran. Ausgewählte Akten konnten dabei einer besonderen Tiefenerschließung unterzogen werden. Hierfür ist im Alltag mit vielen Nutzeranfragen manchmal keine richtige Ruhe, insofern war das auch ein positiver Effekt.

Einige im Vorfeld geplante Aktenübernahmen mussten zurückgestellt werden, dennoch konnten Übernahmen aus den Museen realisiert werden.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Die Kolleginnen und Kollegen in den Büros nebenan und die Nutzenden im Lesesaal! Es fehlte der direkte Austausch, ob auf dem Flur, beim Kaffee oder in Teamsitzungen. Online-Meetings und Telefonate können das persönliche Gespräch über längere Zeit natürlich nicht ersetzen. Bei persönlichen Begegnungen ergeben sich oft ganz zufällig interessante Gespräche und es entstehen neue Ideen. Und sehr vieles lässt sich schneller und quasi nebenbei erledigen, als wenn man für jede Frage eine E-Mail schreiben oder ein Telefonat führen muss.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Die Flexibilität des Arbeitens, die unbürokratische Möglichkeit des Homeoffice wird hoffentlich bleiben. Auch sind Online-Meetings für unser Team mit Kolleginnen und Kollegen in Mitte und Dahlem eine sehr gute Möglichkeit, um viel Zeit zu sparen, die wir sonst mit der Fahrt durch die Stadt verbringen.

Die digitale Ausstattung unseres Archivs und der Staatlichen Museen zu Berlin insgesamt ist sehr dringend verbesserungsbedürftig. Dazu gehört die Ausstattung der Arbeitsplätze mit mobilen Geräten und der Zugriff auf Laufwerke und E-Mail-Konten aus dem Homeoffice, aber natürlich auch der digitale Service, den wir unseren Nutzenden bieten können. Zwar haben wir viele Archivalien bereits digitalisiert, können sie aber nicht online zugänglich machen.

■ Dr. Kristina Starkloff

Archiv der
Max-Planck-
Gesellschaft



Foto: Gesine Born

Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Übernahme und Bewertung: Erschwerend erweist sich, dass der persönliche Kontakt, ein entscheidender Faktor bei der Übernahme von Schriftgut, insbesondere im Vor- und Nachlassbereich, ausbleiben muss. Dieser ist erforderlich für 1. Einblicke in Leben und Wirken der jeweiligen Person, 2. Vertrauensbildung bezüglich der Archivierung und späteren Nutzung, 3. Aktenautopsie vor Ort, 4. Klärung von Grund- und Detailfragen (z. B. Schenkungsvertrag). Ähnlich verhält es sich im Verwaltungsschriftgut, da die Vorort-Bewertung mit Aktenautopsie und der Möglichkeit von Rückfragen unmöglich ist.

Von dem Grundsatz, ausschließlich bewertete Unterlagen zu übernehmen, musste nun mehrfach abgewichen werden. Vielmehr sah das Archiv sich dazu gezwungen, zu einer Ferndiagnose überzugehen. Diese erfolgt per a) detaillierter Liste (selten), b) grober Aufstellung der vorhandenen Materialien, c) Fotografien von Aktenordnerrücken (häufig wenig aussagekräftig) oder d) rein telefonisch. In manchen Fällen erfolgte eine Vorbewertung durch die Vor- und Nachlassgeber selbst; ein aus archivfachlicher und (wissenschafts)historischer Sicht nicht unproblematischer Aspekt. Inge-

samt kam es zu weniger Übernahmen; diese sind deutlich oberflächlicher oder gar nicht vorab bewertet.

Erschließung: Eine große Herausforderung war es, die Erschließung in Telearbeit von bereits digitalisiertem Archivgut zu ermöglichen. Vielfach beschränkte sich dies auf eine Tiefenerschließung. Vor allem während der Anfangsschließungen fielen übliche Arbeiten weg, so dass vermehrt verzeichnet werden konnte, falls Präsenzarbeit erfolgte. Aufgrund der großzügigen Raumsituation im Archiv (Einzelbüros, mehrere Sanitäranlagen etc.) waren hier entsprechende Rahmenbedingungen gegeben.

Nutzung: Die Nutzungsmöglichkeiten wurden durch die Pflicht zur Schließung des Lesesaals stark eingeschränkt. Die analoge Nutzung kam entsprechend der Vorgaben zum Erliegen. Die Anzahl von Anfragen ging jedoch nur leicht zurück. Als herausfordernd erwies sich die Einschätzung von relevanten Akten in Abhängigkeit zur Anfrage, wenn Archivarinnen oder Archivare stellvertretend für die Nutzer agieren mussten.

Als vorteilhaft erwies sich, dass viele Bestände bereits vollständig digital vorliegen. So konnten Unterlagen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten mit manuellen Methoden (gesicherte Cloud) zugänglich gemacht werden. Dies verdeutlichte die Notwendigkeit eines funktionierenden virtuellen Lesesaals. In Einzelfällen fertigten Mitarbeiter einzelne Digitalisate an, sofern der Bedarf vertretbar war und klar definiert werden konnte. Diese aufwändige Tätigkeit kann aufgrund fehlender Ressourcen lediglich als Notlösung betrachtet werden. Vielfach bedarf es abschließend der persönlichen Recherche.

Nach Wiedereröffnung unter Einhaltung entsprechender Konzepte (Mai bis November 2020) wurde die Anzahl der Plätze reduziert, um Mindestabstände einhalten zu können. Die Nachfrage war konstant hoch.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Summiert ist hier der persönliche Kontakt in sämtlichen Bereichen, von den Vor- und Nachlassgebern, über die Nutzer bis zu den Fachkollegen zu nennen. Auch die beeindruckenden technischen Möglichkeiten der Kommunikation können diesen nicht ersetzen. Schließlich stellt er doch in vielen Bereichen den Horizont erweiternden Reiz der Archivarbeit dar.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Einige Arbeiten können aktuell nicht bearbeitet werden. So steht der Max-Planck-Gesellschaft eine nie dagewesene Emeritierungswelle bevor, also ein starker Anstieg der Vor- und Nachlassakquisen. Die erforderlichen Dienstreisen zur Bewertungen vor Ort sind für den zuständigen Archivar kaum zu bewältigen. Notwendig werden somit Bewertungen per „Ferndiagnose“, ein für diesen sehr individuellen Bereich sehr schwer zu vereinheitlichender Prozess.

bleiben wird der Nutzen von virtuellen Möglichkeiten der Kommunikation samt Online-Angeboten und Reduktion von Reisetätigkeit. Zu erwarten ist ein höherer Anspruch nach virtueller Nutzung. Diese kollidieren mit rechtlichen Normen, insbesondere dem Urheberrecht, eine Einschränkung, die mangels Kenntnis oft Archiven angelastet wird. Kleine Veränderungen, wie die Kennzeichnung von digital vorliegendem Material in Findmitteln und die steigende Komplexität der Internetpräsenz werden alltäglich werden.

Spannend waren Schwerpunktverschiebungen zu beobachten. So wandelte sich Digitalisierung vom Zusatzservice zur notwendigen Voraussetzung. Positiv zu bewerten sind Schritte in Richtung einer digitalen Verwaltung des Archivträgers zu bewerten. Zu hoffen ist, dass Archivierung hier von Anfang an mitgedacht wird.

■ Prof. Dr. Ulrike Höroldt

Geheimes
Staatsarchiv PK



Foto: Vinia Rutkowski

Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Die größten Herausforderungen für das GStA PK im Bereich der Fachaufgaben lagen und liegen in der Organisation der Benutzung in der Pandemie, da wir in Abhängigkeit von der jeweils gültigen Pandemiever-

ordnung, die jedoch für die Archive vielfach keine klaren Regelungen enthalten und interpretationsbedürftig sind, die Benutzung organisieren müssen. Anders als sonst sind Anmeldungen und Terminvergaben für die Nutzerinnen und Nutzer notwendig. Die Notwendigkeit des Vorhaltens von personellen Kapazitäten vor Ort (neben den Saaldiensten auch Magazindienste und Transport sowie Bildstelle) steht dabei leicht in Widerspruch zu den Vorgaben, möglichst umfassend Homeoffice zu ermöglichen. Abgesehen von dem ersten harten Lockdown im Frühjahr 2020, als ca. 80 % der Mitarbeitenden nicht im Archiv vor Ort waren, arbeiten bzw. arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des GStA PK daher entweder ganz im Archiv oder wechselweise, auch abhängig von der jeweiligen persönlichen und familiären Situation, im Homeoffice oder in Präsenz.

Dies alles zu regeln und im Blick zu behalten, erfordert einen hohen Aufwand, ist jedoch bisher gelungen. Dagegen konnten im Bereich der Erschließung und Onlinestellung nicht unerhebliche Fortschritte erzielt werden, v. a. infolge der Freiräume durch die zeitweilige komplette Schließung der Forschungssäle.

Daneben stellte vor allem in der ersten Phase der Pandemie die rasche Umstellung auf Homeoffice-Möglichkeiten, für die nur eingeschränkt die technischen Voraussetzungen geschaffen werden konnten (Kapazitäten für VPN-Verbindungen mussten erhöht werden, Notebooks beschafft werden) eine besondere Schwierigkeit dar, ebenso die Aufrechterhaltung des Zusammenhalts der Kolleginnen und Kollegen vor dem Hintergrund der Kontaktbeschränkungen. Hier erwiesen sich die Möglichkeiten über Videokonferenzsysteme als ein erstaunlich gutes Mittel, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erreichen, Informationen zu transportieren und sogar Fachdiskussionen zu führen.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Persönliche Begegnungen.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Die Pandemie und die damit einhergehenden Herausforderungen haben das GStA PK bzw. die ganze SPK im Bereich des Einsatzes von technischen Möglichkeiten v. a. für die Durchführung von Beratungen und

Konferenzen über Videokonferenzen sowie beim Ausbau von Digitalisierungs-Workflows erheblich vorangebracht. Es ist geplant, in der SPK künftig die Möglichkeit des mobilen Arbeitens auch jenseits der Pandemie zu ermöglichen. Die Durchführung von Fachkonferenzen über räumliche Grenzen hinweg hat sich als erstaunlich fruchtbar erwiesen, da hier Fachleute ihre Meinungen austauschen können, ohne weite Anreisen in Kauf zu nehmen. Dies kann die Diskussion sehr befruchten.

■ Jörg Wehling

Deutschlandradio



Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Wir sind glücklich, dass wir mit ganz, ganz wenigen Ausnahmen unsere Dienstleistungen für die Redaktionen des Deutschlandradio aufrecht erhalten konnten. Der Zugriff auf die Audiofiles stellt natürlich keine Schwierigkeit dar, aber auch die Digitalisierung von analogen Tonträgern haben wir über die Pandemiezeit organisieren können. Der komplett digitale Ablauf in der Dokumentation und Recherche sowie die umfangreichen Homeoffice-Möglichkeiten im Sender bieten uns gute Rahmenbedingungen für die pandemische Zeit. Die größte Herausforderung ist und bleibt die Kommunikation. Nur ein oder zwei Mitarbeitende befinden sich vor Ort, der Austausch erfolgt ausschließlich über Videokonferenzen.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Das ist eindeutig die direkte Kommunikation. Nicht nur, dass mein Flipchart im Büro eine Patina angelegt hat, auch der Dialog, die Debatten in Sitzungen sind naturgemäß mit dem ständigen Blick in den Bildschirm distanzierter geworden. Gerade in größeren Veranstal-

tungen ist das Reden gegen eine Wand von Kacheln eine Herausforderung. Damit schwindet aus meiner Sicht eine Bindung zum eigenen Haus und es kann durchaus auch die Motivation für die tägliche Arbeit schwinden.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Gelernt habe ich, dass die digitale Ausstattung des Deutschlandradio sehr gut ist und wir damit über eine stabile Infrastruktur verfügen. Es gibt aber erheblich mehr Kommunikationsbedarf und die Tage sind mit einer Vielzahl von Videokonferenzen gepflastert. Da ist eine Menge Sitzfleisch von Nöten. Die Videokonferenzen werden definitiv bleiben, da somit die Distanz zweier Standorte im Deutschlandradio auch ohne viele Dienstreisen stärker überwunden werden kann. Die Gestaltung eines guten Mixes aus virtueller und direkter Kommunikation wird die Herausforderung der nahen Zukunft sein. Digitale Fortbildungen, analoge Feedback-Gespräche und die Nutzung von wesentlich mehr digitalen Planungs- und Kommunikationstools wird mein geliebtes Flipchart sicherlich bald vollständig ablösen. Keine schlechte Aussicht auf dem Weg zum vollständig digitalen Medienarchiv.

■ Dr. Henning Pahl

Evangelisches
Zentralarchiv



Foto: Jan Brüning

Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Als wir den Lesesaal des Evangelischen Zentralarchivs aufgrund der Pandemieentwicklung am 17. März 2020 für die Benutzung sperren mussten, wussten wir noch nicht, dass damit ein Prozess des Lernens und der Neuorganisation eingeleitet werden würde, der bis heute anhält. Die etablierten Arbeitsweisen, die gewohnten Routinen waren von heute auf morgen nicht mehr möglich. Die meiste Arbeitszeit verbrachten alle Kollegen

von da an im Homeoffice. Glücklicherweise konnte die Evangelische Kirche in Deutschland quasi über Nacht für alle Mitarbeitenden VPN-Verbindungen einrichten, so dass der Zugriff auf alle Büro- und Archivdaten von zu Hause problemlos möglich war. Aber durch den Wegfall der gewohnten Arbeitsumgebung, des direkten Zugriffs auf das Archivgut und der persönlichen Nähe zu Kollegen und zu unseren Benutzern veränderte sich der Arbeitsalltag erheblich. Schnelle Absprachen waren nicht mehr möglich, die Kommunikation musste erst neue Wege finden. Videokonferenzen waren anfangs steif und ungenau. Mit den Benutzern wurde nur noch digital oder am Telefon kommuniziert. Die Entfernung zum Archivgut verzögerte die Arbeitsprozesse und wirkte demotivierend. Mit zunehmender Dauer der Krise wuchs der Bearbeitungsaufwand je Anfrage, denn Benutzer konnten je länger je weniger getröstet werden. Also übernahmen die Archivmitarbeiter, wo es möglich war, die zeitaufwändige Auswertung des Archivguts. Alternativ wurden großzügiger als jemals zuvor (meist digitale) Kopien von Archivgut erstellt, online bereitgestellt oder versandt. Die Digitalisierung und Online-Stellung von Archivgut erhielten in der Krise einen enormen Schub. Die Benutzer zeigten in dieser Zeit großes Verständnis für die Einschränkungen und zugleich große Dankbarkeit für die Recherchen und Reproduktionen, die wir für sie machten.

Zugleich schuf die neue Situation für uns auch Freiräume. Dadurch, dass Erschließung kaum noch möglich war – denn das Archivgut durfte ja nicht mit nach Hause genommen werden –, war plötzlich Zeit für Arbeiten, die seit Jahren auf Erledigung warteten: Neben allgemeinen Aufräumarbeiten waren das zum Beispiel konzeptionelle Tätigkeiten, Datenbankbereinigungen, die Übertragung analoger Abgabelisten in unsere Archivdatenbank oder auch die Neuorganisation der Magazinhygiene. Die kollegiale Zusammenarbeit mit anderen Archiven und Kollegen an anderen Orten, die anfangs durch den Wegfall der Dienstreisen fast völlig zum Erliegen gekommen war, erholte sich bald wieder. Videokonferenzen etablierten sich, und man lernte deren Vorteile, die Einfachheit und den Zeitgewinn, schnell zu schätzen.

Unzulänglich ist die Situation seit März 2020 im Bereich der Fachpraktika. Viele Monate lang wurden gar keine Praktika angeboten, seit Herbst 2020 nur eine

sehr reduzierte Anzahl, da deren Betreuung schwierig geworden ist und aufgrund der neuen Raumbelagungs-vorschriften kaum Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Die Archivbenutzer.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Die Krise hat uns gezeigt, wie flexibel wir im öffentlichen Dienst sein können. Innerhalb von wenigen Wochen haben wir unsere Arbeitsweise und unsere Zusammenarbeit von Grund auf neu organisiert. Und aus der Not entstanden viele Lösungen, die die Krise überdauern werden, nämlich unser ausgeweitetes Angebot zur Digitalisierung und Online-Stellung von Archivgut und der Einsatz von Videokonferenzen zur effizienten Koordinierung unserer Zusammenarbeit. Andere Begleiterscheinungen der Pandemie werden hoffentlich bald wieder wegfallen: die Distanz zu unseren Kollegen, unseren Benutzern und unserem Archivgut. Und auch die vielfältigen Vorkehrungen zum Infektionsschutz, die wir seit Mai 2020 in der Anwendung haben, werden langfristig hoffentlich wieder wegfallen können.

■ Dr. Florian Kiuntke

Siemens Historical
Institute



Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Da sich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überwiegend im Homeoffice befinden, verzögert sich mitunter die Beantwortung von internen und externen Anfragen, denn nicht alles liegt in digitaler Form vor. Das wird mit Blick auf das Alter und den Umfang unserer Bestände auch nie möglich sein. Die Übernahme von Beständen ist unter Einhaltung der geltenden Hygienemaßnahmen aber weiterhin möglich. Bei der Di-

gitalisierung, Erschließung und Verzeichnung von Beständen arbeiten wir teilweise mit externen Dienstleistern zusammen. Das funktioniert auch in diesen Zeiten.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Den täglichen direkten Kontakt mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Online-Meetings können die „normalen“ Teammeetings nicht vollständig ersetzen) und die Möglichkeit, Dinge ganz schnell auf Zuruf klären zu können, ohne extra zum Telefon greifen zu müssen oder einen Besprechungstermin anzuberaumen. Und mir fehlt auch der spontane Gang ins Archiv, um anhand der Akten Antworten auf historische Fragen zu finden.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Wir sollten uns allgemein mehr Veränderung zutrauen, als wir das vielleicht vorher getan haben. Viele haben sich vor der Pandemie funktionierende Abläufe über rein digitale Kommunikation nicht vorstellen können. Und doch hat einiges funktioniert. Auch ich muss sagen, ich bin überrascht.

Das Wissen darum, dass mein Team auch im Homeoffice perfekt funktioniert und alle anstehenden Projekte meistert. Dazu muss man aber wissen, dass meine Mitarbeitenden schon sehr lange zusammenarbeiten und sich über die Zeit sicher eine besondere Vertrauenssituation aufgebaut hat, von der wir heute zehren. Ich kann mir vorstellen, dass die rein virtuelle Zusammenarbeit aus dem Homeoffice z. B. für ein komplett neu zusammengestelltes Team noch einmal ganz andere Herausforderungen bietet.

Wir sollten uns immer wieder die Frage stellen: Gibt es neue Entwicklungen z. B. in der Digitalisierung, die uns helfen können, uns unser Leben zu erleichtern? Aus meiner Sicht brauchen wir keine Angst vor dieser Veränderung haben, solange wir kreativ mit den neuen Möglichkeiten umgehen.

■ Prof. Dr. Elke Freifrau von Boeselager

Politisches Archiv
des
Auswärtigen Amts



Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Das Politische Archiv ist eine Arbeitseinheit innerhalb eines großen Ministeriums und hat sich an die Richtlinien des Hauses zu halten, etwa, was den Zugang betrifft. Die internationalen Wissenschaftler, die einen sehr großen Teil unserer Kunden darstellen, wollten nun digitale Kopien haben. Dafür mussten Arbeitsabläufe im Archiv umgestellt werden, Aufgaben neu verteilt und Zuständigkeiten geändert werden. Und dafür um Verständnis auf beiden Seiten, bei Kollegen und Nutzern, geworben werden.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Einheitliche Regelungen seitens der Bundesregierung. Es war ein Managen von Woche zu Woche, was die Kollegen, die unterschiedlich flexibel sind, ziemlich herausforderte.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Die Entscheidung für unser großes Digitalisierungsprojekt von 2016 bis 2018, bei dem wir 18,5 Millionen Dokumente digitalisieren konnten, darunter die am meisten genutzten, war super. Wir hätten sonst die Anfragen der ausländischen Wissenschaftler nicht so schnell und ausführlich beantworten können. Dadurch konnten wir unser hohes Service-Level halten.

Wir haben uns in der Krise auf die Beantwortung der Anfragen zur Unterstützung der Wissenschaftler und auch unserer Kollegen im Auswärtigen Amt in der Zentrale und den Auslandsvertretungen konzentriert und Erschließungsaufgaben erst einmal zurückgestellt. Das war auch deshalb nötig, weil nicht alle Kollegen gleichzeitig anwesend sein, sondern sich Arbeit ins Homeoffice mitnehmen sollten. Aber nicht jeder Arbeitsbereich ist geeignet für Homeoffice, etwa der Le-

sesaal- oder Magazindienst. Das bringt natürlich Diskussionen mit sich. Kollegen können auch über sich hinaus wachsen – oder einfach abtauchen. Es menscht eben einfach auch in der Krise. Ich habe sehr viel mehr telefoniert mit meinen Kollegen, um den Kontakt zu halten, weil man sich ja nicht begegnete. Und Videokonferenzen sind zwar eine tolle Sache, in der Vielzahl werden sie aber auch etwas nervig.

■ Dr. Aleksandra Pawliczek

Universitäts-
archiv der
Humboldt-
Universität
zu Berlin



Was waren die größten Herausforderungen der aktuellen Situation für Ihr Archiv?

Zum einen war zu beobachten, dass die gesamte Verwaltung der Universität und der UB (deren administrativen Teil das Archiv bildet) überlastet waren: einige Vorgänge zogen sich unnötig lange hin, was die Arbeit erschwerte und erschwerte, andere wiederum (besonders die IT-basierten) erfuhren einen plötzlichen und sehr zu begrüßenden Aufschwung. Erschließung konnte während des ersten Lockdowns nicht stattfinden, da das gesamte Team des Archivs von zu Hause aus arbeitete. Stattdessen konnten wir Aufgaben ausführen, die mit Sicherheit nicht als erste Priorität unserer Arbeit gelten und daher ohne den Corona-Rahmen aus zeitlichen Gründen niemals hätten ausgeführt werden können (v. a. Retrodigitalisierung von analogen Findhilfsmitteln).

Zunächst war die Zahl der Anfragen an das Archiv (März bis ca. August 2020), die ohnehin einen Großteil unseres täglichen Workflows binden, stark gesunken. Sie hätten auch nur auf der Ebene der Datenbankeinträge beantwortet werden können. Seit der zweiten Schließung im November 2020 ist diese Zahl wieder extrem angestiegen, damit verbunden auch die Zahl der Reproduktionsaufträge (im März 2020 haben wir bereits ca. 60 % der gesamten Vorjahreswerte erreicht).

Hier merke ich einen gestiegenen Personal- und Ressourcenbedarf.

Übernahmen (Nachlässe) haben nicht stattgefunden – dies ergibt sich jedoch aus der besonderen Situation unseres Archivs: Ein neues Magazin ist vor kurzem fertiggestellt worden und wird hoffentlich bald übergeben werden. Wir waren also auch ohne den Corona-Ausnahmestand nicht übernahmefähig. Die Pandemie hat allerdings die Bauarbeiten verzögert, so dass der ursprüngliche Termin zur Übernahme des Magazins nun mehr als ein Jahr später stattfinden wird.

Was haben Sie am meisten vermisst?

Als die ersten Lockerungen im Sommer kamen, nachdem wir fast drei Monate lang ausschließlich von zu Hause aus gearbeitet hatten, waren alle Kolleginnen und Kollegen froh, wieder im Büro sein zu dürfen. Die Rückkehr zum kollegialen Austausch, die Fortsetzung der als genuin empfundenen Aufgaben – Recherche, Verzeichnung, Bestandserhaltung – wurden ausdrücklich begrüßt. Auch die vorübergehende Öffnung des Lesesaals (wenngleich unter strengen Ausnahme-Regelungen – z. B. nur drei Benutzer am Tag) wurde als Rückkehr zu einer Art Normalität empfunden.

Insofern: vermisst wurde in erster Linie der Alltag, der Austausch, untereinander als auch mit den Benutzern.

Was lernen Sie aus der Krise? Was wird bleiben?

Es ist eindeutig abzusehen, dass die digitale Entwicklung nicht aufzuhalten ist. Die Zoom-Meetings, die eine Reihe von Dienstgängen und Dienstreisen ersetzt haben – und in der Tat auch ersetzen konnten – sparen nicht nur Arbeitszeit und Kosten, sondern machen es möglich, einen häufigeren Austausch mit räumlich weit entfernten Kollegen intensiver zu gestalten. Das ist ein sehr positiver Nebeneffekt der Krise.

Auch werden die elektronischen Dienste – seien es Findbücher, seien es Aktendigitalisate – in Zukunft eine viel größere Rolle spielen (müssen). Heute sind sie ein „nice to have“, aber in Zukunft werden sie vermutlich ein „must have“ werden, natürlich auf rechtlich relevanter Grundlage.

Das bedeutet aber: mehr Ressourcen auf diesem Gebiet, und auch mehr Know-how. Die traditionellen Archivare sind nicht für ihre digitale Affinität bekannt,

werden sich aber den schon lange formulierten Anforderungen und Erwartungen nicht entziehen können. Digitale Lesesäle, Online-Portale etc. werden eine immer zentralere Rolle spielen müssen. Dennoch: Unsere Kernaufgabe, die Verzeichnung, die jeder digitalen Verfügbarmachung vorausgehen muss, kann nur vor Ort stattfinden, das haben wir in den vergangenen Monaten deutlich zu spüren bekommen. Archivarbeit lässt sich nicht vornehmlich im Home Office erledigen, die Anwesenheit vor Ort und die Nähe zu unserem Material ist entscheidend und zentral.

Im Moment arbeiten wir im Wechsel: mehrheitlich im Büro, an einzelnen Tagen auch von zu Hause aus. Der Lesesaal ist leider weiterhin geschlossen. Die Zahl der Aufgaben hat nicht abgenommen, ihre Erledigung dauert zuweilen viel länger als früher. Aber immerhin haben wir auch wieder Zeit zum Verzeichnen und dafür, das neue Magazin bald beziehen zu können.

Aus dem Landesverband Berlin im VdA

■ 5. Berliner Archivstammtisch

Der 5. Berliner Archivstammtisch fand diesmal – ganz der Coronapandemie und ihren Auswirkungen geschuldet – online statt. Am 25. März 2021 trafen sich acht Teilnehmende vor den Bildschirmen und tauschten sich in geradezu lebendiger Weise über die aktuelle Situation ihrer derzeitigen Arbeitswelt aus. Zunächst kamen die Öffnungsmöglichkeiten der Lesesäle und die damit verbundenen eingeschränkten Benutzungsbedingungen zur Sprache.

Mitgefühl wird unverändert den Benutzerinnen und Benutzern mit termingebundenen Qualifizierungsarbeiten entgegengebracht. Archive mit fortgeschrittenem Digitalisierungsstand ihrer Bestände haben derzeit einen unverkennbaren Vorteil für die Nutzung. Unverändert gehen jedoch Anfragen ein, die nur vor Ort recherchiert und beantwortet werden können. Alsbald schloss sich die Schilderung von Homeoffice-tauglichen Tätigkeiten an. In Abhängigkeit der Erwartungen und Regelungen der jeweiligen Archivträger gestalten sich die Präsenz- und Homeofficephasen der Mitarbeiterschaft.

Hieraus haben sich nicht nur organisatorische Mehraufwände ergeben, sondern auch Tätigkeitsschwerpunkte und Priorisierungen verschoben. Beispielsweise werden in einigen Häusern verstärkt konzeptionelle Arbeiten erledigt, Homepages überarbeitet, Online-Findmittel erstellt oder Datenbanken gepflegt.

Die Abschlussfrage an alle Teilnehmenden – Was fehlte Euch im letzten Jahr am meisten? – brachte nochmals ein spannendes Potpourri: Öffentlichkeitsarbeit, Archivführungen, Akquisegespräche, Zeitzeugeninterviews, Weiterbildungen, die Normalität der Begegnungen und schließlich die Kolleginnen und Kollegen sowie Benutzerinnen und Benutzer. Diesem Bild ist nichts hinzuzufügen. Der nächste virtuelle Archivstammtisch ist bereits in Planung!

Ines Oberling

■ Berliner Archivtag 2021

Die Bekämpfung der Pandemie entwickelt sich positiv und Lockerungen sind in Sicht. Ob aber im November, dem mittlerweile traditionellen Zeitraum für den Berliner Archivtag, wieder eine unbefangene Tagung in der realen Welt mit persönlichen Begegnungen möglich sein wird, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen. Daher hat der Vorstand des Landesverbands beschlossen, eine virtuelle Ausgabe des Archivtags zu planen. Über Themen, Ablauf und alle anderen Fragen werden wir Sie auf dem Laufenden halten. Freiwillige, die bei der Vorbereitung mithelfen wollen, und Interessenten, die Themen- oder Vortragsvorschläge machen wollen, können sich gern bei uns melden.

Torsten Musial

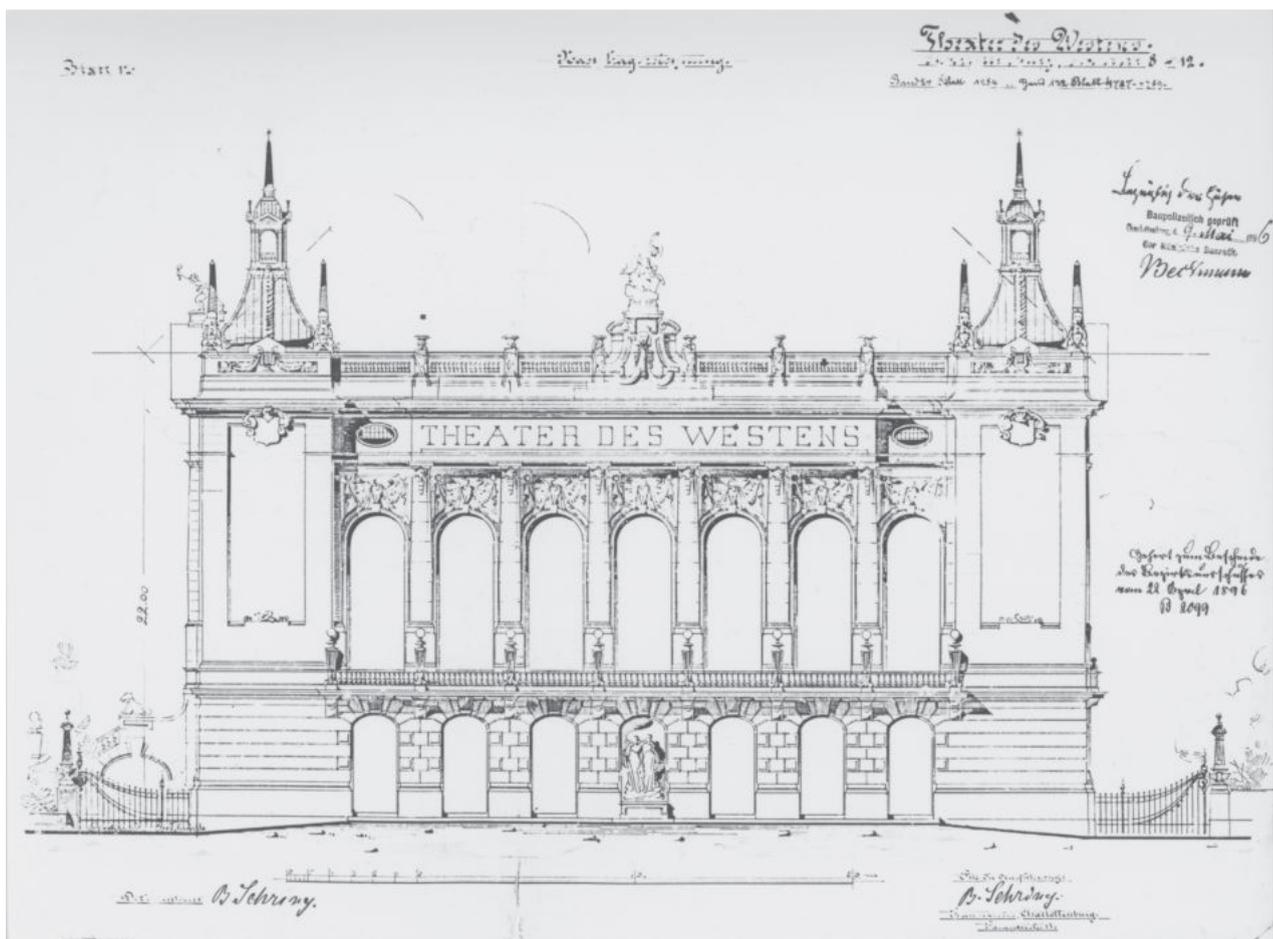
Aus den Archiven

■ Das Theater des Westens zwischen Zoo und Kurfürstendamm

So hieß ein Werbeslogan aus dem Jahr 1978, der Berlinreisende mit einer Wegbeschreibung in das Theater lockte. Seit 125 Jahren steht das Theater des Westens im heutigen Bezirk Charlottenburg. Seither wurde das Gebäude immer wieder umbenannt. Die Namen waren vielfältig: Goethe-Theater, Große Volksoper, Städtische Oper und Stage Theater des Westens. Gescheitert sind die Namensfindungen Gerhart Hauptmann Theater, Ley Oper und Morwitz Oper. Gründe

hierfür gab es viele, aber letztendlich waren diese Versuche immer ein Abbild lokaler Realitäten und politischer Umstände.

Die Idee, ein Theater vor Beginn des ersten Weltkrieges zu gründen, stand im Zeichen einer vielversprechenden, aufregenden Zeit. Der Erbauer, Bernhard Sehring, schmiedete erste Pläne zum Bau des Theaters gemeinsam mit seinem Freund, dem Schriftsteller Paul Blumenreich, im Gasthaus Zenner im Treptower Park. Schnell wurde eine Spielstätte auf dem Bierdeckel skizziert. Wichtig war den beiden Männern, dass dieses Theater aus Sandstein und Marmor errichtet werden sollte. Laut Bauakte kaufte Bernhard Sehring das 12.400 qm große Grundstück in der Kantstraße 8 bis 12



Fassadenbauzeichnung von Bernhard Sehring

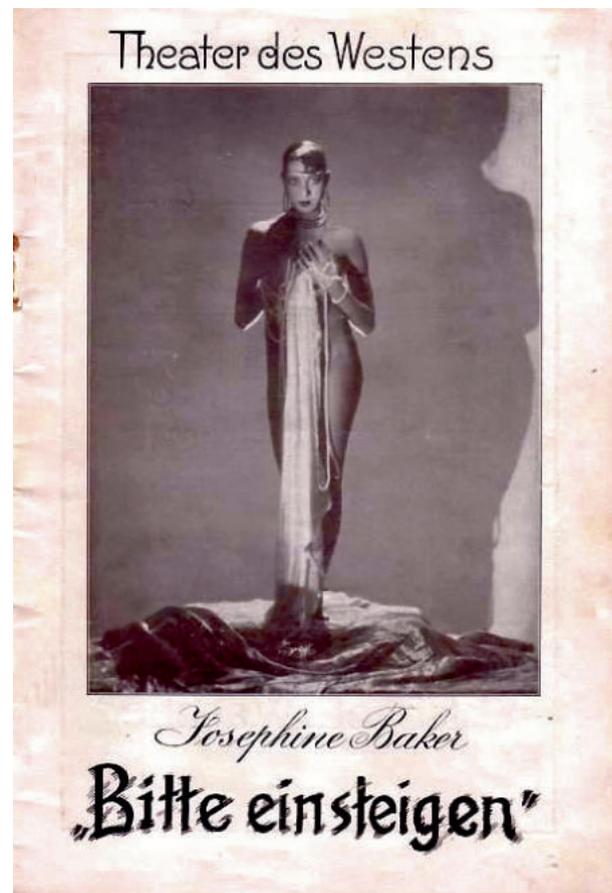


Der Gründer des Theaters des Westens Bernhard Sehring

von einem Herrn Tornow. Es lag in unmittelbarer Nähe seines Wohnsitzes in der Fasanenstraße, im Künstlerhaus St. Lukas. Am 4. September 1895 fand die Grundsteinlegung statt. Auf die Anwesenden mag sie wie eine Werbeveranstaltung gewirkt haben, denn Sehring brauchte weitere potente Geldgeber, um seinen Theaterbau fertig stellen zu können. So warb er um Sponsoren für die Beleuchtung der Logen, um den Teint der Damen im rechten Licht zu zeigen, oder versprach bei Zahlung von 10.000 Mark täglich zwei Logenplätze für die Abendvorstellung. Erst zwei Monate nach der Grundsteinlegung wurde die offizielle Baugenehmigung erlassen. Der Bauschein Nr. 514 zeugt davon. Die Weiherede verfasste Sehrings Kompagnon Paul Blumenreich, der später Geschäftsführer und Aufsichtsrat der Theater des Westens GmbH wurde. Der Schriftsteller Gerhart Hauptmann war der erste, der das Theater für fünf Jahre pachten wollte. Ein Felix Hollaender war als Geschäftsführer geplant, ebenso die Umbenennung

in Gerhart Hauptmann Theater. Grund für diese Pläne war wahrscheinlich eine Geldspritze von Gerhart Hauptmann, die dieser während der Grundsteinlegung angekündigt hatte. Doch aus diesen Plänen wurde nichts. Stattdessen übernahm der Architekt Albert Wichmann die Geschäftsführung von Blumenreich. Blumenreich selbst verließ enttäuscht die Theater des Westens GmbH, übernahm die Verwaltung der angebauten Wohnhäuser und gründete einen literarischen Aufsichtsrat.

Zu Sehrings engsten Freunden gehörten vorwiegend Bildhauer, Maler und Schriftsteller. Einige hinterließen ihre Kunstwerke im und am Gebäude des Theaters, um bei Sehring ihre Mietschulden für die Ateliers und Wohnstuben im nahe gelegenen Künstlerhaus St. Lukas



Programmheft zur Josephine-Baker-Revue „Bitte einsteigen“, 1928

zu begleichen. Am 16. September 1896, knapp über ein Jahr nach der Grundsteinlegung, begannen die ersten Proben. Die offizielle Eröffnung fand am 1. Oktober 1896 statt.

Schon vier Monate nach der feierlichen Eröffnung meldete die Theater des Westens GmbH Konkurs an und ging kurze Zeit später vom Pfandbesitz des Charlottenburger Kreditvereins an Sehrings Bruder, Hermann Sehring, über. Erst sieben Jahre später, im Jahr 1903, gehörte das Theater wieder Bernhard Sehring.

Angedacht waren für das Grundstück neben dem Theater des Westens, des heutigen Delphi-Palastes, mehrere Tennisplätze, eine Eisbahn oder ein Spielcasino. Am 1. Mai 1928 wurde schließlich der Delphi Tanzpalast eröffnet. Auch hier war Sehring Eigentümer und schuf damit rund um das Theater ein großes Bauensemble bestehend aus Wohnungen, Cafes und Tanzpalästen, verteilt auf mehreren Grundstücken von der Kantstraße 8-12a. 1935 war das Theater des Westens hoch verschuldet und wurde von Fritz Kreutzer, Leiter der Zweigstelle der Süddeutschen Bodenkreditgesellschaft, zwangsverwaltet. 1951 ging das Theater des Westens ohne besonderes Aufsehen vom Bezirk Charlottenburg in den Besitz der Stadt Berlin über.

■ Goethe-Theater

Alois Prasch, geboren in Böhmisches Leipa (Česká Lípa), Sohn eines Anwalts, war Schauspieler, Regisseur und Theaterdirektor. Seine Theaterlaufbahn führte ihn von Wien über Meinigen, Frankfurt am Main und Straßburg nach Berlin. Prasch vereinbarte 1897 mit dem Hauseigentümer des Theaters des Westens Bernhard Sehring

GROSSE VOLKSOPER
Theater des Westens Steinplatz 931

Fahrverbindungen: Stadtbahn; Untergrundbahn Bahnhof Zoologischer Garten; Autobus Linie E, 19
Straßenbahnlinien: 7, 31, 53, 54, 55, 64, 72, 76, 77, 79, 89, 93, 98, 154, 176, 177

7 1/2 Uhr Sonnabend, den 20. Dezember **7 1/2 Uhr**
Stammsitzabteilung 11
CARMEN

Oper in 4 Akten von Georges Bizet. Dichtung nach Mérimée Novelle von H. Meilhac und L. Halévy. Uebersetzt von J. Hopp
Spielleitung: Alex. d'Arnale. Musikalische Leitung: Isai Dobrowen. Bühnenausstattung: Hans Strohbach. Chore: Hans Galtenbeck

Carmen: Maria Schulz-Dornburg
Don José, Sergeant: Adolf Loeligen
Escamillo, Stierkämpfer: Werner Engel
Zuniga, Leutnant: Franz Bauer
Morales, Sergeant: Wilhelm Guttman

Micaela, ein Bauernmädchen: Sonja Yergin
Dancosiro: Wilhelm Guttman
Remendado: Kurt Widmann
Fraggitta: Anni Fried
Morales: Ida Harth zur Nieden

Soldaten, Straßenjungen, Zigarettenarbeiterinnen, Zigeuner, Zigeunerinnen, Schmuggler, Volk
Der Tanz im vierten Akt ist einstudiert von Nini Wilens, ausgeführt von Nini Wilens, Leni Bowitz, Inez Meisina u. d. Damen der Tanzgruppe
Ort und Zeit der Handlung: Spanien 1820. Größe: Pause nach dem 2. Akte. Ende 10 1/2 Uhr

Generalmusikdirektor **LEO BLECH** Sonntag, 28. Dezember: **DON JUAN**

7 1/2 Uhr Sonntag, den 21. Dezember **7 1/2 Uhr**
Stammsitzabteilung 12
BORIS GODUNOW

Musikalisches Volksdrama in 9 Bildern nach Puschkina und Karamzin von Modeste Moussorgsky
Bearbeitet und instrumentiert von N. Rimsky-Korsakow. Deutsch von M. Lippold
Spielleitung: Alexander d'Arnale. Musikalische Leitung: Isai Dobrowen. Chore: F. as Galtenbeck

Boris Godunow: Leo Schützendorf
Feodor | seine Kinder: Lia Faldauer
Xenia: Elsa d'Heureuse
Xenias Amme: Ida Harth zur Nieden
Fürst Wassili Iwanowitsch Schtschikij: Alfred Ernesti
Andrej Schtschekalow, Geheimschreiber: Wilhelm Guttman
Pimen, Chronikschreiber, Eremit: Hans Hermann Niss n
Der hässliche Dimitri (genannt Grigori): Otmnar Graaow
Marina Mniszek, Tochter des Wojwoden von Sandomir: Berta Malkin
Rangoni, geheimer Jesuit: Wilhelm Guttman
Warisam | Vagabunden: Otto Gorli
Missal: Kurt Widmann

Eine Schenkwirtin
Ein Hauptmann
Der Einläufige
Nikolitsch, Vogt
Ein Leibbojar
Bojar Chruschtschow
Lowlky
Tschernjakowsky | Jesuiten
1. Bäuerin
2. Bäuerin
1. Bauer
2. Bauer

— Hedwig Serwik
— Gottfried Hagedorn
— Albert Reiß
— Gottfried Hagedorn
— Ladislav Valja
— Gerhard Fechner
— Wilhelm Guttman
— Santo Rabinowitsch
— Lola Polajewer
— Ine Maria Scholz
— Jakob Frischmann
— Santo Rabinowitsch

Zeit der Handlung: 1598-1605
1. Bild: Hof im Jungfrauenkloster in Moskau. 4. Bild: Eine Schenke an der litauischen Grenze. 7. Bild: Schloßpark von Sandomir
2. Bild: Pinnas Zella. 8. Bild: Zimmer im Kremel. 8. Bild: Waldlichtung bei Kromy
3. Bild: im Kremel. 8. Bild: Marinas Gemach. 9. Bild: Bojarsdunns

Größere Pause nach dem 3. und 7. Bild. Ende gegen 11 Uhr

Vorverkauf täglich ab 10 Uhr vormittags an der Tageskasse des Theaters des Westens, bei A. Wertheim, im Invalidendank und bei sämtlichen Billetverkaufsstellen

Anfragen, denen kein Rückporto beiliegt, bleiben unbeantwortet

PASQUALE AMATO als **BORIS GODUNOW**
zum ersten Male in Deutschland am Donnerstag, den 25. Dezember (1. Feiertag)

Montag, den 22. Dezember, 7 1/2 Uhr: **Martha Zar u. Zimmermann**
Dienstag, den 23. Dezember, 7 1/2 Uhr: **Geschlossen**
Mittwoch, den 24. Dezember, 7 1/2 Uhr: **Geschlossen**
Donnerstag, den 25. Dezember, 7 1/2 Uhr: **Boris Godunow**

Freitag, den 26. Dezember, 7 1/2 Uhr: **Die Fiedermus Mignon**
Sonnabend, den 27. Dezember, 7 1/2 Uhr: **Mignon**
Sonntag, den 28. Dezember, 7 1/2 Uhr: **Don Juan**
Montag, den 29. Dezember, 7 1/2 Uhr: **Lothario**

Sonnabend u. Sonntag, sowie an allen 3 Feiertagen, nachm. 4 Uhr: **Dornröschen** (Gastspiel der Rotterbühnen)

Druck von Hasek & F. armann, Berlin O. Kreuz. 68

Plakat der Großen Volksoper von 1924

einen Pachtvertrag und taufte das Theater in Goethe-Theater um. Das Goethe-Theater ging allerdings bald bankrott und wurde für kurze Zeit geschlossen. Prasch erhielt sechs Jahre später eine zweite Chance und pachtete ab 1903 das Theater nochmals für fünf Jahre. Allerdings verstarb Alois Prasch am 20. Februar 1907 in Prag überraschend im Alter von 52 Jahren. Die Todesursache ist bis heute unbekannt. Er hinterließ seine Frau, die Schauspielerin Auguste Prasch-Grevenberg, und den gemeinsamen Sohn Rolf (Rudolf) Prasch.

■ Große Volksoper

Am 1. September 1922 zog die größtenteils politisch rechts gesinnte Große Volksoper AG in das Theater ein, das daraufhin in Große Volksoper umbenannt wurde. Theaterdirektor und Direktor der Aktiengesellschaft war NSDAP-Mitglied Otto Wilhelm Lange. Sein Finanzmodell, sich durch den Ankauf von Aktien zu finanzieren, verbunden mit dem Versprechen günstiger Eintrittskarten, scheiterte jedoch. Hinzu kam, dass die gezeigten soliden Alltagsopern zu langweilig waren für das Publikum der wilden 1920er Jahre in Berlin. Die finanzielle Schräglage wurde immer größer. Im Januar 1925 stellte die Große Volksoper den Spielbetrieb ein. Ab 1935, während der Zeit der Nazidiktatur, wurde das Theater nochmals in Volksoper umbenannt.

■ Städtische Oper

Im zweiten Weltkrieg blieb das Gebäude in der Kantstraße durch die Bombardierungen der alliierten Streitkräfte fast verschont. Nur einige Einschüsse am Dach wurden geflickt, der vordere Balkon repariert und die Halbrundfenster wieder einfach verglast instandgesetzt. Aus dem ehemaligen Theater des Westens wurde 1945 die Städtische Oper, da das Opernhaus in der Bismarckstraße durch Bombentreffer stark beschädigt war.

Generaloberst Nikolai Erastowitsch Bersarin erreichte am 21. April 1945 mit seiner 5. Stoßarmee Berlin, woraufhin er zum ersten Stadtkommandanten ernannt wurde. Schon am 14. Mai 1945 berief Bersarin den Opernregisseur Heinz Tietjen zum Generalintendanten der Berliner Opernhäuser, so auch für die Städtische Oper. Bersarin kam am 16. Juni 1945 bei einem Motorradunfall mit einem sowjetischen LKW-Konvoi in Berlin-Friedrichfelde ums Leben. Bis heute ranken sich Gerüchte um den Tod Bersarins. So gibt es auch Theorien zu einem Mordanschlag, in Auftrag gegeben vom russischen Geheimdienst NKWD, um den allzu menschenfreundlichen Stadtkommandanten zu liquidieren.

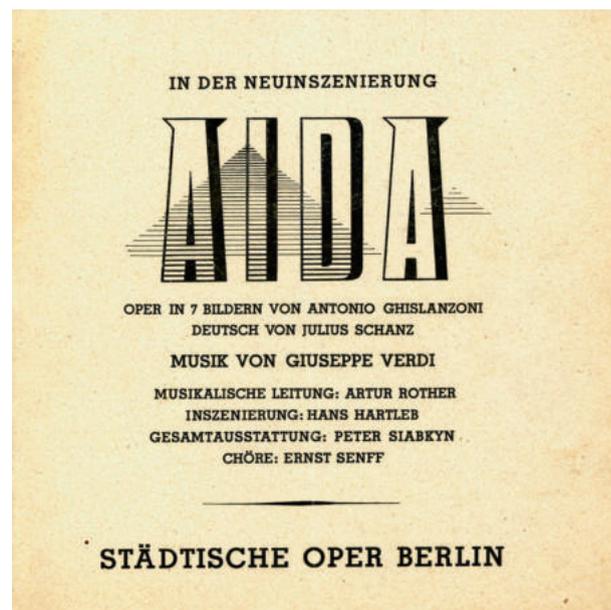
Neben der New Yorker Metropolitan Opera oder der Mailänder Scala stand die Städtische Oper in ihrer Blütezeit von 1945 bis 1961 diesen großen Häusern in nichts nach und erfreute sich weltweiter Aufmerksam-



Eintrittskarte von 1941

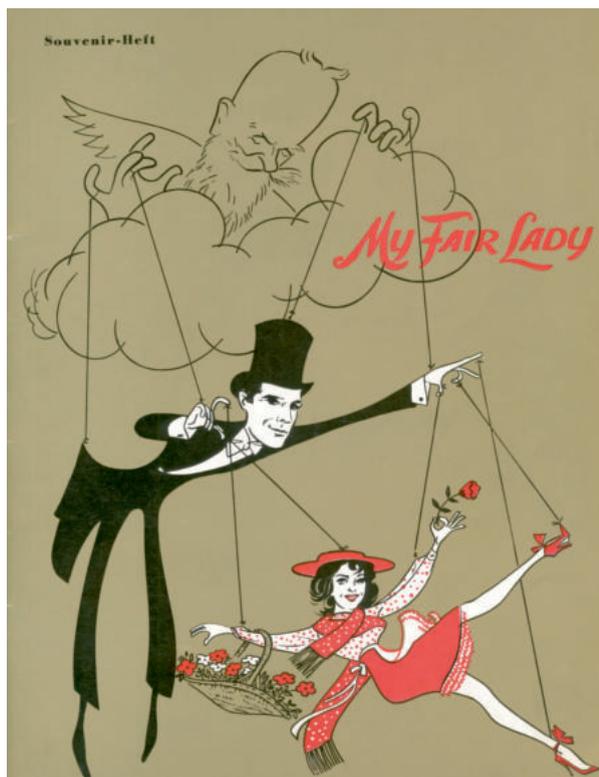
keit. Hier arbeiteten die bekanntesten Stars der Opernwelt, darunter Maria Callas, Giuseppe Di Stefano, Herbert von Karajan, Sergiu Celibidache, Luchino Visconti oder Mary Wigman.

Von 1954 bis 1961 war der Schauspieler und Regisseur Carl Ebert Intendant der Städtischen Oper. Ebert hatte Deutschland nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten verlassen. Er gründete in England das Glyndebourne Festival und in der Türkei im Auftrag von Kemal Atatürk die Oper- und Schauspielerschule des Ankara-Konservatoriums.



Programmzettel zur Neuinszenierung von „Aida“ an der Städtischen Oper, 1948

Die Deutsche Oper in der Bismarckstraße wurde 1961 eröffnet. Ein Umzug in das neue Haus war von Anfang an geplant. So wurde in den letzten Jahren nicht mehr allzu viel in das Gebäude in der Kantstraße investiert. Das bekamen die neuen Intendanten, die Wöllfers, die das Theater des Westens nach der Städti-



Souvenir-Heft zur Inszenierung von „My fair Lady“, 1962

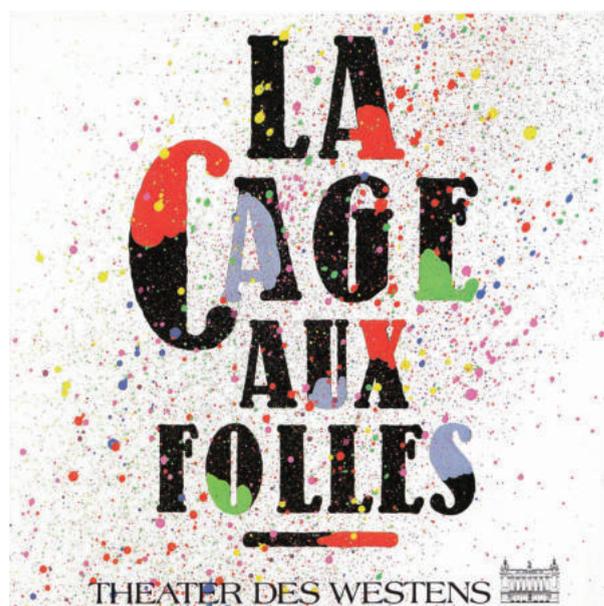
schen Oper von der Stadt Berlin mieteten, vor der Premiere von „My Fair Lady“ zu spüren. Mit dieser Premiere begann kurz nach dem Mauerbau eine ganz neue Ära im deutschsprachigen Raum. Das Genre Musical war nun auch in Deutschland angekommen. „My Fair Lady“ wurde als deutschsprachige Erstaufführung in der Fassung von Frederick Loewe ganze 1.200 Mal im Theater des Westens gespielt.

■ Stage Theater des Westens

2003 mietete die niederländische Stage Holding GmbH das Theater des Westens. Im August 2005 wurde die GmbH in Stage Entertainment umbenannt und ab 2011 auch das Theatergebäude in Stage Theater des Westens. Das Unternehmen zeigt in der Kantstraße wechselnde Musicals im Verbund mit den weiteren Theaterhäusern in Deutschland, Spanien, Russland, Frankreich, Italien und New York.

Aus den zahlreichen Hinterlassenschaften der wechselnden Intendanten konnte 2003 ein Archiv gegründet werden. Das Archiv ist aus fünf großen Bestandteilen zu einer Einheit verschmolzen. Darunter

befinden sich die Archivalien der Intendanz, Presseabteilung, Tonabteilung und der Technischen Leitung. Den fünften Bestandteil bilden zahlreiche private Sammlungen einzelner Mitarbeiter. Auf 36 qm Grundfläche befinden sich auch beeindruckende kleine Schätze wie originale Programmzettel und Besetzungshefte, in denen Stars wie Enrico Caruso, Josephine Baker oder Maria Callas aufgeführt werden oder auch handschriftliche Briefe von Billy Wilder, Harald Juhnke oder Peter Zadek. Die Sammlung umfasst 106 Textbücher, ca. 600 Videos, über 5.000 Fotos, Plakate, 679 Programmzettel, Tonaufzeichnungen ab 1980, Diapositive der Technischen Leitung von 1990 bis 1996, Pressematerial von 1896 bis 1945 und ab 1980 bis heute, Tagespläne von 1986 bis 2002 sowie einen Gesamtspielplan seit Gründung des Theaters. Das Archiv ist im Besitz des gesamten Bestandes aller Bühnenjahrbücher (1915–2020) und des Neuen Theater Almanachs (1904–1915). Darüber hinaus existiert ein



Programmheft zur Revue „La Cage aux Folles“, 1984

Mitarbeiterverzeichnis von 1896 bis 1961. Am 25. Oktober 2019 ist das Archiv des Theaters des Westens innerhalb des Theatergebäudes in einen repräsentativen Ort im Vorderhaus umgezogen. Seither sind weitere Kontakte zu internationalen Wissenschaftlern, anderen Archiven sowie zu ehemaligen Mitarbeitenden und deren Familienangehörigen entstanden.

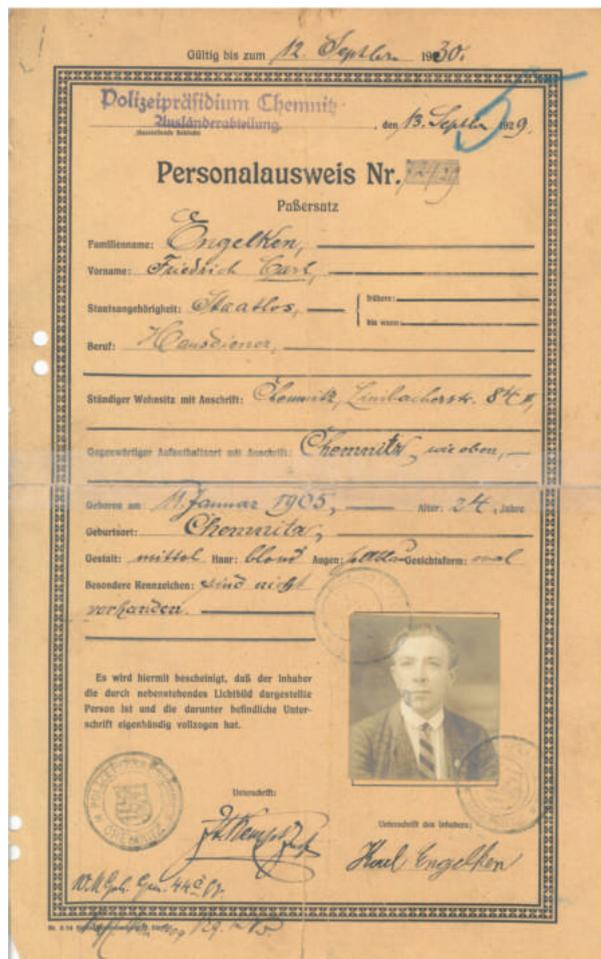
Thimo Butzmann

■ Konsulatsmatrikel und Passregister – eine zentrale Quelle, wenn man Deutsche oder Deutscher werden will

Familienforschung ist in den vergangenen Jahren auch in Deutschland ein verbreitetes Hobby geworden. In Archiven sind die Genealogen nicht die beliebteste Kundschaft, aber in Stadt- und Kirchenarchiven oft die häufigsten Nutzer. Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes spielt die Recherche nach den Vorfahren keine herausragende Rolle. Umfangreiche biographische Information ist hier nur für ehemalige Angehörige des Auswärtigen Dienstes zu erwarten, von denen Personalakten überliefert sind.

Weil es aber ein weit verbreiteter Irrtum ist, dass das Auswärtige Amt mindestens in der Vergangenheit (und vielleicht auch heute noch) auf irgendeine Weise über alle Auslandsreisen deutscher Staatsangehöriger informiert gewesen sei, kommt es immer wieder zu skurrilen Anfragen nach dem Großvater, der irgendwann einmal in grauer Vorzeit nach Luristan gereist ist, worüber es im Politischen Archiv doch sicher Akten gäbe. Das ist selbstverständlich nicht der Fall!

Noch bis 1914 reiste man weitgehend ohne den generellen Zwang, einen Reisepass mit sich zu führen. Die Ausstellung eines solchen war ohnehin nicht Aufgabe des Auswärtigen Amtes; das erledigten, wie heute ja auch, die lokalen Behörden. Und wollte jemand aus



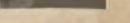
Personalausweis eines Auswanderers aus Chemnitz (PAAA RAV 63/1, Konsulat Curitiba)

Deutschland auswandern, so war es keineswegs das Auswärtige Amt, das ihm bürokratische Hemmnisse in den Weg legte. Ganz abgesehen davon, dass große Auswanderungswellen lange vor der Gründung des Deutschen Reichs und der Schaffung des Amtes stattfanden.

So verwahrt das Politische Archiv also we-



Die Familie, die ein nach Brasilien ausgewandelter junger Mann in Friesland zurückließ (PAAA RAV 63/1, Konsulat Curitiba)

Auftrags-Nr.	115										Angabe der			Zug der Eintragung des Schutzbüchchens	Zug der Eintragung der Erlaubnis der Einbürgerung	Veranlassung der Einbürgerung	Bemerkungen
	Vor- und Zunahme	Stand oder Gewerbe	Religion	Geburtsjahr	Geburtsort	Wohnort	Empfängerort	Staatsangehörigkeit	Nachweis der Schutzbüchchens	Alter	Abgaben	Kinder					
581	Leopold, Leo	Klein	jüd.	1878	Wien	Rio	Rio	Österr.	Pass Nr. 111 v. 1911	24/1/37				Polystoffen			
2	Flechtmann	Lehrer	evang.	1866	Halle	Halle	Preuss.	Preuss.	Pass Nr. 192 v. 1911	24/1/37				Gerhard Flechtmann			
3	Hoffmann	Lehrer	evang.	1876	Halle	Halle	Preuss.	Preuss.	Pass Nr. 221 v. 1911	24/1/37				Hilene Hoffmann			
4	Behrman	Lehrer	evang.	1871	Halle	Halle	Preuss.	Preuss.	Pass Nr. 222 v. 1911	24/1/37				Lenka Behrman			
5	Stein Otto	Lehrer	evang.	1871	Halle	Halle	Preuss.	Preuss.	Pass Nr. 223 v. 1911	24/1/37				Otto Stein			
6	Goldschmidt	Lehrer	evang.	1875	Halle	Halle	Preuss.	Preuss.	Pass Nr. 224 v. 1911	24/1/37				Fräulein Goldschmidt			
7	Reiser	Lehrer	evang.	1875	Halle	Halle	Preuss.	Preuss.	Pass Nr. 225 v. 1911	24/1/37				Luise Reiser			
8	Schayer	Lehrer	evang.	1878	Halle	Halle	Preuss.	Preuss.	Pass Nr. 226 v. 1911	24/1/37				Johann Schayer			
9	Gieseler	Lehrer	evang.	1875	Halle	Halle	Preuss.	Preuss.	Pass Nr. 227 v. 1911	24/1/37				Pauline Gieseler			
10	Gieseler	Lehrer	evang.	1876	Halle	Halle	Preuss.	Preuss.	Pass Nr. 228 v. 1911	24/1/37				Pauline Gieseler			

Doppelseite aus der Konsulatsmatrikel der Deutschen Gesandtschaft in Rio de Janeiro, 1937 (PAAA AB 2/709)

der Einzelfallakten von Reisenden noch von Auswanderern. Dessen ungeachtet gehören eine ganze Anzahl von Passregistern und sogenannte Konsulatsmatrikel zum überlieferten Schriftgut. Was hat es damit auf sich?

Passregister und Konsulatsmatrikel

Benötigt ein deutscher Staatsangehöriger im Ausland einen neuen Ausweis, weil der alte vielleicht abgelaufen oder verloren gegangen ist, kann er nicht zum Bürgeramt seiner Heimatstadt gehen, er muss dazu die

Hilfe einer deutschen Auslandsvertretung in Anspruch nehmen. Wem jemals auf Mallorca der Pass gestohlen wurde, weiß was das bedeutet. Über die Ausstellung dieses Reisepapiers wird ein Registereintrag gefertigt. Heute in einer Datenbank, früher in einem Registerband. Leuchtet ein Passregister also noch leicht ein, so ist die Existenz von Matrikeln alles andere als geläufig.

Noch vor der Gründung des Deutschen Reichs erließ der Norddeutsche Reichstag 1870 ein Gesetz über den Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit. Danach verlor der Deutsche im Ausland nach Ablauf von zehn Jahren seine Staatsangehörigkeit, wenn er nicht im Besitz von gültigen Heimatpapieren

war oder sich in die Matrikel des zuständigen Konsulats eintragen ließ. Ein neues Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz schaffte 1914 den an ein Formalversäumnis gebundenen Verlust der Staatsangehörigkeit ab. An vielen Konsulatsorten wurden die Matrikel aber weitergeführt, sei es aus Gewohnheit, sei es, weil die betreffenden Personen so Rechtssicherheit schaffen wollten für Geschäfte in Deutschland oder von dort bezogene Renten und Pensionen. Seit 1938 galt dann eine generelle Meldepflicht für Reichsdeutsche im Ausland.

Die wenigsten Auswanderer haben sich damals in diese Matrikel einschreiben lassen. Der wohl wesentlichste Grund dafür war, dass diese Personen mit ihrer vorherigen Staatsangehörigkeit abgeschlossen hatten. Weil sie in der Regel nicht nach Deutschland zurückkehren wollten, legte die große Mehrzahl der Auswanderer auf den Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit keinen besonderen Wert. Das gilt insbesondere für jene Menschen, die aus armen bäuerlichen Verhältnissen der Not folgend in die Agrarwirtschaft Südamerikas ausgewandert waren. Tatsächlich sind in den Matrikeln im Vergleich zu der millionenfachen Auswanderung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts nur eine überschaubare Zahl von Menschen eingetragen. Es war eben ein spezieller Personenkreis, der den Eintrag in die Matrikel vornehmen ließ. Es war eher städtisches Bürgertum als die Agrarbevölkerung, außerdem zahlreiche Kirchenleute (Missionare, Missionsschwester), die als Geschäftsleute oder Missionare an eine Rückkehr dachten, zumindest sich deren Möglichkeit nicht verschließen wollten.

Die Eintragungen in die Matrikel sind also ebenso zufällig wie selten, zudem ist kriegsbedingt nur eine geringe Zahl von Matrikeln überliefert.



*In Brasilien neu gegründete Familie eines jungen Auswanderers
(PAAA RAV 63/1, Konsulat Curitiba)*

■ Warum werden Matrikeleintragungen heute noch benötigt?

Trotzdem werden die Matrikeleintragungen heute immer noch benötigt, wenn Nachfahren deutscher Auswanderer ihre Abstammung und damit ihre Berechtigung zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nachweisen wollen. Vor allem aus Brasilien, Argentinien und Südafrika, aber auch aus den USA und nach dem Brexit aus Großbritannien kommen die Anfragen an das Politische Archiv um Auskunft aus den historischen Matrikeln und Passregistern. Die weitaus meisten dieser Anfragen – es dürften wohl 99 % sein – laufen aus den genannten Gründen ins Leere, die Vorfahren sind in den Listen nicht verzeichnet.

Alle Register sind inzwischen digitalisiert und können seit dem 1. März 2021 mit dem Recherche-Tool *invenio* eigenständig durchsucht werden. Beide Seiten haben davon Vorteile: das Politische Archiv kann sich viele hundert Fehlanzeigen im Jahr sparen; Menschen, die sich um die deutsche Staatsangehörigkeit bewerben, können jetzt selbständig und zeitnah an nötige Dokumente gelangen.

Martin Kröger

■ Eine „erhebende“ Bestandsaufnahme im Projekt zur Erarbeitung eines Landeskonzeptes für den Originalerhalt des schriftlichen Kulturguts in Berlin

Anfang 2020 war es soweit: Im Auftrag der Senatsverwaltung für Kultur und Europa nahm sich das in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin angesiedelte Kompetenzzentrum Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken in Berlin und Brandenburg (KBE) mit der Erarbeitung eines Landeskonzeptes für den Originalerhalt des schriftlichen Kulturguts in Berlin einem neuen spannenden und wichtigen Projekt an.

Mit dem Landeskonzept soll dem Land Berlin künftig ein planungsgeleitetes und koordiniertes Vorgehen bei seinen Bemühungen im Bereich der Bestandserhaltung ermöglicht werden.

Denn seien es nun Akten, Bücher, Handschriften, Karten, Notendrucke, Urkunden oder Zeitungen – Berlins schriftliches Kulturerbe ist in Gefahr. Und die Bedrohung kommt von innen und von außen. Denn sowohl materialspezifische Abbauprozesse wie der säurebedingte Papierzerfall oder Tintenfraß als auch äußere Schadfaktoren wie Schimmel, Insektenfraß oder schlechte Aufbewahrungs- und Nutzungsbedingungen gefährden die schriftlichen Schätze.

Doch angesichts der Vielfalt und Vielzahl an Einrichtungen, die schriftliches Kulturgut aufbewahren – vom Landesarchiv über kleine Kirchenbibliotheken bis hin zu Museen, Dokumentationszentren und Gedenkstätten – fehlt es an einer aktuellen und validen Übersicht über jene besonders bedeutenden und bedrohten Bestände an schriftlichem Kulturgut, ihren Zustand und die zu ihrer Erhaltung notwendigen Maßnahmen. Denn nur mit einer solchen Übersicht ist eine gezielte und effiziente Unterstützung durch das Land Berlin erst möglich.

Seit Januar 2020 widmet sich das Projektteam daher der Planung, Vorbereitung und Umsetzung einer groß angelegten zweiteiligen Erhebung in zahlreichen Kulturgut bewahrenden Einrichtungen Berlins, um die Daten für jene dringend erforderliche Übersicht zu

gewinnen und somit die Grundlage für das Landeskonzept zu schaffen.

Durch die Integration ins KBE kann das Projekt hierbei auf die dort bereits erarbeiteten und entwickelten Strukturen und Netzwerke sowie die fachliche Expertise zurückgreifen. So kann zum einen die Arbeit effizient und zielgerichtet vorangetrieben und zum anderen Akzeptanz und Resonanz der Zielgruppe beträchtlich erhöht werden.

■ Vom Projektstart zur Datenerhebung

Ausgangspunkt war zunächst die Planung des Projektverlaufs sowie die Entwicklung und Festlegung klarer und verbindlicher Kriterien hinsichtlich der anzusprechenden Einrichtungen und der im Fokus stehenden Medien- und Bestandsgruppen.

Neben Archiven und Bibliotheken umfasst die Betrachtungsgruppe auch vergleichbare Kulturgut bewahrende Einrichtungen wie beispielsweise Museen, Dokumentationszentren oder Gedenkstätten, des öffentlichen und des privaten Rechts sowie in kirchlicher Trägerschaft. Bedingung ist, dass sie sich im Land Berlin befinden und langfristig öffentlich zugänglich sind. Der Zugang darf sich demnach nicht nur auf eine bestimmte Personengruppe beschränken, sondern muss für jede Person möglich sein. Gleichwohl kann der Zugang aufgrund personeller oder infrastruktureller Gegebenheiten sowie infolge des Erhaltungszustandes der Bestände beschnitten sein. Und auch besondere Geheimhaltungsvorschriften oder Schutzfristen können einer Nutzungsfreigabe entgegenstehen. Ausgenommen sind Einrichtungen in ausschließlicher oder mehrheitlicher (über 50%) Trägerschaft des Bundes, anderer Bundesländer oder Nationen.

Ausgerichtet sind Erhebung und Landeskonzept auf das in den zuvor definierten Kultureinrichtungen aufbewahrte schriftliche Kulturgut in Form von Akten, Karten, Urkunden, Autographen, handgeschriebenen oder gedruckten Büchern, Nachlässen u. v. m., welches vornehmlich auf den Trägermaterialien Papier, Pergament, Papyrus sowie weiteren pflanzlichen oder aus Pflanzenfasern erzeugten Beschreibstoffen überliefert wurde. Von der Betrachtung ausgenommen sind audiovisuelle Medien, also u. a. fotografische Materialien,

sowie grafische Kunstwerke, Gemälde und andere Werke der Bildenden Kunst.

Auf die Festlegung der Kriterien folgte die Analyse der bisherigen, auch bundesweiten, Erhebungen zur Situation von Archiven, Bibliotheken und vergleichbaren Kulturgut bewahrenden Einrichtungen im Land Berlin. Durch die vergleichende Gegenüberstellung war es möglich, Defizite und Probleme der vorangegangenen Befragungen, aber auch Anknüpfungspunkte für die Erarbeitung der projekteigenen Datenerhebung zu identifizieren.

Neben der Größe und Zusammensetzung der Befragungsgruppe untersuchte das Projektteam die Erhebungen hinsichtlich ihres Befragungszeitraums, ihres Umfangs, ihrer thematischen Ausrichtung und Ausgestaltung, d. h. nach welchen Daten war gefragt und welche Fragenformate wurden hierbei genutzt.

Überdies betrachtete man, ob die Ansprache der Einrichtungen zur Teilnahme motivierte, ob verschiedene Zugänge und Teilnahmemöglichkeiten geschaffen wurden, ob Fragestellungen verständlich und barrierearm beschaffen waren und gut erreichbare Unterstützungsangebote bestanden.

Die genannten Parameter wurden schließlich in Relation zur Rücklaufquote, der Qualität der gewonnenen Daten und den Resultaten der jeweiligen Erhebung gesetzt, sodass Anforderungen für die Erarbeitung der Datenerhebung im Rahmen des Projektes definiert werden konnten.

Mit dem Anspruch, Berlins Kultureinrichtungen in ihrer Fülle und Vielfalt repräsentativ abzubilden, wurde im Folgenden eine umfassende Recherche zu den Kulturgut bewahrenden Einrichtungen Berlins durchgeführt und schließlich unter Berücksichtigung der definierten Kriterien eine umfangreiche und breit gefächerte Befragungsgruppe ausgewählt.

Um die Erhebung für die angestrebte Vielfalt der zu betrachtenden Einrichtungen passgenau ausrichten und individuell gestalten zu können, wurde die Form eines zweistufigen Verfahrens mit einem fragebogenbasierten ersten Teil und einer interviewgestützten zweiten Phase gewählt.

■ Der erste Erhebungsteil

Der im Zentrum des ersten Erhebungsteils stehende Fragebogen zielt auf die Erfassung der besonders bedeutenden und bedrohten Bestände an schriftlichem Kulturgut ab, wobei pro Einrichtung maximal fünf Bestände benannt werden können, die jeweils zu beschreiben, zu begründen und untereinander zu priorisieren sind. Bei seiner Entwicklung wurde auf eine möglichst zielgerichtete und barrierearme Gestaltung, verschiedene Zugangs- und Teilnahmemöglichkeiten sowie eine persönliche und motivierende Ansprache der Befragten geachtet.

Nachdem er im September 2020 in einer vorge-schalteten Pilotphase auf seine Eignung geprüft und optimiert werden konnte, fiel am 12. Oktober 2020 schließlich der offizielle Startschuss für den ersten Erhebungsteil. Um den Rückfrage- und Unterstützungsbedarfen bei der Bearbeitung eines jeden Fragebogens angemessen begegnen zu können, wurden die ausgewählten Einrichtungen in mehrere kleine Gruppen eingeteilt und verschiedenen, zeitlich versetzten Befragungsintervallen zugewiesen.

Mehr als 200 Einrichtungen sind so seit dem Start der Befragung am 12. Oktober mit einem persönlichen Schreiben kontaktiert und zur Teilnahme an der Erhebung aufgerufen worden. Der Fragebogen wurde ihnen zum einen als PDF-Formular und zum anderen über eine Verlinkung zur Online-Befragung bereitgestellt, sodass die Beantwortung online, offline oder sogar analog an einem Ausdruck vorgenommen werden konnte. Neben dem Fragebogen erhielten sie auch eine Ausfüllhilfe, die Erläuterungen und Begriffserklärungen zu einzelnen Fragen enthält. Darüber hinaus wurden die Dokumente ebenfalls auf der Website des Projektes zur Verfügung gestellt, um so auch Einrichtungen den Zugang zu ermöglichen, die (noch) nicht kontaktiert wurden.

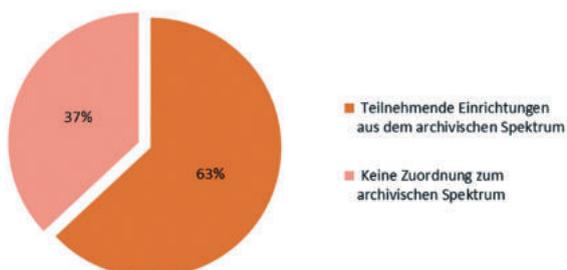
Um potentielle Hemmschwellen zu senken und die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen, unterstützt das Projektteam die Befragten bei der Beantwortung nach Kräften, was auf viel Zuspruch trifft. Und auch die zeitnahe und intensive Auseinandersetzung mit den eingereichten Fragebögen empfinden viele der Befragten als motivierend und wertschätzend. Immer wieder wird auch Dankbarkeit über die Möglichkeit zur Teil-

nahme zum Ausdruck gebracht und betont, dass die intensive Auseinandersetzung mit den priorisierten Beständen im Rahmen des Fragebogens auch für die Einrichtung selbst ein Gewinn sei.

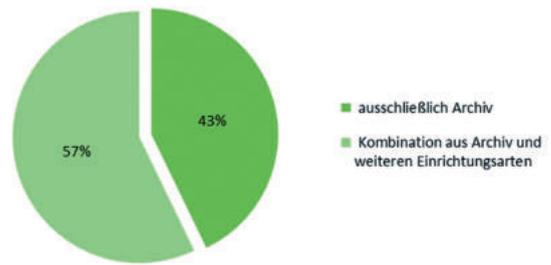
Mit Stand vom 1. März 2021 gingen bislang 103 vollständig beantwortete Fragebögen ein, die zusammengekommen mit den 33 begründeten Absagen eine Rückmeldequote von ca. 66 % ergeben. Weitere 21 Einrichtungen haben ihre Teilnahme zudem bereits angekündigt. Um auch Einrichtungen die Teilnahme zu ermöglichen, die aufgrund der Pandemie stark in ihrer Arbeitsfähigkeit eingeschränkt sind, wurde der Befragungszeitraum bis zum 15. März 2021 verlängert, so dass von weiteren Fragebögen und einer Erhöhung der Rückmeldequote auszugehen ist.

■ Erste Erkenntnisse

100 der eingegangenen 103 Fragebögen konnten inzwischen bereits in einer ersten Begutachtung ausgewertet werden. Von diesen ordneten sich 63 Einrichtungen ganz oder teilweise dem archivischen Spektrum zu und machen somit 63 % der ausgewerteten Teilnehmenden aus, wobei sich 42,9 % dieser Einrichtungen (27 von 63) ausschließlich als Archiv betrachten und 57,1 % (36 von 63) als Kombination aus unterschiedlichen Einrichtungsarten verstehen. Am häufigsten vertreten ist hierbei die Kombination aus Archiv und Bibliothek mit 22,2 % (14 von 63). Mit 19 % (12 von 63) folgen an zweiter Stelle museale Einrichtungen, die über ein Archiv oder sogar über Archiv und Bibliothek verfügen. Doch die Vielfalt der teilnehmenden Einrichtungen drückt sich auch in ihrer Selbstdarstellung aus: So



Teilnehmende Einrichtungen innerhalb und außerhalb des archivischen Spektrums



Einrichtungen, die sich dem archivischen Spektrum zuordnen

wählten 15,6 % der Einrichtungen (10 von 63) u. a. auch Bezeichnungen wie Dokumentationszentrum und Gedenkstätte oder nutzten die Möglichkeit, sich in eigenen Worten, z. B. als Bildungsstätte oder Geschichtsverein zu beschreiben.

95,2 % der teilnehmenden Einrichtungen aus dem archivischen Spektrum (60 von 63) gaben an, über einen oder mehrere besonders bedeutende Bestände an



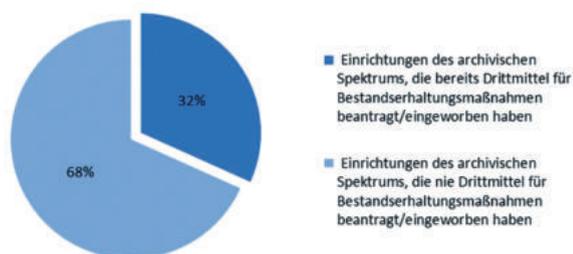
Archivische Einrichtungen mit maximal zwei angemeldeten Beständen und die Anzahl der Vollzeitäquivalente

schriftlichem Kulturgut zu verfügen, für die 76,2 % (48 von 60) zudem eine Gefährdung benannten. Insgesamt meldeten die teilnehmenden Einrichtungen des archivischen Spektrums 111 besonders bedeutende Bestände an schriftlichem Kulturgut an, wobei 80 % der Einrichtungen (48 von 60) nur maximal zwei Bestände und mit 57,1 % mehr als die Hälfte (36 von 60) sogar nur einen Bestand vorstellten. Allerdings stellten 10 % der Einrichtungen ganze fünf besonders bedeutende Bestände an schriftlichem Kulturgut vor.

Ein Zusammenhang mit der Größe der Einrichtung bzw. den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen ist hierbei anzunehmen. So vermerkten 81,3 % (39 von 48) der Einrichtungen mit höchstens zwei an-

gemeldeten Beständen, mit weniger als drei Vollzeitäquivalenten ausgestattet zu sein, wohingegen nur 18,8 % der Einrichtungen (9 von 48) über mindestens drei Vollzeitäquivalente verfügen. Über Personal, das auch für Aufgaben der Bestandserhaltung zur Verfügung steht, verfügen nur 66,7 % (32 von 48) der Einrichtungen, wobei sich die Zahl der Stellen auf durchschnittlich 1,2 Vollzeitäquivalente beläuft.

Und mit dem Ziel, den als besonders bedeutend priorisierten Bestand jeweils möglichst umfassend darzustellen, verband sich auch ein nicht zu unterschätzender Mehraufwand, der sich demnach häufig auf nur wenige Schultern verteilen ließ. Umso mehr freute uns, das Projektteam, das Engagement, mit dem in den Einrichtungen Informationen zu den einzelnen Beständen zusammengetragen und diese inhaltlich sowie hinsichtlich ihres Erhaltungszustands beschrieben wurden.



Archivische Einrichtungen und Drittmittelakquise

Dass die Zahl der Beschäftigten auch bei der Akquise von Drittmitteln eine große Rolle spielt, ist anhand der Daten ebenfalls zu vermuten. 68,3 % (43 von 63) der teilnehmenden Einrichtungen aus dem archivischen Spektrum gaben an, noch nie Drittmittel für Bestandserhaltungsmaßnahmen beantragt oder eingeworben zu haben. Auffällig ist hierbei, dass 55,6 % dieser Einrichtungen (35 von 63) über weniger als fünf Vollzeitäquivalente an Personal verfügen. Auch bei den Einrichtungen, die in der Vergangenheit bereits den Versuch unternommen haben, Drittmittel für Bestandserhaltungsmaßnahmen zu beantragen oder einzuwerben (20 von 63), waren die Bemühungen bei immerhin 25 % der Einrichtungen (5 von 20) – allesamt mit weniger als fünf Vollzeitäquivalenten ausgestattet – nicht einmal zum Teil mit Erfolg beschieden.

■ Fortsetzung folgt: Die zweite Erhebungsphase und die Erarbeitung des Landeskonzeptes

Ab Anfang Mai 2021 werden die bereits im Fragebogen gewonnenen Daten schließlich in der zweiten interviewgestützten Erhebungsphase vertieft. Bis Ende des Jahres sollen so wöchentlich ca. drei Einrichtungen im persönlichen Gespräch zu den individuellen und komplexen Hintergründen ihrer Antworten befragt werden. Ziel ist es, nicht nur den Status quo festzuhalten, sondern vielmehr Zusammenhänge abzubilden, um so schließlich Anknüpfungspunkte für die künftigen Bemühungen des Landes im Bereich der Bestandserhaltung zu identifizieren.

In Vorbereitung auf den zweiten Erhebungsteil wird daher derzeit ein Gesprächsleitfaden erarbeitet, der Orientierung bieten und die Verknüpfung mit den individuellen Antworten des Fragebogens erleichtern soll. Die Gespräche richten sich jedoch nicht nach starren Vorgaben, sondern sollen vielmehr organisch entlang offener Fragen verlaufen, die ebenfalls von den Befragten eingebracht werden können.

Nach Abschluss des zweiten Erhebungsteils folgt in 2022 zunächst die Erarbeitung einer Bewertungsmatrix zur Evaluierung der erhobenen Daten. Diese wird unter Mitwirkung des projektbegleitenden Steuerungsgremiums sowie weiterer Akteurinnen und Akteure im Bereich von Bestandserhaltung und Kulturpolitik entwickelt, um so die Konsensfähigkeit und den Einfluss des künftigen Landeskonzeptes zu erhöhen.

Mithilfe der analysierten und interpretierten Ergebnisse sollen im Landeskonzept schließlich die notwendigen Bedarfe an bestandserhaltenden Maßnahmen beschrieben und erste Handlungsempfehlungen gegeben werden.

Das finale Landeskonzept wird dann zum Jahresende 2022 an die Senatsverwaltung für Kultur und Europa übergeben, die ihrerseits eine Vorlage im Berliner Senat vorsieht.

Lisa Graf

■ Akten über Akten Eine kleine Bestandsgeschichte der Historischen Bild- und Schriftgutsammlungen des Museums für Naturkunde Berlin

In den Büroräumen der Historischen Arbeitsstelle des Museums für Naturkunde Berlin findet sich eine Mappe mit dem Titel „Akten über Akten“. Was auf den ersten Blick wie ein unordentlicher, heterogener Papierstapel wirkt, ist tatsächlich eine Akte über die Akten der Historischen Bild- und Schriftgutsammlungen, dem Archiv des Museums für Naturkunde. Die Mappe ist keine klassische, einheitlich gebildete Akte, sondern eine Sammlung von Dokumenten aus den Jahren 1948 bis 2006. Der Titel klingt zwar nicht gerade spannend, die Mappe umfasst jedoch wertvolle Belege für die institutionelle Genese des Museumsarchivs.

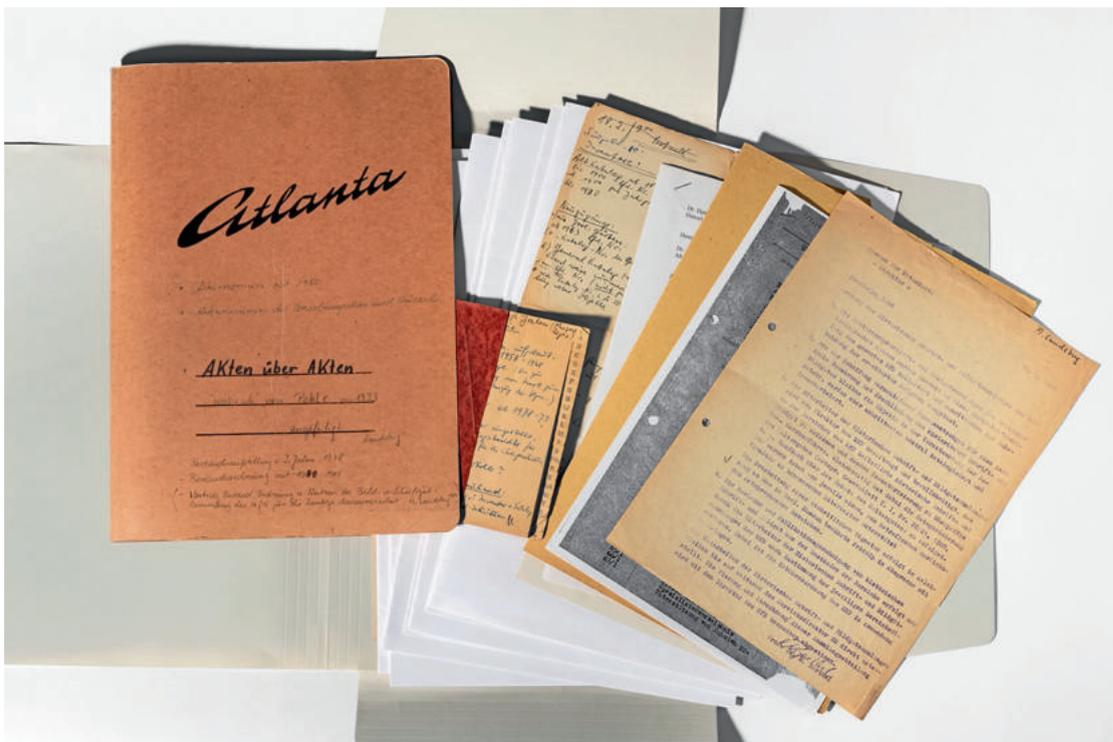
Bereits in der Benennung als Historische Bild- und Schriftgutsammlungen und nicht als Archiv des Museums für Naturkunde wird sichtbar, dass im musealen Kontext die Definition von Sammlung, Archiv und Archivgut nicht unbedingt eindeutig und unmissverständlich von den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren verwendet wird. Die Begriffe transportieren ganz unterschiedliche Beweggründe und Legitimationsansätze.

Während beispielsweise eine Kustodin naturkundlicher Objekte von ihrer „Sammlung“ spricht, wird von Sammlungsgut in archivfachlichem Sinne gesprochen, wenn nichtamtliche, „gesammelte“ Archivalien gemeint sind. Und auch der Begriff des Archivs selbst ist durch die institutionelle Verwirrung von Archiv und Museum weniger klar definiert. Die Archivgeschichte zu untersuchen, heißt Bestandsbildung, Formierung und Zusammensetzung der Bestände besser verstehen zu können, ihre Inhalte sowie ihre Ordnung und Gliederung und auch ihre Lücken. Dieser Aufsatz schafft eine erste Übersicht darüber, wie die Historischen Bild- und Schriftgutsammlungen in der Vergangenheit definiert und institutionell verortet wurden und was sich daraus für die Zukunft schließen lässt, etwa in Hinblick auf ihr Dokumentationsprofil.

Aus dem Jahre 1989 liegt ein Artikel der ehemaligen Leiterin der Bildsammlung Sabine Hackethal vor, in dem sie die Ursprünge der Historischen Bild- und Schriftgutsammlungen seit den Anfängen des Museums zu Beginn des 19. Jahrhunderts beschreibt.¹ Eine umfassendere Untersuchung der Entstehung des Archivs des Museums für Naturkunde Berlin wurde bisher nicht publiziert. Aus heutiger Sicht fehlt hier jedoch noch ein großer Teil der Archivgeschichte ab 1945, die für die heutige Arbeit umso spannender ist. Erst durch die Kenntnis dieser jüngeren Geschichte ist nicht nur ein besseres Verständnis der Zusammensetzung der Be-

stände und ihrer Ordnung möglich, sondern auch der historisch gewachsenen, institutionellen Positionierung, Eingliederung und Selbstverständnis des im Museumskontext als „Sammlungen“ betitelten Archivs.

Mappe „Akten über Akten“, Foto: MfN / Carola Radke (MfN, HBSB, unerschlossen)



■ Bestandsgeschichte

Von 1810 bis 2009 war das Museum, dessen erste naturkundliche Sammlungen sich u. a. aus dem vormaligen Naturalienkabinett der Berliner Akademie der Wissenschaften konstituierten, Teil der Humboldt-Universität, vormals Universität zu Berlin bzw. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Das Museum wurde im universitären Kontext jeweils weiter untergliedert in Institute, Bereiche, Sammlungen oder Museen für Zoologie, Mineralogie und Paläontologie. Zunächst befanden sich die naturkundlichen Sammlungen im Hauptgebäude der Universität, dem ehemaligen Palais des Prinzen Heinrich Unter den Linden. Erst 1889 wurde das eigens für das Museum vorgesehene Gebäude in der Invalidenstraße 43 eröffnet. Die Geschichte der Verwaltungsstrukturen und der sich wandelnden Verhältnisse zwischen Universität, Instituten und Museum ist komplex und teils unübersichtlich, aber entscheidend für die Gliederung und Provenienz-Zuordnung der Archivbestände nach heutigen archivfachlichen Standards. Eine Übersicht über die aktuell bestehende Bestandsgliederung des Schriftguts nach den historischen Verwaltungsstrukturen findet sich online (chronologisch/thematisch). Aktuell findet eine Überarbeitung der Tektonik durch die Archivarin Sandra Miehlbradt statt, die in diesem Zuge erstmals einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Verwaltungsstrukturen des Museums erarbeitet.

Die ersten beiden Direktoren des Zoologischen Museums der Universität zu Berlin, Karl Illiger (1775-1813) und Hinrich Lichtenstein (1780-1857) richteten 1810 ursprünglich eine Verwaltungsregistratur bzw. ein Verwaltungsarchiv ein. Sie führten die Verwaltungsarbeit, Korrespondenz und Sammlungskataloge. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wuchsen Sammlungen und Mitarbeiterstab und damit auch die Menge des anfallenden Schriftguts der Kustoden und wissenschaftlichen Mitarbeiter. Zuwachs an naturkundlichem Sammlungsgut bedeutete Zuwachs an dazugehöriger Begleitdokumentation.

Dies geschah durch eigene Feldarbeit und Objektsammlung von Museumsbeschäftigten, aber auch durch Ankäufe sowohl von Objekten als auch Dokumenten von Personen, die nicht am Museum angestellt waren. Dabei spielte der Kolonialismus eine bedeutende Rolle



Akten aus dem 19. Jahrhundert, Foto: MfN/Hwa Ja Goetz (MfN, HBSB, ZM B XV 242)

für den massiven Sammlungszuwachs, insbesondere in der Hochzeit deutscher Kolonien von 1884 bis 1919. Ankäufe wurden unter anderem von namhaften Personen wie Alexander von Humboldt (1769-1859) vorangetrieben, der sich beispielsweise für den Erwerb der mineralogischen Sammlungen und des schriftlichen Nachlasses seines Studienfreundes Leopold von Buch (1774-1853) einsetzte. Dabei handelte es sich u. a. um von Buch gesammelte Fossilien, seine Tagebücher und von ihm angefertigte Karten. Weitere Nachlässe oder Teilnachlässe ehemaliger Museumsmitarbeiter sowie anderer Wissenschaftler kamen hinzu. Zudem wurde Dokumentationsmaterial zu wissenschaftlichen Expeditionen und Gesellschaften bzw. Vereinen, die mit dem Museum in Verbindung standen, bewahrt.

In den 1930er Jahren begann der (1944 von den Nationalsozialisten ermordete) Zoologe Walther Arndt (1891-1944) die ältesten Kataloge zu sichten, zu ordnen und zu beschriften.

Nach 1945 erfolgte unter dem Ornithologen Erwin Stresemann (1889-1972) erstmals eine umfangreiche Bestandsgliederung, Ordnung und Katalogisierung des historischen Schriftguts, welches in der Bibliothek des Museums gesammelt wurde. Nicht jedoch des Materials, das sich noch in den jeweiligen Kustodien befand. Ab den 1960er Jahren setzte sich insbesondere die Biologehistorikerin und Museologin Ilse Jahn (1922-2010) für das Archiv ein, welches unter ihrer Leitung

erstmals offiziell als Historische Bild- und Schriftgut-sammlungen benannt wurde.

Die Frage, was eigentlich mit „Archiv“ und „Archivgut“ gemeint ist bzw. welche Beteiligten was darunter verstanden, soll mit einer genaueren Betrachtung der Einrichtung des Archivs nach 1945 untersucht werden. Grundlage ist die einführend genannte, bisher unverzeichnete Mappe mit dem Titel „Akten über Akten“, die Dokumente von 1948 bis 2009 beinhaltet.

Bereits 1948 – das war sechs Jahre vor der offiziellen Gründung des Universitätsarchivs – wurden konkrete Überlegungen zu der Einrichtung eines Museums-Archivs angestellt. Dieses wurde von der Zentralregistratur unterschieden. Folgende Weisung von Werner Ulrich (1900-1977), zu diesem Zeitpunkt Leiter des Zoologischen Museums und Verwaltungsdirektor des Museums für Naturkunde, wurde in einem Rundschreiben vom 9. September 1948 an die wissenschaftlichen Angestellten des Zoologischen Museums zirkuliert. Betreffend „Archiv und Registratur“:

„Die Herren Dr. v. Kéler und Oberinspektor Schulz sind von mir beauftragt worden, sich mit der Einrichtung eines Museums-Archivs zu befassen. [...] Herrn Inspektor Hanschmann habe ich beauftragt, die Registratur des Verwaltungsbüros zu revidieren und gegebenenfalls zu erweitern. Grundsätzlich ist das gesamte Aktenmaterial in dem Zentralarchiv bzw. in der Zentralregistratur zu deponieren. Dabei wird von Fall zu Fall die Frage zu prüfen sein, inwieweit Akten für die Abteilungsarbeiten laufend gebraucht und zweckmäßig nicht als zentrale Akten sondern als Abteilungsakten geführt werden [...] Die Entscheidung dieser Frage behalte ich mir vor. Die leitenden Gesichtspunkte der Arbeit sind Vollständigkeit

und Klarheit. [...] So mache ich es den Herren Abteilungsleitern zunächst zur Aufgabe, alles in Abteilungen befindliche Aktenmaterial festzustellen und zur Einsichtnahme vorzubereiten. Alle Zweifelsfälle bitte ich in persönlicher Rücksprache mit mir zu klären.“²

Ulrich behielt es sich vor, über den Wert und die Archivwürdigkeit der Akten persönlich zu entscheiden. Welche Maßstäbe dabei angesetzt wurden, bleibt an dieser Stelle unklar, abgesehen von der Unterscheidung, ob die Akten noch in Gebrauch oder irrelevant für laufende Arbeiten seien. Inwiefern der politische Umbruch nach 1945 eine Rolle spielte und die Aktenlage bis heute prägt, ist im Detail noch zu untersuchen. Zu fragen ist sicher auch, welcher Archivbegriff hier Verwendung fand und inwieweit dieser sich mit der heutigen archivfachlichen Definition deckt. Zudem verließ Ulrich das Museum schon im darauf folgenden Jahr (1949), sodass unklar ist, wieviel von seinen Absichten nachhaltig umgesetzt wurde.

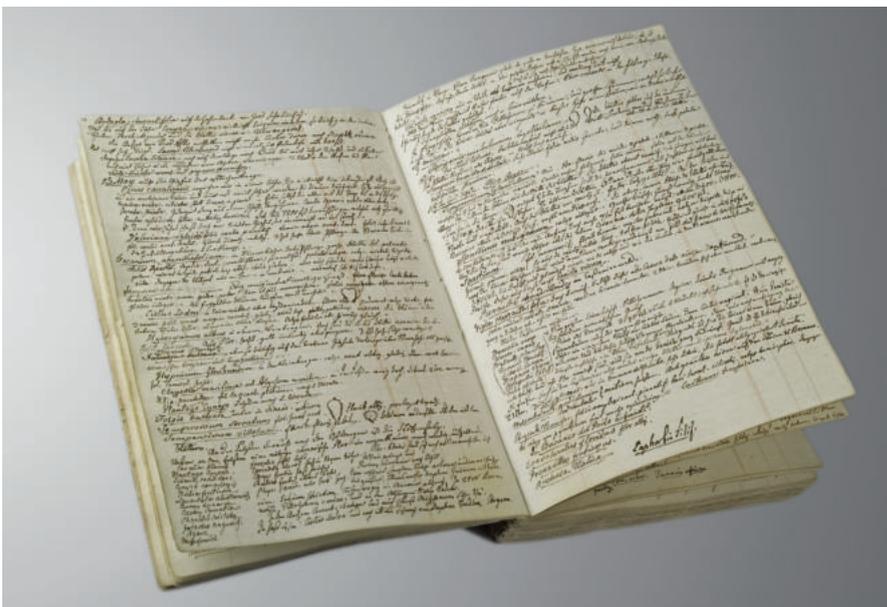
Daraufhin entwarf der wissenschaftliche Assistent und Entomologe Stefan von Kéler mit Datum vom 8. Oktober 1948 eine Aufstellung und Gliederung des Archivs des Zoologischen Museums. Darin wurde festgelegt, dass es die „Ehrenpflicht“ aller Abteilungen sei, „sämtliches Aktenmaterial von archivaalem Wert dem Archiv einzuverleiben“. Was genau unter „archivaalem Wert“ zu verstehen ist, wurde hier kaum genauer als zuvor von Ulrich festgelegt, wie seine Definition von „Archiv-Akten“ zeigt:

„Als Archiv-Akten sind alle handgeschriebenen (Bleistift, Tinte, Schreibmaschine) Schriftstücke und Handzeichnungen sowie deren Fotokopien zu betrachten, welche

- 1.) historischen Wert haben oder
- 2.) aus dem aktuellen Arbeitsweg ausgeschieden in den Abteilungen nicht mehr dauernd benötigt werden, wie z. B. veröffentlichte Manuskripte besonders wichtiger Arbeiten, Manuskripte, Briefe und Aufzeichnungen verstorbener (auch jüngst verstorbener oder verschollener) Forscher usw.“³

Es wurde nur sehr vage festgelegt, dass zu bewahren sei, was „historischen Wert“

Tagebuch Leopold von Buchs
(MfN, HBSB, PM B XV, Nachlass von Buch)



bzw. besonderen wissenschaftlichen Wert habe. Die Bewertung überließ von Kéler sogar mehr als zuvor Ulrich den abgebenden Stellen.

Deutlich wird, dass es sich tatsächlich weniger um ein Archiv im archivfachlichen Sinne handelte, sondern eher um eine Art Nachschlagewerk oder Wissensspeicher für die zoologische Forschung. Dieser sollte durch „alphabetische, systematische und faunistische“ Karteien erschlossen und recherchierbar gemacht werden und nur als kleinen Teilbereich ein „Geschichts-Archiv des Museums“ beinhalten. Der Inhalt wird wie folgt beschrieben:

„Sammlungen von Daten, Aufzeichnungen und Skizzen und Plänen zur Geschichte des Museums in chronologischer Reihenfolge. Autographen und Originalschriftstücke von historischer Bedeutung werden in Originalen im Geschichtsarchiv eingehftet, während an die entsprechende Stelle des allgemeinen Archivs eine mit entsprechendem Vermerk versehene Fotokopie eingehftet wird.“⁴

Für die Bedeutung der Dokumente bestand ein grundsätzliches Bewusstsein. Insbesondere auch für die als eigene Sammlung geführte Bildsammlung, die zu diesem Zeitpunkt noch in der Bibliothek angesiedelt war.⁵ Anscheinend war sie in gewissen Kreisen über das Museum hinaus bekannt, wovon Eingänge externer Schenkungen zeugen.⁶

Aus dem November 1959 ist ein weiteres Rundschreiben an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Haus überliefert, betreffend das „Archiv des Zoologischen Museums“. In diesem Schreiben wurde darauf hingewiesen, dass der Kustos und zu diesem Zeitpunkt kommissarischer Direktor, Erwin Stressemann „in den vergangenen Jahren Dokumente, Schriften, Manuskripte, Kommentare, Erklärungen, handschriftliche Materialien und sonstige Aufzeichnungen und Papiere, die mit der Geschichte des Museums direkt oder indirekt in Zusammenhang stehen, in einem Archiv zusammengefaßt und geordnet“ habe.

Im Folgenden wurden die Bedeutung und der Wert des Archivs sowohl für das Museum als auch für die Geschichte der deutschen Zoologie betont: „Der Wert des gesammelten Materials resultiert aus der Tatsache, daß unser Museum Zoologen als Leiter, Mitarbeiter, Förderer oder Korrespondenten gehabt hat, die über die Geschichte unseres Hauses hinaus auch für die Ge-



*Ilse Jahn, 1981, Foto: MfN / Vera Heinrich
(MfN, HBSB, ZM B I 2293)*

schichte der Zoologie Deutschlands von Bedeutung gewesen sind.“

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden dazu aufgerufen, nach Dokumenten Ausschau zu halten, „deren Erhaltung durch Einfügung in das Archiv unbedingt wünschenswert wäre“. Bei Unsicherheit über den Wert von Unterlagen sei in jedem Fall Rücksprache zu halten, da es bei Papieren (im Gegensatz zu Sammlungsobjekten) viel leichter passieren könne, dass „sie in Verkennung ihres Wertes fortgeworfen werden“.⁷ Wie allerdings die wertvollen und zu bewahrenden Unterlagen erkannt werden, wird nicht genauer ausgeführt.

1967 bahnten sich Verhandlungen mit dem 1954 gegründeten Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin an, das die Übergabe von Akten des Zoologischen Museums forderte.⁸ In der Folge wurde zwischen Museum und Universität verhandelt, Nachlässe, den Bestand der Gesellschaft Naturforschender Freunde zu Berlin (GNF) sowie historische Rechnungsbelege bzw. Kataloge im Museum zu belassen. Der GNF-Bestand umfasst Verzeichnisse, Eingangsjournale, Sitzungsberichte und Korrespondenzen der 1773 gegründeten Gesellschaft. Bei den Dokumenten aus den ersten Jahrzehnten der Gesellschaft, die vor der Gründung der naturkundlichen Sammlungen der Universität liegen, handelt es sich um die ältesten Dokumente des Archivs. Von 1788-1906 besaß die Gesellschaft ein eigenes Haus in der Französischen Straße in Berlin, mit dem Verkauf 1906 wurde das Museum für Naturkunde zum Hauptsitz der Gesellschaft. Etwa elf laufende Meter Verwaltungsunterlagen des

Zoologischen Museums wurden jedoch ins Universitätsarchiv verbracht.⁹

Die übernommenen Akten werden im Archiv der Humboldt-Universität heute unter den Beständen „Museum für Naturkunde.01“ und „Zoologisches Institut.01“ geführt.¹⁰ Die Unterlagen erstrecken sich über einen Zeitraum von 1812 bis 1954, allerdings stellt diese Überlieferung nicht die Gesamtheit des Verwaltungsschriftguts des Zoologischen Museums dar, sondern beinhaltet nur einen kleinen Teilausschnitt, der zufällig und nicht nach systematischen Überlegungen übernommen wurde. Die Vermutung liegt nahe, dass damals lediglich das übergeben wurde, was bereits zusammengetragen war. Eine klare Logik und nachvollziehbare inhaltliche oder formale Trennung, welches Verwaltungsschriftgut heute im Universitätsarchiv und welches im Museumsarchiv liegt, gibt es nicht.

Am 6. Mai 1968 informierte die stellvertretende Archivleiterin des Universitätsarchivs B. Lange die seit 1967 am Museum tätige Ilse Jahn darüber, dass sie in der Bibliothek des Instituts für Mineralogie Nachlässe von Karl Klein, Karl Leitz, Paul Ramdohr (1890-1985) und Martin Websky (1824-1886) sowie eine Akte der Provenienz Mineralogisch-petrographische Sammlung des Museums für Naturkunde betreffend Instrumente (1865-1891) gefunden habe und diese ins Universitätsarchiv überführen werde. Dabei handelte es sich nicht um eine Anfrage. B. Lange stellte Ilse Jahn vor vollendete Tatsachen, und das, obwohl doch ein Jahr zuvor beschlossen worden war, dass Nachlässe im Museum verbleiben sollten. Lange entschied, ohne Widerspruch zuzulassen, sowohl über die Zuständigkeit als auch darüber, dass das Material für das Museum bzw. Ilse Jahn nicht von größerem Interesse sei:

„[...] Weiteres Material habe ich trotz intensivem Suchens nicht ermitteln können. Ich glaube kaum, daß Sie daran interessiert wären und habe deshalb, ohne mit Ihnen noch einmal darüber zu sprechen, mit Herrn Dr. Raidt die Vereinbarung getroffen, daß das Schriftgut [...] von uns übernommen wird.“¹¹

Wie Jahn darauf reagierte lässt sich anhand eines Schriftstückes rekonstruieren, dessen Zusammenhang, Datierung und Urheberschaft allerdings nicht genau festzustellen ist. Es handelt sich vermutlich um einen Entwurf, von dem nicht ersichtlich ist, ob es zu einer Ausfertigung kam. Die Vermutung liegt nahe, dass es

sich um eine Reaktion Ilse Jahns auf B. Langes Übernahmevorstöße handelt:

„Es ist zweifellos sehr zu begrüßen, daß die Mitarbeiter des Universitätsarchiv sich um die Ermittlung und archivarischen Erfassung von Archivgut in den Universitätsinstituten bemühen und damit u. U. wertvolle historische Arbeitsmaterialien vor der Vernichtung bewahren. [...] Wenn jedoch erwogen wird, ob und wann ein Nachlaß in das zentrale Universitätsarchiv überführt werden soll oder nicht, sollten folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden, die sich z. B. bei den Nachlässen des Naturkundemuseums aufdrängen.“¹²

Jahn argumentierte für den Verbleib von Archiv- bzw. insbesondere von Nachlassschriftgut am Museum, da die Nachlässe einen so engen Bezug zu ehemaligen Museumsbeschäftigten sowie den Sammlungen selbst haben würden und unerlässlich für die laufende Sammlungsarbeit seien. Außerdem könne ihre Auswertung nur unter Hinzuziehung der naturwissenschaftlichen Expertise des Museums erfolgen. Jegliche bereits laufende wissenschaftshistorische Forschung, die von einigen Museumsbeschäftigten nebenbei betrieben würde, wäre nicht mehr möglich, sobald sie keinen direkten Zugang zu den Dokumenten hätten.

Zehn Jahre später wurde zum wiederholten Male über den Verbleib des Bestandes der Gesellschaft Naturforschender Freunde zu Berlin (GNF) verhandelt. Und erneut machte sich Ilse Jahn, die um 1968/69 die Betreuung der Handschriften-Sammlung offiziell übernommen hatte,¹³ für einen Verbleib der Unterlagen am Museum stark. Den GNF-Bestand sowie die Museumsarchivbestände im Allgemeinen grenzte sie mit Argumentation für seinen Status als Spezialarchiv vom Universitätsarchiv ab:

„[Die Leitung] der Gesellschaft erfolgte meist durch Kustoden des MfN in Personalunion mit den musealen Aufgaben; die Nutzung der Bestände erfordert deshalb auch meist die gleichzeitige Benutzung der übrigen Bestände des MfN, ihrer Sammlungen und Spezialliteratur.

Wir plädieren deshalb auch in diesem Falle primär für einen Verbleib im Museum, das für seine Bestände die gleichen Sicherheitsmaßnahmen zu gewährleisten hat wie Bibliotheken und Archive.

- der Organisationstyp des „Museumsarchivs“; es hat ja

den Charakter eines Spezialarchivs und ist als solches ein „Endarchiv“ kein „Zwischenarchiv“ wie in den Univ.-Sektionen. Es ähnelt nach Funktion und Spezialcharakter eher dem des Bereichs Medizin, zumal auch das MfN hinsichtlich seiner museumsspezifischen Aufgaben dem Ministerium direkt verantwortlich ist.“¹⁴

Ilse Jahn beschrieb das Museumsarchiv als Spezialarchiv, wobei fraglich ist, ob im heutigen archivischen Sinne eines (sammelnden) Spezialarchivs. Im Kern ging es ihr vor allem um die Frage, ob es als „End-“ oder „Zwischenarchiv“ zu verstehen sei, insbesondere in Hinblick auf die Entscheidung, ob und was an das Universitätsarchiv abgegeben werden müsse. Unter Einbeziehung des Universitäts-Rektorats einigte man sich letztendlich 1980 darauf, dass der GNF-Bestand als Depositum im Museum verbleiben sollte.¹⁵

Am 18. Juni 1988 schließlich erklärte Museumsdirektor Manfred Barthel das Archiv – bereits zuvor von Jahn als „Historische Schrift- und Bildgutsammlungen“ benannt – zur zentralen Einrichtung:

„Die Historischen Schrift- und Bildgutsammlungen des Bereiches Zoologisches Museum werden hiermit zu einer zentralen Abteilung des gesamten MfN deklariert und schrittweise zur Wahrnehmung der erweiterten Aufgaben ausgebaut.“¹⁶

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das Archiv vorwiegend Dokumente des Zoologischen Museum übernommen, die Bereiche Mineralogie und Paläontologie wurden erst jetzt offiziell in das Bestreben eingefasst, ein zentrales Archiv zu betreiben. Eine Tatsache, die sich auch heute noch in den Archivbeständen widerspiegelt, deren größter Anteil dem Zoologischen Museum zugeordnet werden kann. Gleichzeitig befinden sich bis heute historische Schriftstücke, insbesondere aus der Mineralogie und Paläontologie, noch immer in den jeweiligen Kustodien, in denen teils historisch daran geforscht wird.

Der letzte große Einschnitt kam für das Museumsarchiv ebenso wie für das gesamte Museum 2009 mit dem Statuswechsel von Universitätsmuseum/-instituten zum Forschungsinstitut der Leibniz-Gemeinschaft. Im Zuge dieses Wechsels wurde wieder einmal über das Archivgut verhandelt. Das Universitätsarchiv forderte erneut die Abgabe und zwar aller Akten bis April 2006 (inklusive des GNF-Depositums) und erneut – und erfolgreich – protestierten die Zuständigen des



Schrank mit Akten vor Umzug der Historischen Arbeitsstelle 1997, Foto: MfN

Museums mit dem Argument, dass das Schriftgut durch seinen engen Bezug für die Museumsarbeit notwendig sei und am Haus betreut werden müsse. Damit lässt sich das Dokumentationsprofil des Museumsarchivs im Kern wie folgt benennen: es wird bewahrt, was von Bedeutung für die Geschichte des Hauses, seiner Forschung und Sammlungen ist. Darüber hinaus wird übernommen, was relevant ist für die Wissenschaftsgeschichte der Bereiche Mineralogie, Paläontologie und Zoologie, soweit ein Bezug zum Museum oder der dort betriebenen Arbeit besteht.

■ Sammelndes Spezialarchiv oder Verwaltungsarchiv?

Handelt es sich – unter Berücksichtigung seiner historischen Genese – bei den Historischen Bild- und Schriftgutsammlungen des Museums für Naturkunde um ein sammelndes Spezialarchiv oder um ein institu-

tionelles Verwaltungsarchiv? Sicherlich fallen unter amtliches oder Verwaltungsschriftgut ganz eindeutig sämtliche Unterlagen der Bereiche Finanzen und Personal, die in Form von Buchhaltungsunterlagen und Personalakten vorliegen. Ebenso können auch Sammlungskataloge, wissenschaftliche Korrespondenzen und Dokumente zur Verwaltung der naturkundlichen Sammlungen hinzugezählt werden. Doch hier beginnt bereits eine nicht mehr ganz eindeutige Grauzone, denn die wissenschaftliche Tätigkeit der am Museum Beschäftigten ist oft nicht klar von ihren persönlichen wissenschaftlichen Nachlässen zu trennen. Welcher Teil der Unterlagen einer Kustodin oder eines Kustoden stellen beispielsweise Schriftgut zur Verwaltung der Objektsammlung und der wissenschaftlichen Arbeit dar und welcher Teil ist privates Schriftgut? Gerade bei Forschenden ist diese Trennung oft nicht eindeutig zu ziehen, da sich persönliche und berufliche Tätigkeit, Netzwerke und Korrespondenzen überschneiden. Diese Uneindeutigkeit schlägt sich auch in der Frage nach der Archivtektonik und Bestandsgliederungen nieder.

Bis 2016 wurde das Archiv in großen Teilen nach Pertinenz gegliedert, begonnen mit der Trennung von Bild- und Schriftgut, was aus archivfachlicher Sicht insofern problematisch ist, da teils bestehende Aktenzusammenhänge aufgelöst wurden. So wurden Bilder aus Akten herausgenommen und in die Bildsammlung eingliedert sowie gebundene Akten aufgelöst. Seit Dezember 2016 ist die erste fachlich ausgebildete Archivarin angestellt. Aktuell orientiert sich die Überarbeitung der Tektonik des Museumsarchivs verstärkt an den Verwaltungsstrukturen des Museums, das heißt Schriftgut der museumsübergreifenden Verwaltung bzw. der Bereiche Mineralogie, Paläontologie und Zoologie, das eindeutig dieser Provenienz zugeordnet werden kann. Getrennt von diesem nach Provenienz der Verwaltungsstrukturen gegliederten Schriftgut gibt es vier weitere Bestandsgruppen. Das sind Nachlässe und Konvolute (z. B. zu externen Einrichtungen oder Expeditionen), die gesondert übernommen und teils von privat übergeben wurden, sowie Bild- und Objektsammlung, die sich jeweils in personenbezogene und thematische Sammlungen untergliedern lassen, also teils nach Pertinenz (wie z. B. die Porträtsammlung) aufgebaut sind.

Daraus ergeben sich folgende Bestandsgruppen:

- Schriftgut (Bestandskürzel: S) (ca. zwei Drittel des Gesamtbestandes)
- Nachlässe (Bestandskürzel: N)
- Konvolute (Bestandskürzel: K)
- Bildsammlung (Bestandskürzel: B)
- Objektsammlung (Bestandskürzel: OS).

So betrachtet, muss das Museumsarchiv im größeren Teil als Verwaltungsarchiv angesehen werden. Auch wenn sich die Trennlinie nicht immer ganz klar ziehen lässt, sind schätzungsweise zwei Drittel des Gesamtbestandes kein klassisches archivistisches Sammlungsgut. Im Gegensatz z. B. zum Archiv des Deutschen Museums spielt der funktionale Zusammenhang der überwiegend museumsintern abgebenden Stellen eine sehr große Rolle. Zwar werden immer wieder Nachlässe und Konvolute übernommen, die nicht direkt am Museum entstanden sind, diese haben allerdings immer einen direkten Bezug zu der Arbeit des Museums. Es bestehen in der Regel entweder persönliche Bezüge von Akteurinnen und Akteuren oder Forschenden, deren Arbeit mit dem Museum in Verbindung steht, oder Bezüge zu den naturkundlichen Sammlungen des Museums, wie etwa bei den Expeditions-Konvoluten.

Die getrennte Betrachtung der Bestandsgruppe Schriftgut als Verwaltungsarchiv und der Bestandsgruppen Nachlässe, Konvolute, Bild- und Objektsammlung als sammelndes Spezialarchiv ist sinnvoll, um einerseits ein detailliertes Dokumentations- bzw. ein mögliches Sammlungsprofil und daran abgeleitete praktische Bewertungs- bzw. Akquiserichtlinien zu entwickeln. Diese theoretische Trennung ermöglicht eine spezifische Anpassung der jeweiligen Methodik. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die beiden Bereiche nicht zugleich übergreifend, als eng miteinander verzahnt und sich ergänzend betrachtet werden müssen. Ganz im Sinne eines Institutionsarchivs, dessen Ziel eine vielperspektivische Dokumentation des Wirkens der Einrichtung ist.

■ Ausblick

Als Stiftung öffentlichen Rechts – seit 2009 – ist das Museum dem Berliner Archivgesetz und damit der Anbietung an das Landesarchiv bzw., sofern nicht abge-

geben wird, zu einem geregelten eigenen Archivbetrieb verpflichtet. Folgt man der Entstehungsgeschichte der Historischen Arbeitsstelle, so wird deutlich, dass die Ablehnung der Abgabe an ein übergeordnetes Archiv und der damit verbundene Kontroll- und Zugriffsverlust über und auf das Archivgut seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine entscheidende Rolle spielte für die Legitimation und das Selbstverständnis der Einrichtung.

Historisch wie aktuell wird dafür plädiert, dass aufgrund des engen Bezugs zu den naturkundlichen Sammlungen und der eigenen wissenschaftshistorischen Forschung eine räumliche und institutionelle Trennung von Museum und Archiv zu einem Wertschöpfungsverlust führen würde. Eine stichhaltige Argumentation, die es umso unerlässlicher macht, dass das Archiv nach transparenten Kriterien betrieben wird. Dafür ist es entscheidend, dass das Archivgut nach transparenten und geregelten Kriterien übernommen, erschlossen und möglichst barrierefrei zugänglich gemacht wird. Aktuell wird dies insbesondere in Hinblick auf Digitalisierung im größeren Rahmen des Zukunftsplanes des Museums vorangetrieben.

Yvonne Reimers

1 Sabine Hackethal: Die Historischen Schrift- und Bildgut-sammlungen im Museum für Naturkunde und ihre Bedeutung für Sammlungsarbeit und Forschung. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, (38) 1989, S. 353-358.

2 Museum für Naturkunde, Historische Bild- und Schriftgut-sammlungen Berlin (im Folgenden MfN, HBSB), Dokumente betreffend die Einrichtung des Museumsarchivs. Die im Text genannten Quellen sind noch nicht verzeichnet und verfügen daher über keine Signaturen.

3 Ebenda.

4 Ebenda.

5 So schreibt Werner Ulrich auf eine Leihanfrage wenig später am 1.12.1948, dass er dieser nur ungern stattgebe, aus „Sorge um unser Sammlungs-, Schriften- und Archiv-Material, das nach dem Zusammenbruch in der Tat einzigartig geworden ist und das Letzte darstellt, was unser Land an solchen Materialien noch besitzt.“ In: MfN, HBSB, Dokumente betreffend Archiv und Bild.

6 So schreibt z. B. am 14.01.1952 J.-G. Helmcke vom Institut

für Mikromorphologie der Deutschen Akademie der Wissenschaften an den Museumsdirektor Alfred Kaestner, dass er dem Museum Fotografien von biologischen Gruppen des Zoologischen Museums übersende, „denn ich halte es für richtiger, daß Sie diese Aufnahmen von den leider zerstörten Gruppen im Besitz des Museums haben.“ und die Künstlerin Meta Schaubach übersendet mehrfach von ihr angefertigte Scherenschnitte namhafter Naturwissenschaftler. In: Ebenda. 7 MfN, HBSB, Dokumente betreffend Einrichtung des Museumsarchivs.

8 Zur strukturellen Eingliederung des Museums für Naturkunde in die Humboldt-Universität ab 1945 steht eine detaillierte Betrachtung aus. Ebenso, inwiefern die Hochschulreformen das Agieren des Museums beeinflussten und inwiefern die Forderungen des Universitätsarchivs bis 1989 im Kontext des ostdeutschen Archivwesens zu betrachten sind. 1995 wurde das Berliner Gesetz über das Museum für Naturkunde der Humboldt-Universität zu Berlin (Naturkundemuseumsgesetz – MfNG) verabschiedet und das Museum als ein „Zentralinstitut mit besonderer Struktur“ benannt. In den Gesetzesüberarbeitungen bis zum Wechsel zur Leibniz-Gemeinschaft 2009 wird das Museumsarchiv nicht gesondert genannt.

9 Vgl. MfN, HBSB, Dokumente betreffend Verhandlungen mit Universitätsarchiv 1967-1980.

10 Vgl. Bestandsbeschreibungen der betreffenden Bestände, abrufbar unter: https://www.archiv-hu-berlin.findbuch.net/php/main.php?be_kurz=4d664e2e3031#4d664e2e3031. (Zugriff am 11.03.2020).

11 MfN, HBSB, Dokumente betreffend Verhandlungen mit Universitätsarchiv 1967-1980. Die betreffenden Unterlagen von Paul Ramdohr, bei denen es sich wohl weniger um einen kompletten Nachlass handelt, befinden sich tatsächlich im Universitätsarchiv, für die anderen genannten Unterlagen wäre dies zu überprüfen.

12 Ebenda.

13 Für den genauen Nachweis, wann Ilse Jahn offiziell zur Kustodin der HBSB ernannt wurde, fehlt bisher ein schriftlicher Beleg.

14 MfN, HBSB, Dokumente betreffend Verhandlungen mit Universitätsarchiv 1967-1980.

15 Ebenda.

16 MfN, HBSB, Mappe Historische Bild- und Schriftgut-sammlungen zu zentraler Einrichtung deklariert.

Personen

■ Gabriele Radecke

Gabriele Radecke hat am 1. Oktober 2020 die Leitung des Literaturarchivs der Akademie der Künste, Berlin, übernommen. Nach dem Studium der Germanistik, Politik- und Rechtswissenschaften in Mainz und der Promotion arbeitete sie zunächst als freie Literatur- und Editionswissenschaftlerin. An der Georg-August-Universität Göttingen gründete sie 2010 die Theodor Fontane-Arbeitsstelle, die sie bis 2019 leitete. Unter ihrer Herausgeberschaft entstanden dort die digitale Edition der Notizbücher Fontanes sowie einige Bände der Großen Brandenburger Ausgabe. Ihr Engagement für den Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in eine breite Öffentlichkeit wurde 2017 mit dem Stiftungspreis der Universität Göttingen gewürdigt.

Berliner Archivrundschau

Sie haben lange Jahre erfolgreich die Theodor Fontane-Arbeitsstelle der Universität Göttingen geleitet. Warum nun der Wechsel nach Berlin?

Gabriele Radecke

Dafür gab es mehrere Gründe. Ich hatte mich erstens seit über zwanzig Jahren vorwiegend mit Theodor Fontane befasst und es war jetzt an der Zeit, sich neuen Arbeitsgebieten und Herausforderungen zu stellen. Die renommierte Akademie der Künste mit ihrem großen Literaturarchiv bietet viele Möglichkeiten, meine bisherigen Schwerpunkte zu erweitern: mit unterschiedlichen Vor- und Nachlässen von Schriftstellerinnen und Schriftstellern seit 1900, dem Kontakt zu vielen Autorinnen und Autoren sowie Archivgeberinnen und Archivgebern, der intradisziplinären Zusammenarbeit mit den anderen Archivabteilungen und schließlich auch mit der Möglichkeit, Öffentlichkeitsarbeit durch Veranstaltungen und Publikationen mitzugestalten. Es gibt aber auch einige Überschneidungen mit meiner bisherigen Arbeit, in deren Mittelpunkt ja auch Archiv, Dichternachlässe und Digitalisierung standen.

Der zweite und vielleicht entscheidende Grund ist, dass ich bis 2019 stets in befristeten Arbeitsverhältnis-

sen beschäftigt war. Nach einigen Jahren der Selbstständigkeit arbeitete ich in Göttingen gut zehn Jahre auf einer Drittmittelstelle, die ich ebenso wie die Mittel für Mitarbeitende und studentisches Personal eingeworben habe. Und als mein siebter Arbeitsvertrag Ende 2019 endete und sich weder eine Projektverlängerung noch eine Entfristung ergab, war die Ausschreibung im Literaturarchiv der Akademie der Künste ein wunderbarer Glücksfall. Es ist meine erste unbefristete Stelle, was im wissenschaftlichen Literatur- und Kulturbetrieb heutzutage nicht selbstverständlich ist.

Zu guter Letzt gab es auch persönliche Verbindungen. Zum einen ist Berlin meine Geburtsstadt und zum anderen war mein Urgroßvater Robert Radecke, ein Berliner Hofmusiker, Komponist und Musikpädagoge, von 1875 bis 1910 Akademie-Mitglied der Sektion Musik. Außerdem hatte „mein“ Theodor Fontane 1876 ein, wenn auch nur kurzes Gastspiel als Erster Ständiger Sekretär der Akademie der Künste. Im Gegensatz zu ihm habe ich vor zu bleiben.

Berliner Archivrundschau

Was hat Sie bei Ihrem Amtsantritt besonders überrascht?

Gabriele Radecke

Über das Literaturarchiv der Akademie wusste ich vorher nicht allzu viel. Sicher liegt es auch an meinem bisherigen Fokus, der überwiegend auf der Literatur des 19. Jahrhunderts lag. Dennoch steht meiner Meinung nach das Literaturarchiv nicht so sehr im öffentlichen Bewusstsein wie z. B. das Deutsche Literaturarchiv Marbach; es ist auch weniger bekannt als Personenarchive wie das Bertolt-Brecht-Archiv der Akademie oder das Theodor-Fontane-Archiv in Potsdam. Überrascht hat mich die Größe des Literaturarchivs. Unter den 370 Beständen gibt es viele große Namen wie Heinrich Mann, Arnold Zweig, Anna Seghers, Heiner Müller, Walter Kempowski, Günter Grass, Imre Kertész oder auch Uwe Timm. Jeder dieser Bestände würde schon allein ein eigenes Dichterhaus rechtfertigen und füllen.

Mindestens genauso überrascht war ich über die dünne Personaldecke. Alle im Team betreuen jeweils

zwischen 30 und 40 Archive, darunter oft sehr umfangreiche. Allein der Heinrich-Mann-Bestand umfasst mit Archiv und Sammlung etwa 30.000 Blatt. Das ist enorm.

Berliner Archivrundschau

Sie sind jetzt seit gut sechs Monaten im neuen Amt. Können Sie für uns ein erstes Fazit ziehen?

Gabriele Radecke

Die ersten sechs Monate waren geprägt von der Pandemie, was insbesondere die Kommunikation im Literaturarchiv, aber auch zu den anderen Archivabteilungen und den Kunstsektionen innerhalb der Akademie erschwerte. Dennoch war es mir ein großes Anliegen, zunächst die Kolleginnen und Kollegen persönlich kennenzulernen, um den alltäglichen Betrieb aufrecht zu erhalten und gemeinsame Vorhaben abzustimmen. Hinzu kam, dass unsere erste Veranstaltung in diesem Jahr, eine kleine Ausstellung und eine prominent besetzte Lesung anlässlich des 150. Geburtstags von Heinrich Mann, in relativ kurzer Zeit in einem digitalen Format stattfinden musste. Mit großem Engagement und viel Kreativität des ganzen Teams hat es funktioniert. Das waren sehr positive Erfahrungen, die mich für die anstehenden Projekte motiviert haben. Mein Fazit ist, dass wir auch in der schweren Zeit gemeinsam Inhalte gestalten und andere damit begeistern können.

Berliner Archivrundschau

Welche Schwerpunkte werden Ihre Arbeit ausmachen? Welche neuen Akzente haben Sie bereits gesetzt oder werden Sie setzen?

Gabriele Radecke

Zunächst haben wir im Literaturarchiv die schon verabredeten Programme zu organisieren und durchzuführen. So stehen beispielsweise noch einige Veranstaltungen an, die pandemiebedingt aus dem vergangenen Jahr verschoben werden mussten. Außerdem gibt es Kooperationen wie zum Beispiel das internationale Nachlassprojekt Heinrich Mann DIGITAL.

Was mir darüber hinaus wichtig ist: Ich bin ja in der Editions- und Literaturwissenschaft sozialisiert und habe durch meine bisherigen Tätigkeiten die Erfahrung gemacht, dass editorische und archivarisches Arbeit sehr



Gabriele Radecke, Foto: Klaus-Peter Möller

eng beieinander liegen. Es geht um die Arbeit mit dem Original, um Erschließung und um Bereitstellung für die weiterführende Forschung. Deswegen wird es mein Anliegen sein, neben der archivarisches Erschließungsarbeit auch kleinere Editionen zu publizieren. Das können wir vom Literaturarchiv allerdings nicht allein leisten, aber durch die Zusammenarbeit mit Fachwissenschaftlerinnen oder Fachwissenschaftlern wäre es möglich.

Außerdem sehe ich Potenzial durch die Digitalisierung. Wir erhalten verstärkt Anfragen zu digitalen Editionen oder Portalen wie Heinrich Mann DIGITAL. Für das Literaturarchiv ergeben diese Nachfragen vielfältige Möglichkeiten, sich in den Diskurs auf Augenhöhe wieder einzubringen. Wir erschließen ja die Bestände sehr aufwendig mit Metadaten und GND-Verknüpfungen und publizieren die Ergebnisse in unserer Online-Datenbank. Wir digitalisieren und schaffen durch die Erschließungsarbeit und Normdaten eine wichtige Grundlage für digitale Editionen. Das Literaturarchiv sollte sich also nicht nur als Dienstleister definieren, sondern auch als Basis-Akteur im Editionsprozess. Das möchte ich mittelfristig angehen.

Wichtig ist mir außerdem die Öffentlichkeitsarbeit. Da wird hier in der Akademie mit anspruchsvollen

Veranstaltungen, umfangreicher Pressearbeit und Publikationen schon sehr viel geleistet. Aber ich denke, dass sich das Literaturarchiv in diesen öffentlichen Vermittlungsprozess noch mehr einbringen kann. Weil das Interesse an den Handschriften durch die Digitalisierung eher noch wächst, nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit. Auf meinen Vorträgen wurde ich oft gefragt: „Was macht ihr eigentlich im Archiv?“ Und so könnte ich mir vorstellen, dass wir unsere vielfältigen archivischen Tätigkeiten nach der Pandemie wieder deutlicher in den Fokus stellen: durch Führungen, Workshops und Kooperationen mit anderen Kultureinrichtungen, aber auch mit Aufklärung über unsere alltäglichen Aufgaben. Ich möchte erreichen, dass unsere Arbeit im Literaturarchiv noch mehr ins öffentliche Bewusstsein gelangt.

Berliner Archivrundschau

Was ist das Spannende an einem Literaturarchiv?

Gabriele Radecke

Das Besondere am Literaturarchiv der Akademie der Künste ist, dass es Teil eines umfangreichen Kunstarchivs ist. Es sind nicht allein die vielen Bestände mit ihren Dichterhandschriften, Fotos und Typoskripten, die spannend sind, weil sie die Entstehungsspuren der literarischen Werke auratisch vor Augen führen. Sondern es gibt auch viele Verbindungen und Überschneidungen zu den anderen neun Archivabteilungen im Haus, etwa mit dem Archiv Darstellende Kunst oder auch mit dem Film- und Medienkunstarchiv. Auf die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen freue ich mich besonders.

Berliner Archivrundschau

Welchen Herausforderungen muss sich das Literaturarchiv in den nächsten Jahren stellen?

Gabriele Radecke

Die größte Herausforderung ist, dass viele Autorinnen und Autoren ihre Arbeitsweise geändert haben und sich dadurch auch unsere archivische Tätigkeit in einem Veränderungsprozess befindet. Weil viele Schriftstellerinnen bzw. Schriftsteller nicht mehr handschriftlich oder mit der Schreibmaschine arbeiten, sondern auf

dem Computer und zunehmend auch im Internet, erhalten wir auch mehr born digitals, um deren Verfügbarmachung und Langzeitarchivierung wir uns ebenso kümmern müssen wie um die analogen Medien. Dadurch ändert sich zum einen unser Arbeitsprofil, zum anderen werden wir auch Personal mit dem digitalen Medium angepassten Qualifizierungen benötigen. Mit dem digitalen Umbruch, der die Autorinnen und Autoren sowie die Archive erreicht hat, wandelt sich auch die Aura des Objekts. Der inhaltliche Wert bleibt natürlich gleich, aber es macht schon einen Unterschied, ob ich Handschriften in ihren individuellen Ausformungen vor mir habe oder normierte Buchstabenreihen. Dazu kommt die Frage des Verhältnisses von Original und Kopie.

Das zweite ist, dass schon gegenwärtig Veranstaltungen einen großen Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit ausmachen. Auch hier ist die Digitalität eingezogen, denn mit fortschreitender Pandemie haben wir die Lesungen und Diskussionsrunden sowie auch die Ausstellungen auf digitale oder hybride Formate umgestellt.

Berliner Archivrundschau

Literatur wird in Berlin und Deutschland auch an anderen Orten archiviert. Welche Überlegungen gibt es zu Kooperationen?

Gabriele Radecke

Es gibt bereits einige Kooperationen des Literaturarchivs, die ich mitgestalten werde. Etwa das schon erwähnte transnationale Projekt Heinrich Mann DIGITAL, das gerade erst begonnen hat und das zum Ziel hat, den weltweit zerstreuten Nachlass Heinrich Manns virtuell in einem Online-Portal zusammenzuführen. Wir arbeiten mit sechs anderen Archiven und Bibliotheken in Deutschland und der Schweiz, in Prag und in Los Angeles zusammen. Ich möchte zudem die Zusammenarbeit mit anderen Archiven, Universitäten und weiteren Forschungseinrichtungen ausbauen. Es wird hoffentlich nach der Pandemie wieder möglich sein, den Nachwuchs ins Archiv zu holen, um an einigen erprobten Veranstaltungsreihen wie Seminaren und Workshops anzuknüpfen.

Berliner Archivrundschau

Sie hatten schon kurz über die Öffentlichkeitsarbeit gesprochen. Wie kann die Öffentlichkeit noch stärker an den Beständen des Literaturarchivs teilhaben?

Gabriele Radecke

Mir ist wichtig, interessierte Leserinnen und Leser ins Archiv zu holen. Führungen oder Lehrerfortbildungen gibt es ja bereits. Wie das bisherige Angebot ausgebaut werden könnte, darüber gibt es schon ein paar Ideen, etwa die Zusammenarbeit mit literarischen Gesellschaften. Vielleicht könnten wir auch wieder mehr Literatúrausstellungen organisieren. Darüber ließe sich eine große Öffentlichkeit herstellen.

Berliner Archivrundschau

Denken Sie auch an populäre Formate?

Gabriele Radecke

Ja. In der Tat habe ich im Fontane-Jubiläumsjahr 2019 viele unterschiedliche Formen für ein allgemeines interessiertes Publikum probiert: nicht nur Vorträge, Lesungen, Ausstellungen und Podiumsgespräche, sondern auch Workshops und Exkursionen zu Fontane-Orten, aber auch Serien über Erkenntnisse aus dem Fontane-Nachlass in Tageszeitungen. Das öffentliche Interesse und der Zuspruch waren enorm, insbesondere dann, wenn es darum ging, zu zeigen, wie der Autor an seinen Texten gearbeitet hat und wir durch Abbildungen von Werkmanuskripten Einblicke in die Dichterwerkstatt geben konnten. Literarische Themen lassen sich nicht nur theoretisch und abstrakt vermitteln, sondern vor allem auch durch kreative Formate. Das hat dann eine ganz andere, ja authentische Faszination. Und man kann das Publikum ganz wunderbar abholen, wenn man beispielsweise über das Führen von Tagebüchern oder Notizheften spricht. Denn es sind Medien, die vielen Menschen nahestehen, weil sie selbst noch welche führen.

Berliner Archivrundschau

Können Sie etwas aus Ihrer bisherigen Stelle mitbringen?

Gabriele Radecke

Es gibt viele Erfahrungen, die mir neben den Kenntnissen, die ich in Göttingen erworben habe, den Einstieg hier in Berlin sehr erleichtert haben: das Management von analogen und digitalen Projekten in intradisziplinärer Zusammenarbeit und das Einwerben von Drittmitteln, aber auch der langen Atem und die Geduld, die man nicht nur für umfangreiche Editionen benötigt, sondern erst recht für die langjährigen und kleinteilige Erschließungsarbeit an den Archivbeständen.

Und nicht zuletzt kann ich meine Netzwerke für die Arbeit im Literaturarchiv einbringen. Es gab ja bereits in Göttingen Kontakte zum Kompetenz-Netzwerk für Nachlässe KOOP-LITERA.

Aber vor allem sind im Fontane-Kontext viele Verbindungen zu Kultureinrichtungen in Berlin und Brandenburg entstanden, mit denen ich zusammengearbeitet habe. Daher denke ich übrigens auch, dass wir Veranstaltungen in anderen Häusern mitorganisieren können, in denen es einen Bezug zu unseren Archivbeständen gibt. Mir fällt da gleich Franz Fühmann ein, dessen einhundertsten Geburtstag wir im nächsten Jahr feiern, und der – wie Fontane – auch ein märkischer Wanderer war.

■ Florian Kiuntke

Florian Kiuntke hat am 1. Oktober 2020 die Leitung des Siemens Historical Institute (SHI) übernommen. Nach dem Studium der Geschichtswissenschaft in Trier und der Promotion an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg arbeitete er an der gleichen Hochschule von 2007 bis 2009 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum für Angewandte Geschichte. 2010 wechselte er zum SHI. Von Oktober 2015 bis September 2020 gehörte er dem zentralen Redenschreiberteam der Siemens AG an.

Berliner Archivrundschau

Was hat Sie bei Ihrem Amtsantritt besonders überrascht oder gar fasziniert?

Florian Kiuntke

Angenehm überrascht haben mich die Räumlichkeiten. Als ich 2010 im SHI begonnen habe, war das Institut noch in München beheimatet. 2016 ist es nach Berlin in das Verwaltungsgebäude in Siemensstadt gezogen. Wir arbeiten jetzt also wieder in jenem Gebäude, in dem das Konzernarchiv von 1914 bis Anfang der 1950er-Jahre untergebracht war, bevor es im Ergebnis der Verlegung des Firmensitzes von Siemens & Halske nach München ebenfalls dorthin umgezogen ist. Am Nonnendamm haben wir in modernen Archivräumen (noch) ausreichend Platz für unsere Archivalien. Und hier sind es dann die Zahlen, die mich nach wie vor faszinieren: 10.000 laufende Meter Akten, über eine Million Fotos – die Palette reicht von Daguerreotypien mit Bildnissen der Siemens-Familie über Glasplattenegative bis hin zu Fotos aus den 1990er-Jahren –, mehr als 8.000 Filme und eine rund 12.000 Bände umfassende Bibliothek – und damit ist nur der Bereich der analog vorliegenden Bestände thematisiert.

Berliner Archivrundschau

Sie sind jetzt seit gut sechs Monaten im neuen Amt. Können Sie für uns ein erstes Fazit ziehen?

Florian Kiuntke

Für mich war und ist die Leitung des SHI ein Traumjob – auch in den jetzt äußerst schwierigen Zeiten. Als ich

die Leitung des SHI übernommen habe, waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits überwiegend im Homeoffice. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, dann gab es im Herbst lediglich zwei Teammeetings vor Ort. Mein Team und ich arbeiten also fast überwiegend „über den Bildschirm“ miteinander. Das klappt erstaunlich gut, aber natürlich funktioniert gerade in einem Archiv nicht alles elektronisch. Darüber hinaus haben sich meine Aufgaben vom eher Operativen als Redenschreiber hin zur Administration einer Teamleitung verschoben. Und hier geht es mir in vielerlei Hinsicht vermutlich nicht anders als den meisten Archivleitern. Auch ich finde mich mitunter in Situationen wieder, in denen ich zum Beispiel um Budgets ringen muss. Gerade in schwierigen Zeiten wie diesen. Aber der Mehrwert, den das SHI sowohl für das Unternehmen im Allgemeinen als auch für die Außenwirkung der Siemens AG im In- und Ausland im Besonderen schafft, lässt sich eben nur schwer in Zahlen ausdrücken. Es ist ein ideeller Wert von immenser Bedeutung.

Berliner Archivrundschau

Welche Schwerpunkte werden Ihre Arbeit ausmachen? Welche neuen Akzente haben Sie bereits gesetzt oder werden Sie setzen?

Florian Kiuntke

Die Möglichkeiten und die Innovationen der Digitalisierung sollen und werden vor den Türen des SHI nicht halt machen. Damit meine ich zum einen unsere Prozesse. Wir stellen uns die Frage: Wo können wir die Möglichkeiten und Chancen, die die Digitalisierung uns in vielen Lebensbereichen bietet, noch umfangreicher für unser Archiv nutzen? Beispielsweise stehen wir vor der Frage, welche Anforderungen auf uns zukommen, wenn Daten in naher Zukunft nur noch digital zur Verfügung stehen. Oder was ist mit Social Media? Sollten wir nicht z. B. auch Tweets oder LinkedIn-Artikel archivieren? Und wenn ja, wie tun wir das?

Aber auch inhaltlich: Siemens präsentiert sich seit einigen Monaten der Öffentlichkeit unter dem Motto „Transform the Everyday“. Fast zu Beginn meiner Amtszeit habe ich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebeten, Beispiele aus der Siemens-Geschichte zusammenzutragen, die die historische Dimension be-

sagten Mottos verdeutlichen, also „Transform(ed) the Everyday“. Aus dieser Idee ist inzwischen ein Projekt geworden, dessen filmische Ergebnisse wir demnächst in den sozialen Netzwerken präsentieren werden.

Berliner Archivrundschau

Was ist eigentlich das Spannende an einem Wirtschaftsarchiv?

Florian Kiuntke

Wenn ich diese Frage erschöpfend beantworten würde, wäre kein Platz mehr für weitere Fragen, deshalb kann ich das nur andeuten. Das SHI ist das zweitälteste Unternehmensarchiv Deutschlands, es besteht seit 1907. Es ist das historische Gedächtnis eines Unternehmens, das sich von einem Zehn-Mann-Betrieb im Gründungsjahr 1847 zu einem international tätigen Konzern mit heute rund 200.000 Mitarbeitern entwickelt hat. Die Bestände des SHI geben tiefe Einblicke in die Geschichte des Unternehmens.

Ich greife an der Stelle nur einen Bestand exemplarisch heraus: Das SHI ist im Besitz der so genannten Brüderbriefe, das heißt der Korrespondenz zwischen Werner, Wilhelm (William) und Carl von Siemens. Diese Briefe geben einen tiefen Einblick in die Erfolge, aber auch Niederlagen der ersten Jahrzehnte von Siemens & Halske in Deutschland sowie des Geschäfts in England und Russland.

Wichtig ist an dieser Stelle der Hinweis, dass wir kein totes, also abgeschlossenes Archiv sind. Das SHI übernimmt fortlaufend Unterlagen, darunter auch solche, die relativ aktuell sind wie Rundschreiben oder Presseinformationen. Insofern ist das SHI zwar nicht ganz das Kurzzeitgedächtnis des Unternehmens, aber dennoch können wir oft auch Fragen der Jetztzeit gut beantworten.

Berliner Archivrundschau

Welchen Anforderungen muss sich das Siemens Historical Institute in den nächsten Jahren stellen?

Florian Kiuntke

Wir müssen unter anderem sicherstellen, dass auch künftig die im laufenden Geschäftsprozess nicht mehr benötigten Unterlagen den Weg ins SHI finden, um dort bewertet, erschlossen und verzeichnet zu werden. Eine



Florian Kiuntke

weitere Herausforderung ist, dass im Zeitalter der digitalen Kommunikation immer mehr Unterlagen rein digital vorhanden sind, Stichwort „digital born“.

Und wir müssen, wie bereits angedeutet, ein Konzept erarbeiten, wie wir mit der immer größer werdenden Bedeutung der sozialen Medien umgehen, aber auch wie die relevanten Inhalte der siemensinternen Kommunikationsplattformen dauerhaft archiviert werden können.

Berliner Archivrundschau

Welche Überlegungen gibt es zu Kooperationen mit Archivverbänden oder anderen Archiven?

Florian Kiuntke

Das SHI gehört der Vereinigung der deutschen Wirtschaftsarchivare e. V. an, ich selbst bin im Beirat des Berlin-Brandenburgischen Wirtschaftsarchives e. V. (BBWA). Der Austausch mit den Fachkollegen ist also gesichert. Wenn es um die Kooperation untereinander geht, gibt es durchaus Potential, das auszuschöpfen wäre.

Denkbar wäre beispielsweise, dass das SHI für das Projekt der Industriespaziergänge des BBWA thematische Touren durch Siemensstadt anbietet. Und noch ei-

ne Idee: Der 1. Industriekulturabend des BBWA hatte das Thema „Siemens in Berlin – der Weg zur Elektropolis“. Das ist jetzt elf Jahre her. Ich könnte mir vorstellen, dass wir 2022, wenn das Unternehmen sein 175-jähriges Bestehen feiert, einen Industriekulturabend inhaltlich verantworten.

Berliner Archivrundschau

Wie kann die Öffentlichkeit noch stärker an den Beständen des Siemens Historical Institute teilhaben? Gibt es da schon erste Ideen?

Florian Kiuntke

Bis zu COVID-19 gab es kaum einen Tag, an dem keine Archivnutzer im SHI zu Besuch waren. Doch für diese Besuchergruppe ist das SHI seit über einem Jahr geschlossen. Sollten bestimmte Beschränkungen nach Abklingen der Pandemie fortbestehen, wird zu überlegen sein, wie in Einklang mit unseren Ressourcen und unserem primären Auftrag dann ein Zugang organisiert werden kann.

Auch überlegen wir, wie man z. B. virtuelle Archivführungen für interessierte interne und externe Zielgruppen organisieren kann.

Berichte und Nachrichten

■ Elektronisches Terminbuchungssystem für Lesesaalplätze im Bundesarchiv eingeführt

Arbeitsplätze für die Nutzung von Archivgut des Bundes an den Dienstorten Berlin-Lichterfelde, Freiburg und Koblenz können seit Januar 2021 online gebucht und storniert werden. Freie Termine sind in der Kalenderansicht fett markiert.

Da allerdings wegen der gebotenen Abstandsregeln nur ein Teil der Arbeitsplätze zur Verfügung steht, sind insbesondere an den Standorten Berlin-Lichterfelde und Freiburg sehr viele Termine des Jahres 2021 bereits vergeben. Bei Stornierungen werden die entsprechenden Termine freigegeben und sind neu buchbar.

Pressemeldung

■ 10. Tag der Bestandserhaltung Berlin Brandenburg 2021 – ein Jubiläum

Am 23. und 24. September 2021 wird das Kompetenzzentrum Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken in Berlin und Brandenburg (KBE) das Jubiläum, den 10. Tag der Bestandserhaltung, in der Staatsbibliothek zu Berlin SPK ausrichten.

Die erste Tagung fand in 2011 in der Universität Potsdam statt. Damals noch als Gemeinschaftsveranstaltung des KBE und der AG Bestandserhaltung des Deutschen Bibliotheksverbands organisiert, diskutierten Vertreter der Länder Berlin und Brandenburgs zusammen mit Expertinnen und Experten zu „Quo vadis Bestandserhaltung“. Seitdem veranstaltet das KBE abwechselnd in Berlin und Brandenburg die ein bis zweitägige Jahrestagung. Der Tag der Bestandserhaltung hat über die regionalen Grenzen hinaus an Bekanntheit und Wertschätzung gewonnen und sich zu einem festen Be-

standteil der Arbeit sowie zum Höhepunkt des Fortbildungsjahres des KBE entwickelt.

In diesem Jahr werden an zwei Tagen verschiedene Perspektiven zum Thema „Klima – Wandel und Herausforderungen“ illustriert und diskutiert. Von Klimawandel und den einhergehenden Auswirkungen auf das Kulturgut und den Institutionen als über Technik und Messmethoden bis zu Lagerung und Transport werden sich Kolleginnen und Kollegen in Fachvorträgen, Workshops, Erfahrungsberichten und Diskussionsrunden dem Austausch widmen.

Kerstin Jahn

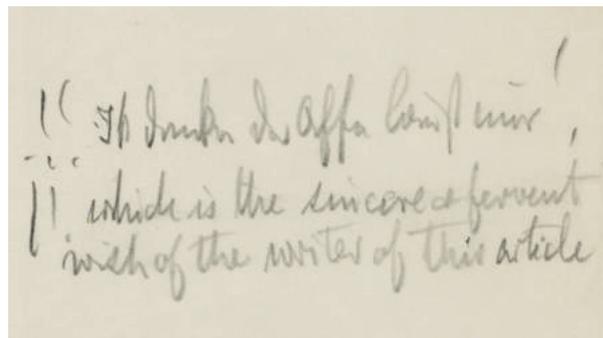
■ „Ik denke der Affe laust mir“ Preußen nach der Reichsgründung 1871

Mit der Proklamation König Wilhelms I. von Preußen zum Deutschen Kaiser am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles wurde die Gründung des Deutschen Reiches besiegelt. Die tiefe Sehnsucht einer Mehrheit der Deutschen nach einem eigenen Nationalstaat schien Wirklichkeit zu werden. Die „vielgestaltige Pufferzone“ des mitteleuropäischen Raumes, in die jahrhundertlang andere Mächte oft eher hineingewirkt hatten als umgekehrt, gehörte der Vergangenheit an. Nach dem Deutsch-Dänischen und dem Preußisch-Österreichischen Krieg (1864/66) hatte das Königreich Preußen erheblichen territorialen Zugewinn errungen und seine Vormachtstellung in Deutschland ausgebaut. Künftig konnte Preußen nicht mehr gedacht werden ohne Deutschland.

Vor welchen Problemen und Herausforderungen stand das Königreich Preußen, das nach der erfolgten Reichsgründung aufhörte, ein völkerrechtliches Subjekt zu sein? Ein Staat, der trotz seiner mittelfristigen Vorherrschaft im Reich tendenziell in Deutschland aufgehen sollte? Selbst die Herrscher Preußens waren von Skrupeln keineswegs frei. Wilhelm I. fürchtete um

einen Bedeutungsverlust Preußens und sträubte sich gegen den Titel „Deutscher Kaiser“. Wilhelm II. versuchte mittels politischer und religiöser Mythen die Hohenzollernmonarchie als neue Reichsdynastie dauerhaft zu etablieren. Wo dies auch nur im Ansatz angezweifelt wurde, reagierte der Monarch wie so häufig äußerst inkonzilient („Ik denke der Affe laust mir“).

Ausgehend vom Ringen der preußischen Herrscher um eine neue Identität in ihrer Rolle als deutsche Kaiser auf der einen und Könige von Preußen auf der anderen Seite werden in einer Ausstellung in insgesamt acht Vitrinen gesellschaftliche Entwicklungen und Konflikte in Preußen, überwiegend aus der Zeit nach 1871, thematisiert. Wirtschaftlicher Aufschwung und Gründerkrach, die Forcierung des Mietskasernenbaus mit seinen gravierenden sozialen und politischen Folgen, die herausragende Stellung des Militärs in der Gesellschaft, der Akademisierungsprozess staatlicher und privater Forschungsinitiativen, der Kulturkampf im Spiegel der preußischen Gesetzgebung und Aspekte des gründerzeitlichen Historiendramas stehen im Mittelpunkt der Präsentation und Kommentierung ausge-



„Ik denke der Affe laust mir!“
 Randverfügung Kaiser Wilhelms II. auf den Beitrag
 „Seapower and the nations“ im „Naval and military record“,
 29.10.1903 (GStA PK, BPH, Rep. 53, Nr. 479)

wählter Schlüsselquellen aus den Beständen des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, die erstmals gezeigt werden. Sie sollen einen Eindruck von der gesellschaftlichen Atmosphäre in Preußen nach der Reichsgründung vermitteln, die sowohl von euphorischem Aufbruch als auch von Krisenbewusstsein und sozialen Konflikten geprägt war.

Aus Anlass der Gründung des deutschen Kaiserreichs vor 150 Jahren zeigt das Geheime Staatsarchiv



Das Triumphfest in Berlin – Die Illumination des Brandenburger Tores am Abend des 16. Juni 1871
 Farbiger Holzstich nach einer Zeichnung von E. Wilberg (bpk, Bild Nr. 00003656)

Abdruck

Berlin den 27^{ten} Juli 1872.

137

Berlin, den 27. Juli 1872.

Caroiterer Linnell in der
gend der BlumenstraÙe.

Minne Majestät dem Kaiser und
Könige in Vorfoly unimnt Marginal,
Luricht vom gestrigen Tage zur Aller-
gütigsten Annahmefürsorge ersucht,
voll vorgelegt.

Dem Königl. Polizei-Präsi-
dium meldet das unterzeichnete
Kommando ganz gefachacht,
daß, nachdem gestern Mittag
ein kleinerer Linnell in der
BlumenstraÙe gegen 2 Ufz
befällig war, gegen 8 Ufz
Abend ein Linnell nach dem
Landgräflichen Linienpavillon
aufbrach. Derselbe verstraßte
sich nicht nur auf die Blumen-
straÙe, sondern auch auf den
grünen Platz, AndraßstraÙe,
Landgräflicher Linden, Strauß-
bogens, mit NebenstraÙen.
Gegen 12 Ufz war die ge-
wonnene Gegend gänzlich
jedoch konnte es nicht bei dem
festigen Aufmarsche der
Linnellkavallerie mit dem
Anmarsch der blauen Plaz

Minister des Innern
1847 in bezug auf
bezüglich, wobei

In Wahrnehmung des Ministers
des Innern.

Minister des Innern
gänzlich. Rath.

Postum

23002. 1 Auf.

Polizeibericht zum „Blumenstraßenkrawall“ mit Marginal Wilhelms I., die sich vermutlich auf eine als „Kartoffelrevolution“ bekannte Hungerunruhe im April 1847 bezieht und diese mit der Revolution von 1848 in Verbindung setzt. Berlin, 27. Juli 1872 (GStA PK, I. HA Rep. 89, Nr. 15091, Bl. 137 VS)

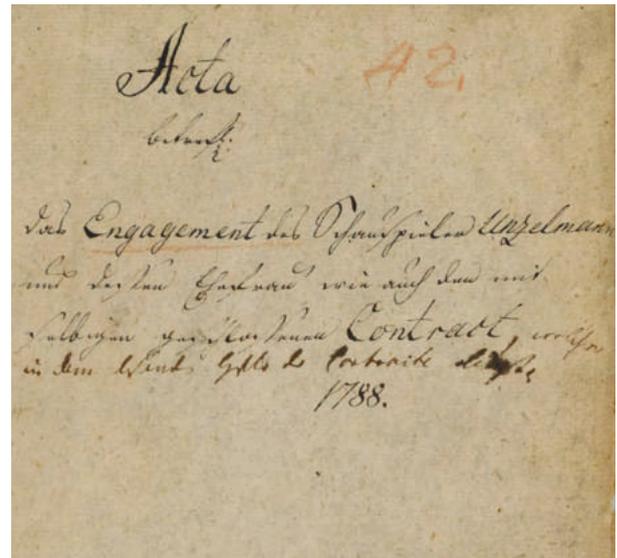
Preußischer Kulturbesitz eine Vitrinenausstellung mit Schlüsselquellen zur Geschichte Preußens nach 1871. Die Ausstellung ist seit dem 18. März 2021 als Vitrinenausstellung im GStA PK und als Web-Ausstellung in der Deutschen Digitalen Bibliothek zu sehen.

Frank Althoff

■ Wie Berlins Nationaltheater zu einem Wallfahrtsort der Schauspielkunst wurde

August Wilhelm Iffland war Ende 1796 nach Berlin gekommen und hatte hier am Königlichen Nationaltheater eine Reihe von Reformen durchgeführt. Reorganisiert wurden die Probenabläufe des künstlerischen Ensembles, die bühnentechnischen Abläufe, die Garderoben-, Kostüm- und Orchesterordnungen. Die Ensemblemitglieder wurden verpflichtet, sich weiterzubilden, mussten neue Literatur über Theater und Kunst, die regelmäßig angeschafft wurde, lesen. In „Zirkularschreiben“ legte der Schauspieler und Theoretiker der Schauspielkunst seine Überlegungen und Anweisungen dem Ensemble vor und gestaltete mit ihm das Berliner Theater zur führenden Bühne im protestantischen Deutschland. Im Vordergrund stand die Bildung des Schauspielers als Persönlichkeit, denn Iffland war überzeugt, dass das Gesamtkunstwerk „Theateraufführung“ nur mit einem Ensemble aus selbstbewussten Künstlern, die über ein hohes Berufsethos verfügen, realisiert werden könne. Die Aura des Iffland-Theaters lockte gestandene Künstlerinnen und Künstler nach Berlin, die um Engagements oder Gastauftritte nachsuchten, aber auch junge Männer und Frauen, die den Schauspielberuf erst erlernen wollten. Die preußische Hauptstadt wurde zum Wallfahrtsort der Schauspielkunst.

Zu „einem kleinen Frühstück neben dem Fortepiano“ lädt der Komponist und Goethe-Freund Johann Friedrich Reichardt den Intendanten des Königlichen Nationaltheaters Iffland im März 1802, um ihn zu einem raschen Abschluss der Proben des Stücks „Der Tod des Hercules“ zu drängen. Denn Reichardt möchte der Aufführung unbedingt beiwohnen, bevor er Berlin wieder verlassen muss, und offenbart auf diese Weise



Akte über das Engagement von Karl Wilhelm Ferdinand Unzelmann und seiner Frau
(Landesarchiv Berlin, A Rep. 167, Nr. 2, S. 83)

die Sogwirkung, die von Ifflands Berliner Bühne auf die Zeitgenossen ausging.

Nur ein Beispiel der vielen Korrespondenzen im Archiv des Intendanten, Dramatikers und Schauspielers August Wilhelm Iffland (1759–1814). Das Archiv, nach dem Zweiten Weltkrieg verloren gegangen, wurde 2014 wiederentdeckt und kam auf Umwegen in den Besitz des Landesarchivs Berlin. Es enthält ca. 5.000 Briefe aus allen Schichten der Bevölkerung sowie von allen Handwerkern und Künstlern, die an der Entstehung einer Theatervorstellung mitwirkten: Schneider, Friseure, Dekorationsmaler, Autoren, Komponisten, Schauspielerinnen und Schauspieler, Sängerinnen und Sänger, Musiker, Verwaltungsbeamte, Hof und Publikum. Die Briefe und Dokumente machen erlebbar, wie Iffland aus einer mittelmäßigen Bühne ein weit über Berlin hinaus strahlendes und Maßstäbe setzendes Theater formte.

Das Iffland-Archiv ist jetzt im Rahmen eines an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften angesiedelten Projekts vollständig ediert und mit ihm ein herausragendes Stück Berliner Theatergeschichte zugänglich gemacht worden. Das Archiv steht der Öffentlichkeit ab sofort als digitale Edition unter <https://iffland.bbaw.de> zur Verfügung. Personen-, Werk-, Orts- und Sachregister bieten komfortable Hilfsmittel, um das Archiv zu benutzen.

Pressemitteilung



Tagebuch von Josef Murch, Foto: TEA

■ Das Tagebucharchiv Berlin richtet sich neu aus

Die Vorsitzende des Tagebuch- und Erinnerungsarchivs Berlin (TEA) Karin Manke-Hengsbach hat zum 1. September 2020 aus Altersgründen das Archiv in neue Hände gegeben. Pandemiebedingt konnte zwar noch keine Mitgliederversammlung mit Wahl eines neuen Vorstandes stattfinden, aber das neue Team des TEA arbeitet schon. Die vorhandenen Tagebücher

und Texte von Erinnerungstreffen der verschiedenen Schreibwerkstätten wurden gesichtet und mit deren Dokumentation begonnen. In den nächsten Jahren sollen die Bestände erschlossen und sukzessive digitalisiert werden, damit sie auch online eingesehen werden können. Da der Verein ausschließlich ehrenamtlich arbeitet, freuen wir uns über jede helfende Hand dabei.

In den letzten Monaten gab es einige neue Übernahmen von Tagebüchern und Chroniken, darunter das Tagebuch des Maurers Josef Murch, geboren am 7. Februar 1867, der seine Erinnerungen in Form von Jahresrückblicken niederschrieb und uns an herrlichen Episoden seiner Wanderschaft und seines Alltags teilhaben lässt. Seine Enkelin übergab uns das interessante Dokument im September 2020. Eine Mitarbeiterin des Tagebucharchivs begann sofort damit, die Sütterlin-Handschrift zu transkribieren und zu digitalisieren. Im Januar 2021 konnte sie ihre Arbeit abschließen.

In den nächsten Jahren wird der Schwerpunkt unserer Sammlung von Lebenserinnerungen, Tagebüchern, autobiografischen Aufzeichnungen, aber auch Fotos und Materialien, die zu Lebensläufen gehören wie Zeugnisse, Urkunden, Testamente, Briefsammlungen und Brigadeaufzeichnungen, die Zeit der DDR sein.

Materialien aus jeglicher Zeit, die Auskunft über das alltägliche Leben geben, sind bei uns immer willkommen.

Sabine Musial

Josef Murch, 1947 (TEA)



■ Corona und was nun? Archivpädagogik in Pandemiezeiten

Infolge der SARS-CoV-2-Pandemie hat sich die Arbeit in Archiven grundlegend verändert. Auch in Berliner Archiven haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Tätigkeit phasenweise komplett oder mit Unterbrechungen ins Homeoffice verlegen müssen. Angeordnete Nutzungsbeschränkungen und Archivschließungen haben sich auch auf Angebote der kulturellen Bildung, insbesondere der Archivpädagogik, ausgewirkt. Eine nicht repräsentative Umfrage in Berliner Archiven in den letzten Wochen ergab folgendes Bild:

Das Archiv des Jüdischen Museums hat seit Beginn der Pandemie sein archivpädagogisches Angebot fast komplett eingestellt. Viele Mitarbeitende waren im Homeoffice beschäftigt. Zudem gab es kaum Anfragen nach Workshops, einem wesentlichen Baustein des archivpädagogischen Angebots des Museums. Dagegen erhielt das Archiv viele E-Mails, nicht nur von Schülerinnen und Schülern, die es zu beantworten galt.

Auch im Landesarchiv Berlin mussten Präsenzveranstaltungen wie Führungen, Unterrichtseinheiten, Projektwochen oder Workshops abgesagt werden. Zwischen der Arbeit im Homeoffice und wechselnder Präsenz im Archiv wurde jedoch versucht, alle anderen Angebote der Archivpädagogik fortzuführen. Schülerinnen und Schüler erhielten auf ihre Fragestellungen nach Material für ihre 5. Prüfungskomponente oder den Mittleren Schulabschluss (MSA) telefonische oder schriftliche Beratung. Ihnen wurden kostenfreie Digitalisate von ausgewähltem Archivgut zur Verfügung gestellt. Auch die Betreuung von Recherchen, die Jugendliche im Rahmen des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten für ihre Forschungen absolvierten, verlief entsprechend virtuell. Insgesamt betreute das Landesarchiv rund 20 Einzelprojekte für den Geschichtswettbewerb, verschickte Archivgut in digitaler Form oder verwies auf alternative Internetquellen. Die Kooperationen mit dem Europa-Gymnasium Berthavon-Suttner und der Schulfarm Insel Scharfenberg konnten fortgesetzt werden.

Aufgrund der Pandemie fanden bzw. finden im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz weder Archivführungen noch Einführungen in die Archivnut-

zung vor Ort statt. Im Sommer wurde eine PowerPoint-Präsentation für die Durchführung von Online-Einführungsveranstaltungen erarbeitet, die verschiedene Möglichkeiten der bereits online recherchierbaren Findhilfsmittel und Archivalien etc. aufzeigt. Auf diese Weise fanden vier Veranstaltungen mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft, der Humboldt-Universität und dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin statt. Das Angebot, einen Archivkoffer mit Faksimiles verschiedener Quellen und pädagogischem Begleitmaterial für die Unterrichtsgestaltung auszuleihen, nutzt derzeit die Partnerschule „An der Haveldüne“ in Spandau. Eine Fotostrecke mit Einblicken in das 100-jährige Archivgebäude auf der Website des Archivs soll als Grundlage für eine virtuelle Archivführung dienen, die 2021 erarbeitet wird.

Das Archiv der Freien Universität schränkte infolge der vermehrten Arbeit im Homeoffice ebenfalls seine archivpädagogischen Angebote ein. Konnte noch im Sommer 2020 mit einem Studierenden-Seminar ein Zeitzeugengespräch zur APO-Thematik unter Einhaltung der Abstandsregeln im Freien veranstaltet werden, musste im Herbst 2020 die so genannte KinderUni ausfallen. Es wurden jedoch Seminare zur Archiveinführung – und zwar digital per Webex – durchgeführt.

Das Bildungsteam des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen setzt zunehmend auf digitalisierte und online abrufbare, aufbereitete Bildungsmaterialien.

Die meisten vorhandenen bildungshistorischen Angebote in Archiven sind in der Regel auf Präsenzveranstaltungen ausgelegt. Virtuelle bzw. digitale Vermittlungsangebote gibt es erst wenige. Betrachtet man die Situation an Berliner Schulen während der Pandemie, die durch Schulschließungen, Wechselunterricht und Homeschooling geprägt war, erklärt sich die teilweise geringe Nachfrage nach archivpädagogischer Arbeit. Die Erfahrung des letzten Jahres zeigt jedoch, dass zukünftig auch Schülerinnen und Schüler mehr digitale Angebote oder Online-Module (z. B. Video-Tutorials, Video-Seminare usw.) unterbreitet werden sollten. Möglicherweise lassen sich dabei auch Methoden der Informationsvermittlung, wie sie beispielsweise in Museen oder Gedenkstätten genutzt werden, anwenden.

Bianca Welzing-Bräutigam

Ausstellungen

■ Robert Capa – Berlin 1945

Robert Capa (1913–1954) war einer der wichtigsten Fotografen des 20. Jahrhunderts: Seine Bilder haben unser visuelles Gedächtnis geprägt. Weitgehend unbekannt blieben über 600 Fotos, die Capa im Sommer 1945, in amerikanischer Uniform, in Berlin aufnahm: Ein Blick auf die befreite, zerstörte Stadt und ihre Menschen, alliierte Soldaten, Berlinerinnen und Berliner und immer wieder auf Kinder. 1931 hatte in Berlin die Karriere des ungarisch-jüdischen Flüchtlings begonnen. Die Tage im Sommer 1945 bedeuteten eine Wende in seiner Karriere wie in seinem Leben.

75 Jahre nach der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus sind zum ersten Mal 120 Fotografien aus Capas Berlin-Konvolut zu sehen sein. Die Ausstellung folgt Capa in seinem imaginierten fotografischen Streifzug durch die Stadt. Der Blick des Fotografen gilt weniger den Ruinen als vielmehr dem Leben, das darin stattfindet. Das (noch) einträchtige Feiern der Siegermächte im Tanzcafé Femina ist ebenso Motiv seiner Bilder wie spielende Kinder auf ausgebrannten Kriegsfahrzeugen. Wir sehen auf seinen Bildern ehemalige Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, überlebende Tiere des Berliner Zoos und Menschen, die nach Lebensmitteln und Zeitungen anstehen.

Presstext

Robert Capa – Berlin Sommer 1945
10. September 2020 – 31. Juli 2021
Centrum Judaicum

■ „Ik denke der Affe laust mir“ Preußen nach der Reichsgründung 1871

Aus Anlass der Gründung des deutschen Kaiserreichs vor 150 Jahren präsentiert das Geheime

Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz eine Vitrinenausstellung mit Schlüsselquellen zur Geschichte Preußens nach 1871.

Coronabedingt ist ein Besuch der Ausstellung zunächst nur für maximal zwei Personen gleichzeitig möglich. Die Anmeldung eines Besuchs bzw. die Buchung einer Führung erfolgen ausschließlich telefonisch: 266 44 1301. Besucher melden sich bitte zwecks Registrierung zuerst in der Pforte.

Pressemitteilung

Bis zum 31. Dezember 2023
Geheimes Staatsarchiv PK
Archivstraße 12-14, 14195 Berlin
Mo–Do 10–16, Fr 10–15 Uhr
Eintritt frei

Geheimes Staatsarchiv
Preußischer Kulturbesitz

**„Ik denke
der Affe laust mir“**
Preußen nach der Reichsgründung
1871

18.3.2021
- 31.12.2023
SONDERAUSSTELLUNG
Geheimes Staatsarchiv
Preußischer Kulturbesitz
Archivstraße 12-14
14195 Berlin
Montag bis Donnerstag 10-16 Uhr
Fr 10-15 Uhr
Eintritt frei

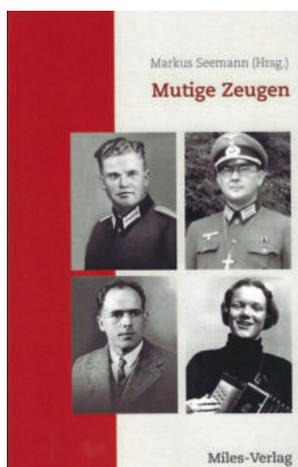
gsta.preussischer-kulturbesitz.de

Neuerscheinungen

■ Mutige Zeugen

„Selbst in der Masse muss der Christ auffallen, anstoßen, zum Skandal werden, denn gerade mit diesem skandalösen Schock beginnt das Apostolat.“ Ein Zitat von Abbé Franz Stock, einer von 21 Persönlichkeiten aus dem gerade erschienenen Buch „Mutige Zeugen“. Das Buch vereint die Porträts von historischen Charakteren, die mutig für ihre Überzeugung und für ihre Mitmenschen eingetreten sind. Über Befehl und Gehorsam stellten sie ihr Gewissen – ungeachtet persönlicher Nachteile bis hin zum Tod. Gemeinsam ist ihnen, dass sie katholische Christen waren und auf verschiedene Weise mit dem Militär zu tun hatten, sei es als Soldat, Militärseelsorger, Truppenbetreuerin oder Kriegsdienstverweigerer. Sie müssen nicht allesamt zu Heiligen, Märtyrern oder Widerstandskämpfern verklärt werden. Aber sie können mit gutem Recht als traditionswürdig gelten. Herausgegeben wurde das Buch vom Leiter des Archivs des Katholischen Militärbischofs in Berlin.

Presstext



Markus Seemann (Hg.)
 Mutige Zeugen. Katholiken zwischen militärischer
 Pflichterfüllung und Widerstand
 140 Seiten
 Miles Verlag, Berlin 2020
 ISBN: 978-3-96776-005-7
 9,80 Euro

■ Deutsche Sportgeschichte in 100 Objekten

Die von etlichen Kolleginnen wie Kollegen der Deutschen Arbeitsgemeinschaft von Sportmuseen, Sportarchiven und Sportsammlungen e. V. (DAGS) unterstützte und vom Vorsitzenden Michael Krüger herausgegebene „Deutsche Sportgeschichte in 100 Objekten“ liegt seit Anfang Oktober 2020 als Publikation vor. Expertinnen und Experten erzählen darin Geschichten von ausgewählten Gegenständen, Geräten, Medaillen, Trikots, Urkunden, Maskottchen, Fahnen, Abzeichen, Kunstwerken, Sportplätzen, Stadien u. ä. rund um die Sportentwicklung in Deutschland. „Sie berichten vom Alltag und den Höhepunkten des Sports, von Siegen und Niederlagen, von Sternstunden, aber auch von seinen dunklen Seiten,“ so DOSB-Präsident Alfons Hörmann im Vorwort. Die Sportgeschichte der Hauptstadt ist angemessen vertreten, so z. B. mit Dokumenten aus dem Archiv des Landestanzsportverbandes, dem Wassersportmuseum Grünau oder dem Sportmuseum Berlin.

Dirk Ullmann



Michael Krüger (Hg.)
 Deutsche Sportgeschichte in 100 Objekten
 456 Seiten, 275 Abbildungen
 J. S. Klotz Verlagshaus, Neulingen 2020
 ISBN: 978-3-948424-47-3
 29,80 €

Autorinnen und Autoren

Althoff, Frank, Geheimes Staatsarchiv PK
 BAR – Eigenbericht der „Berliner Archivrundschau“
 Butzmann, Thimo, Theater des Westens
 Estler-Ziegler, Tania, Berlin-Brandenburgisches
 Wirtschaftsarchiv
 Graf, Lisa, KBE
 Haase, Jana, Bibliothek im Berufsausbildungszentrum
 Lette Verein Berlin
 Hagel, Frank von, Institut für Museumsforschung
 Jahn, Kerstin, KBE
 Köhler, Thomas, Berlinische Galerie
 Kröger, Martin, Politisches Archiv des
 Auswärtigen Amts
 Müller, Christoph, Bibliothek des
 Ibero-Amerikanischen Instituts der SPK
 Musial, Sabine, Tagebuch- und Erinnerungsarchiv e. V.
 Musial, Torsten, Akademie der Künste,
 Archiv Film- und Medienkunst
 Oberling, Ines, BStU
 Reimers, Yvonne, Museum für Naturkunde
 Ullmann, Dirk, Archiv für Diakonie und Entwicklung
 Welzing-Bräutigam, Bianca, Landesarchiv Berlin

Titelgestaltung unter Verwendung eines Fotos von
 Christian Appl

Impressum

Die „Berliner Archivrundschau“ ist ein Magazin des
 Landesverbandes Berlin im VdA - Verband deutscher
 Archivarinnen und Archivare e. V.

Herausgeber: Verband deutscher Archivarinnen und
 Archivare e. V., Amtsgericht Fulda VR 2212, vertreten
 durch den Vorsitzenden Ralf Jacob
 Geschäftsstelle: Wörthstr. 3, 36037 Fulda



Redaktion: Torsten Musial
 Mitarbeit: Stefanie Dannert
 E-Mail: lv-berlin@vda.archiv.net
 Redaktionsschluss: 10. Mai 2021
 Bezug: Diese Publikation wird kostenlos abgegeben.
 Sie steht außerdem kostenfrei zur Ansicht und zum
 Download zur Verfügung unter:
www.berlinerarchive.de/archivrundschau
www.vda.lvberlin.archiv.net/berliner-archivrundschau

Copyright: Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich
 geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von
 Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind
 dem Herausgeber vorbehalten.

ISSN 2567-5729

Vorschau

Die nächste Ausgabe erscheint im Herbst 2021.
 Hauptthema: Restaurierung

Weitere Beitragsvorschläge sind willkommen. Interes-
 senten wenden sich bitte an die Redaktion.

